



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Staat und Wirtschaft in Hessen

Heft 1 • Januar 1999 • 54. Jahrgang

Aus dem Inhalt:

Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber 1997

Schwerbehindertenquote in Hessen

Erwerbseinkommen

Hessischer Zahlenspiegel

„Hessischer Umwelt-Monitor“ • Ausgabe 1/99

Inhalt

Sozialleistungen

Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber 1997 von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	3
Schwerbehindertenquote in Hessen unter dem Durchschnitt von <i>Heinz-Kurt Rompel</i>	9

Bevölkerung

Erwerbseinkommen: Wichtigste Quelle des Lebensunterhalts von <i>Siegfried Than</i>	11
--	----

Bildung

Knapp 150 000 Studierende an hessischen Hochschulen von <i>Andreas Büdinger</i>	14
---	----

Allgemeines

Zusammenarbeit mit Litauen fortgesetzt von <i>Günter Grün</i>	16
---	----

Ganz kurz . . .

2

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

18

Hessischer Zahlenspiegel

Bevölkerung	19
Arbeitsmarkt	19
Landwirtschaft	20
Verarbeitendes Gewerbe	20
Öffentliche Energieversorgung	20
Baugewerbe, Baugenehmigungen	21
Einzelhandel und Gastgewerbe	21
Außenhandel	22
Fremdenverkehr, Verkehr	22
Geld und Kredit	23
Preise	23
Steuern	24
Löhne und Gehälter	24

Buchbesprechungen

Umschlagseiten 3 und 4

Hessischer Umwelt-Monitor (Nr. 1/99)

grüner Teil

Impressum

ISSN 0344 — 5550

Herausgeber: Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37
Telefon: 0611/3802-0, Telefax: 0611/3802-890
E-Mail: vertrieb@hsl.de — URL: <http://www.hsl.de>
Schriftleitung: Siegfried Bayer, Wiesbaden, Rheinstraße 35/37, Telefon: 0611/3802-804
Haus-/Lieferadresse: Hessisches Statistisches Landesamt, Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden
Postanschrift: Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden
Bezugspreis: Einzelheft 4,50 DM, Jahresabonnement 45,00 DM (zuzüglich Versandkosten)
Gesamtherstellung: Hessisches Statistisches Landesamt

Nachdruck, auch im Auszug, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung eines Belegexemplares gestattet.

Für die Herstellung dieser Zeitschrift wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Auskünfte

Auskünfte und Informationen aus allen Bereichen der hessischen Landesstatistik erteilt die zentrale Informationsstelle; Telefon: 0611/3802-811 oder -807.

Zeichen

— = nichts, weil nichts vorhanden ist oder die Fragestellung nicht zutrifft bzw. weil keine Veränderung eingetreten ist.
· = Zahl nicht vorhanden bzw. Nachweis nicht möglich, weil die Repräsentation zu gering oder die Veröffentlichung aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht gestattet ist.
... = Zahl liegt zur Zeit der Berichterstattung noch nicht vor, ist aber zu erwarten.
0 = weniger als die Hälfte der kleinsten darzustellenden Einheit (auch: 0,0).
D = Durchschnitt.
p = vorläufige Zahl(en).
r = berichtigte Zahl(en).
Zahl in Klammern = eingeschränkter Aussagewert.

Im allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden. Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

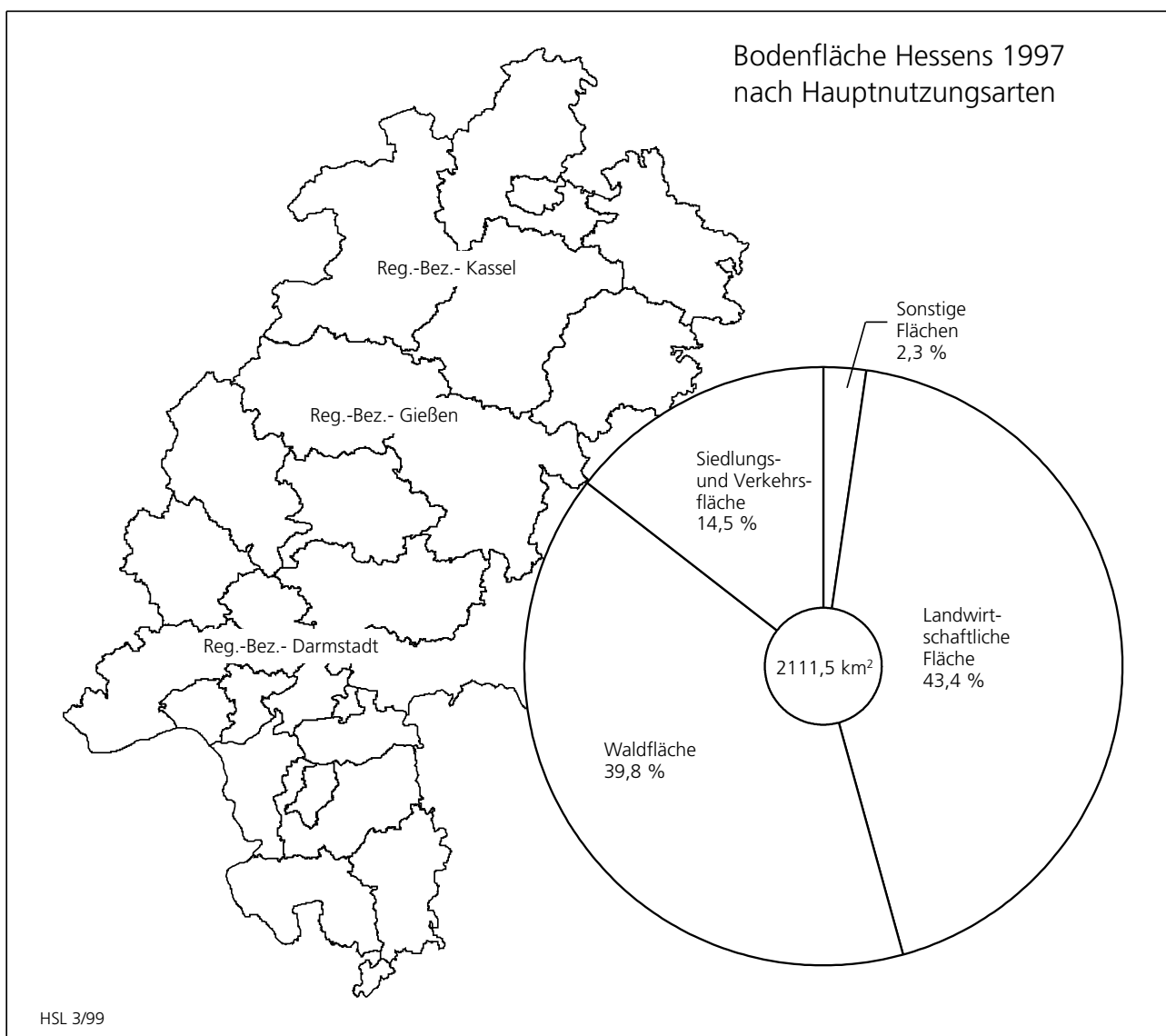
Staat und Wirtschaft in Hessen

Berichte und Informationen aus der Landesstatistik

1 · 99

54. Jahrgang

Hessisches Statistisches Landesamt



GANZ KURZ . . .

- Im vergangenen Jahr ging der **Großhandelsumsatz** in Hessen, verglichen mit 1997, um 2 % zurück. Wegen des Preisverfalls bedeutete dies real jedoch einen geringen Anstieg von 0,2 %. Der Großhandel mit Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör schnitt mit nominal 6 und real 8 % Umsatzzuwachs am besten ab. Es folgten der Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren mit nominal 5 und real 6 % und der Kfz-Handel mit nominal 4 und real 3 %. Alle übrigen Branchen büßten an Umsatz ein. Am schlimmsten traf es den Großhandel mit landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren; dort verringerte sich der Umsatz im Jahresvergleich nominal um 19 und real um 10 %.

- Nach ersten Ergebnissen für den Januar 1999 sind die Umsätze im hessischen **Einzelhandel** — verglichen mit dem Januar 1998 — um 5 % gesunken. Nach Ausschaltung der Preisveränderungen ist das real ein Rückgang um 6 % gewesen. Damit setzte sich die positive Entwicklung des Vorjahres zunächst nicht mehr fort. Damals betrug der Zuwachs nominal und real etwa 1 %. Die ungünstige Entwicklung im Januar führte zu einem weiteren Abbau der Zahl der Beschäftigten. Sie verringerte sich im Jahresvergleich um 0,2 %, wobei die Vollzeitstellen sogar um 2 % abgebaut wurden.

- Am 7. April 1999 fand die konstituierende Sitzung des 15. **Hessischen Landtages** statt. Von den insgesamt 110 Abgeordneten des neuen Landtages waren 78 bereits in der vergangenen Legislaturperiode im Landtag vertreten und wurden bei der Landtagswahl im Februar wiedergewählt. Die meisten "neuen Gesichter" gibt es mit 18 in der CDU-Fraktion. Die Fraktion der SPD zählt 12 "Newcomer", und bei den Grünen sind 2 Mandatsträger erstmals im Landtag vertreten. Bei der F.D.P.-Fraktion dagegen hatten alle 6 Abgeordnete bereits in der vergangenen Legislaturperiode ein Landtagsmandat. Die Mitglieder des 15. Hessischen Landtages sind im Durchschnitt 49 Jahre alt. Ältestes Landtagsmitglied ist eine 64jährige Sozialdemokratin, jüngster Mandatsträger ist ein 27jähriger Abgeordneter der CDU. Die Mandatsträger der SPD sind mit durchschnittlich 50 Jahren ein Jahr älter als in der vergangenen Legislaturperiode. Bei den GRÜNEN stieg das Durchschnittsalter von 40 auf 42 Jahre an und bei der F.D.P. von 46 auf 51 Jahre. Nur die CDU-Fraktion erfuhr eine Verjüngungskur: Ihre Mitglieder sind im Durchschnitt 48 Jahre alt und damit zwei Jahre jünger als nach der letzten Landtagswahl. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten beträgt wie in der vergangenen Legislaturperiode rund 31 %. Bei der CDU sind es 26 %, gegenüber 27 % 1995. Bei der SPD und den Liberalen ist jedes dritte Mandat mit einer Frau besetzt, gegenüber 30 bzw. 25 % 1995. Bei den GRÜNEN sank der immer noch überdurchschnittlich hohe Frauenanteil von 54 auf nunmehr 50 %.

- Um 24 % auf nunmehr 34 000 stieg die Zahl der **Leichtkrafträder** mit amtlichem Kennzeichen. Zu Anfang dieses

Jahres waren in Hessen insgesamt fast 242 000 Krafträder zugelassen; neben den Leichtkrafträdern waren es noch etwas über 207 000 Motorräder und -roller. Der Zuwachs gegenüber dem 1. Januar 1998 betrug bei der Zahl der Krafträder 8 %. Die Zahl der **Personenkraftwagen** hat im gleichen Zeitraum mit + 1,3 % auf 3,3 Mill. wesentlich schwächer zugenommen. Über die Hälfte der Pkw hatte einen Hubraum von 1400 bis 1999 ccm, 16 % hatten einen größeren Hubraum. Ebenfalls 16 % waren mit einem Hubraum von 1200 bis 1399 ccm unterwegs; bei 12 % war der Hubraum kleiner. Insgesamt gab es in Hessen am 1. Januar 1999 etwas über 3,9 Mill. Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, knapp 2 % mehr als ein Jahr zuvor.

- Der Preisanstieg am Verbrauchermarkt hat sich im März beschleunigt. Der **Preisindex für die Lebenshaltung** aller privaten Haushalte war im März um 0,7 % höher als ein Jahr zuvor. Im Februar hatte die Rate noch 0,4 % und im Januar 0,6 % betragen. Im einzelnen stiegen die Preise für Heizöl von März 1998 auf März 1999 um 2,6 %; im Februar war es noch 18 % billiger als vor Jahresfrist gewesen. Die Kraftstoffpreise sind allerdings nochmals zurückgegangen. Im März waren sie 3,3 % niedriger als ein Jahr zuvor, Dieselmotorkraftstoffe sogar 6,3 %. Nahrungsmittel waren im März um 0,2 % teurer als vor Jahresfrist. Die Preise für Schweinefleisch sanken dabei um 5,3 %, während die für Kartoffeln um 17,9 % sowie für Kopfsalat und Lauch um 13,8 % stiegen. Kurzfristig hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise allerdings nicht beschleunigt. Der Preisindex ist von Februar auf März, wie schon von Januar auf Februar, um 0,2 % gestiegen. Auch im Monatsvergleich gab es für Heizöl und Kartoffeln starke Preisveränderungen: Heizöl war im März um 17,6 % teurer, und Kartoffeln waren um 4,1 % billiger als im Februar. Die gegenwärtigen Bewegungen der im Jahresvergleich gemessenen Teuerung sind auf die Preisentwicklung im Vorjahr zurückzuführen. Während der Preisindex von Januar auf Februar 1998 um 0,4 % gestiegen war, ist er von Februar auf März 1998 um 0,1 % gesunken. Die sehr viel gleichmäßigere Preisentwicklung in diesem Jahr führt dazu, daß die im Jahresvergleich gemessene Teuerungsrate entsprechend schwankt.

- Im vergangenen Jahr wurden im **öffentlichen Straßenpersonenverkehr** mit in Hessen beheimateten Bussen, Straßen- und U-Bahnen 461 Mill. Personen befördert (ohne den mit Fahrzeugen der Deutschen Bahn AG abgewickelten Nahverkehr, wie beispielsweise S-Bahnen). Dies waren fast 4 % mehr als 1997. Die dabei zurückgelegte Wegstrecke lag mit 290 Mill. km um 1 % über dem Stand von 1997, während die Einnahmen um 6 % auf 972 Mill. DM stiegen.

- In den ersten beiden Monaten dieses Jahres sank in Hessen die Zahl der **Verkehrsunfälle** mit Personenschaden um 1 % auf 3600. Es kamen dabei 76 Menschen ums Leben, 876 wurden schwer und 4000 leicht verletzt. Dies waren vier Verkehrstote mehr als vor einem Jahr, was allerdings auf die relativ hohe Zahl vom Januar zurückzuführen ist. Im Februar 1999 erlitten 4 Personen weniger tödliche Verletzungen als im Februar 1998. Die Zahl der Schwerverletzten ging im Vergleichszeitraum um 12 % zurück, während diejenige der Leichtverletzten um 3 % anstieg.

Ausgaben für Sozialhilfe und Asylbewerber 1997

Erstmals seit Beginn der entsprechenden Statistik, also seit fast 50 Jahren, war 1996 der Bruttoaufwand für die Leistungen an Sozialhilfeempfänger¹⁾ in Hessen niedriger als in einem vorangegangenen Jahr. Damals waren die Aufwendungen gegenüber 1995 insgesamt um annähernd 177 Mill. DM oder um 3,5 % auf reichlich 4,9 Mrd. DM gesunken. Diese Entwicklung setzte sich im Jahr 1997 verstärkt fort, als der Rückgang mit 333 Mill. DM oder 6,7 % fast doppelt so hoch war. Mit 4,6 Mrd. DM wurden rund 100 Mill. DM weniger ausgegeben als 1993, während der bisherige Höchststand aus dem Jahr 1995 sogar um mehr als eine halbe Milliarde Mark unterschritten wurde. Schon 1995 waren die Ausgaben für Asylbewerber um nahezu 13 % auf 734 Mill. DM zurückgegangen, während es bei der Sozialhilfe nochmals einen Anstieg um etwas über 5 % auf fast 4,4 Mrd. DM gegeben hatte. Daraus resultierte in der Summe beider Teilbereiche damals noch ein Ausgabenzuwachs von gut 2 %. Ganz entscheidend für die geringere Belastung der Sozialhilfeträger in den Folgejahren war neben den weiterhin rückläufigen Ausgaben für Asylbewerber das Inkrafttreten der zweiten Stufe der Pflegeversicherung mit Leistungen für die stationäre Pflege ab Mitte 1996. Im einzelnen wird darauf weiter unten noch etwas näher eingegangen. Dabei müssen die Ausgaben für die Bereiche des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) beziehungsweise des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) dann allerdings gesondert behandelt werden. Bereits seit 1994 beruhen nämlich die früher einheitlichen Sozialhilfeleistungen auf getrennter gesetzlicher Basis²⁾ und sind damit auch sachlich nicht mehr bei allen Leistungsarten für die beiden Empfängerkreise deckungsgleich. Abschließend werden zudem in Kurzform³⁾ noch einige Regionalergebnisse dargestellt.

Sozialhilfeausgaben rückläufig . . .

Der Rückgang der Sozialhilfeausgaben 1997 um insgesamt 282 Mill. DM gegenüber dem Jahr 1996 saldiert sich aus zum Teil gegenläufigen Entwicklungen bei den einzelnen Unterpositionen. Bereits die Grobaufteilung weist bei den Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU), also die klassische „Fürsorge“, erneut ein geringes Wachstum um knapp 12 Mill. DM oder um 0,6 % aus, während der Aufwand für die Hilfe in besonderen Lebenslagen (HbL) in ihrer Gesamtheit um 294 Mill. DM bzw. um gut 12 % gesunken ist. Trotzdem

38 % verringert. Dabei war der Ausgabenrückgang bei der ambulanten Pflege nur noch gering, während für teilstationäre Pflege 24 Mill. DM und für die kostenintensive stationäre Pflege 359 Mill. DM weniger Sozialhilfeleistungen benötigt wurden als 1996.

. . . Eingliederungshilfe für Behinderte jedoch angestiegen

Andererseits gab es aber auch innerhalb der Hilfe in besonderen Lebenslagen Teilbereiche mit einem starken Ausgabenanstieg. In erster Linie ist hier die Krankenhilfe mit einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 33 Mill. DM oder um 17 % zu nennen. Absolut betrachtet ist die Eingliederungshilfe für Behinderte mit über 76 Mill. DM sogar noch weitaus stärker angestiegen. Weil aber auf diese Hilfeart mit 1,2 Mrd. DM inzwischen fast 30 % der gesamten Sozialhilfeausgaben entfallen, betrug hier die Zunahmerate lediglich knapp 7 %. Jeweils rund 35 Mill. DM mehr als 1996 wurden innerhalb dieses Teilbereichs für heilpädagogische Maßnahmen für Kinder und für die Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte ausgegeben, was Steigerungen um 40 bzw. 15 % entspricht. Auch bei der Suchtkrankenhilfe war der Anstieg mit fast 10 % überdurchschnittlich hoch. Demgegenüber sind die Ausgaben für die „sonstigen Hilfen in besonderen Lebenslagen“, die von ihrem Ausgabevolumen her allerdings relativ unbedeutend sind, um über ein Viertel auf 42 Mill. DM zurückgegangen. Daran waren die Kosten für die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten mit einem Minus von 15 Mill. DM beteiligt.

In Korrelation zur Entwicklung bei HLU und HbL haben sich auch die Ausgaben für Berechtigte außerhalb von bzw. in Ein-

Entwicklung des Sozialhilfeaufwands in Hessen
von 1990 bis 1997

Jahr	Brutto- ausgaben insgesamt	Zu- bzw. Abnahme (-) gegen- über dem Vorjahr	Von den Bruttoausgaben entfielen auf	
			Sozialhilfe gemäß BSHG	Leistungen gemäß AsylbLG
	Mill. DM	%	Mill. DM	
1990	2 878,0	8,8	2 878,0	—
1991	3 319,1	15,3	3 319,1	—
1992	3 718,5	12,0	3 718,5	—
1993	4 714,7	26,8	4 714,7	—
1994	4 997,9	6,0	4 158,1	839,8
1995	5 114,1	2,3	4 380,1	733,9
1996	4 937,4	- 3,5	4 274,3	663,1
1997	4 604,1	- 6,7	3 992,6	611,6

blieb die HbL mit einem Gesamtbetrag von 2,1 Mrd. DM bzw. einem Anteil von 52,5 % gegenüber der HLU noch der größere Ausgabeposten, wenngleich sich die Belastung weiter in Richtung zur HLU mit einem Leistungsumfang von inzwischen 1,9 Mrd. DM verschoben hat. Stark kostendämpfend bei der Hilfe in besonderen Lebenslagen hat sich die zweite Stufe der Pflegeversicherung ausgewirkt. So haben sich die Ausgaben für Hilfe zur Pflege gegenüber dem Vorjahr, als auf sie mit über 1 Mrd. DM noch fast ein Viertel des gesamten Sozialhilfeaufwands entfiel, um über 386 Mill. DM bzw. um

1) Einschließlich der ab 1994 gesondert ermittelten Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die bei einem langfristigen Vergleich mit einbezogen werden müssen.

2) Vgl. „Zur Neuordnung der Sozialhilfestatistiken und zur Einführung der Asylbewerberleistungsstatistik“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 49. Jahrg., Heft 11, November 1994, S. 338 ff.

3) Für den Bereich der Sozialhilfe siehe auch „Sozialhilfeempfänger in Hessen 1994 bis 1996, Teil 3: Überblick über regionale Entwicklung, Struktur und Ausgaben“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 53. Jahrg., Heft 8, August 1998, S. 259 ff.

Bruttoausgaben der Sozialhilfe 1997 nach Hilfearten

Hilfeart	Ausgaben für Hilfeleistungen an Berechtigte		Zu- bzw. Abnahme (–) ¹⁾
	Mill. DM	%	%
Hilfe zum Lebensunterhalt	1 895,9	47,5	0,6
Hilfe in besonderen Lebenslagen	2 096,6	52,5	– 12,3
davon			
Hilfe zur Pflege	634,5	15,9	– 37,9
davon			
ambulanz	75,8	1,9	– 4,2
teilstationär	4,5	0,1	– 84,3
stationär	554,2	13,9	– 39,3
Eingliederungshilfe für Behinderte	1 190,4	29,8	6,9
darunter			
ärztliche Behandlung, Körper- ersatzstücke ²⁾	31,8	0,8	3,9
heilpädagogische Maßnahmen für Kinder	124,2	3,1	39,9
Hilfe zu angemessener Schul- bildung	95,9	2,4	– 3,2
Beschäftigung in Werkstatt für Behinderte	266,2	6,7	15,0
Suchtkrankenhilfe	63,9	1,6	9,8
sonstige Eingliederungshilfe	603,9	15,1	0,6
Krankenhilfe ³⁾	229,5	5,7	16,9
sonstige Hilfen in besonderen Lebenslagen	42,2	1,1	– 28,4
darunter			
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	3,5	0,1	9,4
Hilfe zur Überwindung beson- derer sozialer Schwierigkeiten	29,5	0,7	– 33,7
Altenhilfe	2,0	0,1	– 44,4
Insgesamt	3 992,6	100	– 6,6
davon			
außerhalb von Einrichtungen	2 125,6	53,2	2,3
in Einrichtungen	1 867,0	46,8	– 15,0

1) Gegenüber dem Vorjahr. — 2) Sowie Hilfsmittel. — 3) Einschl. Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation sowie Hilfe zur Familienplanung.

richtungen verändert: Während sich die Leistungen für Empfänger außerhalb von Einrichtungen um gut 2 % leicht erhöht haben, wurden für die in Einrichtungen lebenden Personen 330 Mill. DM oder 15 % weniger ausgegeben als 1996. Damit ist der Anteil der Ausgaben für Empfänger in Einrichtungen auf deutlich unter die Hälfte abgesunken. Er hatte, bevor Mitte der 80er Jahre die Zuwanderung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu einer Verschiebung führte, bei 60 % oder mehr gelegen. Dagegen wurden für Empfänger außerhalb von Einrichtungen schon zu Beginn der 90er Jahre, also vor der Herausnahme der Asylbewerber aus dem Leistungsspektrum des BSHG, etwas mehr als die Hälfte der Ausgaben getätigt.

Einnahmen ebenfalls gesunken

Bei diesen Betrachtungen muß erwähnt werden, daß den Sozialhilfeausgaben auch Einnahmen gegenüberstehen, hauptsächlich aus Kostenbeiträgen oder aus Kostenerstattungen durch andere Sozialleistungsträger. Die Einnahmen dieser Art betrugen 1997 landesweit insgesamt fast 568 Mill. DM, nachdem sie 1995 noch über 742 und 1996 bei 693 Mill. DM gelegen hatten. Der starke Rückgang der Einnahmen um 125 Mill. DM oder um 18 % gegenüber 1996 ist im wesentlichen ebenfalls durch die Pflegeversicherung bedingt. Weil viele der Hilfeempfänger Leistungen von anderen Sozialleistungsträgern erhielten, sind deren Erstattungen an die Sozialhilfe-

Einnahmen der Sozialhilfe 1997 nach Einnahmearten

Einnahmeart	Einnahmen		Zu- bzw. Abnahme (–) ¹⁾
	Mill. DM	%	%
Kostenbeiträge und Aufwendungs- ersatz ²⁾	100,4	17,7	– 15,1
Übergeleitete Unterhaltsansprüche ³⁾	42,0	7,4	– 23,8
Leistungen von Sozialleistungsträgern	360,1	63,4	– 22,0
Sonstige Ersatzleistungen	48,9	8,6	13,4
Rückzahlung gewährter Hilfen	16,2	2,9	13,8
Insgesamt	567,6	100	– 18,0
davon			
außerhalb von Einrichtungen	227,8	40,1	– 3,5
in Einrichtungen	339,9	59,9	– 25,6

1) Gegenüber dem Vorjahr. — 2) Sowie Kostenersatz. — 3) Gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete.

träger allein im Bereich der Hilfe zur Pflege um 110 Mill. DM zurückgegangen. Somit konnten 1997 von den Bruttoausgaben der Sozialhilfe nur 14 % durch Einnahmen gedeckt werden, nachdem der Deckungsgrad in den Vorjahren noch rund ein Sechstel betragen hatte. Die Nettoausgaben beliefen sich damit auf reichlich 3,4 Mrd. DM, gegenüber knapp 3,6 Mrd. DM im Jahr 1996.

Leistungen für Asylbewerber erneut geringer

Die schon in den Vorjahren stark rückläufige Tendenz bei den Bruttoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz hat sich mit einer Abnahme um 51,5 Mill. DM oder um fast 8 % auch 1997 fortgesetzt. Damit wurden — nach einem Höchststand von 840 Mill. DM im Jahr 1994 — nur noch 611,6 Mill. DM für die Leistungsberechtigten ausgegeben. Dabei haben die geänderten rechtlichen Rahmenbedingungen zu einer wesentlichen Verschiebung zwischen den einzelnen Leistungsbereichen geführt. Während 1996 noch fast 500 Mill. DM und damit drei Viertel des Aufwands auf die sogenannten „Leistungen in besonderen Fällen“ entfielen, die für bereits länger hier lebende Asylbewerber zu zahlen sind, war ihr Anteil im Jahr danach mit lediglich 297 Mill. DM auf weniger als die Hälfte der Gesamtausgaben gesunken. Davon entfielen über 262 Mill. DM auf Hilfe zum Lebensunterhalt in Anlehnung an die Leistungen des BSHG. Der Rest von knapp 35 Mill. DM war für Hilfe in besonderen Lebenslagen aufzubringen. Mehr als verdoppelt haben sich demgegenüber die Grundleistungen nach § 3 AsylBLG von 116 auf über 245 Mill. DM, so daß ihr Anteil an den Gesamtausgaben von rund 17 auf 40 % gestiegen ist. Innerhalb der Grundleistungen haben die Sachleistungen weiter an Gewicht verloren: Nach gut 70 % im Jahr 1995 und 60 % im Vorjahr entfielen auf sie nur noch knapp 40 % der Grundleistungen. Extrem erhöht hat sich demgegenüber 1997 — bei einem von 41 auf über 143 Mill. DM gestiegenen Gesamtbetrag — der Anteil der Geldleistungen für den Lebensunterhalt und für persönliche Bedürfnisse (wie z. B. Taschengeld) auf fast drei Fünftel. Auch die Leistungen in Form von Gutscheinen haben sich in ihrem Wert auf 5,7 Mill. DM mehr als verdoppelt, behielten aber mit nur gut 2 % aller Ausgaben für Grundleistungen ihre eher untergeordnete Bedeutung. Hinzu kamen schließlich noch 62 Mill. DM für Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt (bei einer ebenfalls kräftigen Verschiebung aus dem Bereich der Hilfe in besonderen Lebenslagen ab 1994) sowie 7 Mill. DM für sonstige Leistungen.

**Ausgaben an Leistungsberechtigte und Einnahmen
nach dem Asylbewerberleistungsgesetz 1997
nach Arten**

Ausgaben nach Hilfearten Einnahmen nach Einnahmearten Reine Ausgaben	Beträge		Ver- ände- rung in % ¹⁾
	1000 DM	%	
Ausgaben i n s g e s a m t	611 563,8	100	– 7,8
davon für			
Leistungen in besonderen Fällen	297 151,2	48,6	– 40,5
Hilfe zum Lebensunterhalt	262 394,7	42,9	– 40,9
Hilfe in besonderen Lebenslagen	34 756,5	5,7	– 37,2
Grundleistungen	245 533,4	40,1	112,1
Sachleistungen	96 589,9	15,8	34,0
Wertgutscheine	5 709,0	0,9	130,8
Geldleistungen für persönl. Bedürfnisse	17 223,6	2,8	207,8
Geldleistungen für den Lebens- unterhalt	126 010,9	20,6	253,5
Leistungen bei Krankheit ²⁾	61 843,3	10,1	69,3
Sonstige Leistungen ³⁾	7 035,9	1,2	– 36,5
Einnahmen i n s g e s a m t	23 312,5	3,8	5,1
davon			
Kostenbeiträge und Aufwandersatz ⁴⁾	9 577,2	1,6	– 4,0
Übergeleitete Unterhaltsansprüche ⁵⁾	3 852,4	0,6	11,9
Leistungen von Sozialleistungsträgern	9 882,9	1,6	12,8
Reine Ausgaben	588 251,3	96,2	– 8,2
davon			
in Einrichtungen	133 534,2	22,7	39,4
außerhalb von Einrichtungen	454 717,1	77,3	– 16,6

1) Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber 1996.— 2) Sowie Schwangerschaft und Geburt.— 3) Einschl. Leistungen für Arbeitsgelegenheiten.— 4) Einschl. Kostenersatz und Rückzahlung gewährter Hilfen.— 5) Gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete sowie sonstige Ersatzleistungen.

Lediglich etwas mehr als 23 Mill. DM, also knapp 4 % aller Ausgaben, waren durch Einnahmen abgedeckt; sie bestanden zu jeweils gut zwei Fünfteln aus Kostenbeiträgen (einschl. Kostenersatz oder Rückzahlung gewährter Hilfen) und aus Leistungen anderer Sozialleistungsträger sowie zu 17 % aus übergeleiteten Ansprüchen gegen Unterhaltsverpflichtete oder sonstigen Ersatzleistungen. Da diese Einnahmen gegenüber 1996 zusammen um über 1 Mill. DM bzw. um 5 % gestiegen sind, haben sich die reinen Ausgaben — bei einem Rückgang um leicht über 8 % — auf 588 Mill. DM reduziert. Sie lagen damit um 233 Mill. DM niedriger als 1994, dem ersten Jahr der getrennten Erhebung. Stark verschoben haben sich auch die Leistungen nach der Art der Unterbringung: Während die Nettoausgaben für Empfänger in Einrichtungen gegenüber 1996 um zwei Fünftel auf reichlich 133 Mill. DM gestiegen sind, wurden für Empfänger außerhalb von Einrichtungen über 90 Mill. DM oder ein Sechstel weniger als im Vorjahr (1997 knapp 455 Mill. DM) ausgegeben.

Stark differierende Regionalergebnisse

Nach wie vor waren bei den **Sozialhilfeausgaben** erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Trägern sowohl hinsichtlich der Ausgabenentwicklung als auch der relativen Belastung festzustellen, wobei allerdings auch fehlerhafte Angaben nicht immer auszuschließen sind⁴⁾. Da beispielsweise der Grad der Kostendeckung durch Einnahmen in den Verwaltungsbezirken ganz extrem auseinander klafft, basieren

die nachfolgenden regionalen Betrachtungen auf den „reinen“ Ausgaben. Bei Deckungsgraden zwischen knapp 6 % in der kreisfreien Stadt Offenbach sowie rund 30 % im Landkreis Groß-Gerau und im Main-Kinzig-Kreis muß man nämlich davon ausgehen, daß nicht nur mit unterschiedlichem Nachdruck Forderungen durchgesetzt wurden, sondern auch auf verschiedene Weise gebucht wurde, indem zum Beispiel in den beiden genannten Landkreisen wohl durchlaufende Gelder mit in die Berechnungen einbezogen wurden. Im Durchschnitt war schließlich das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben in den Landkreisen nur wenig günstiger als in den kreisfreien Städten. Anders sah es da beim Landeswohlfahrtsverband (LWV) als überörtlichem Träger der Sozialhilfe aus: Nur 8 % seiner Ausgaben konnten durch Einnahmen finanziert werden. Hauptsächlich liegt das daran, daß der LWV sein wichtigstes Betätigungsfeld in der Betreuung der Behinderten hat. Mit über 1 Mrd. DM bestritt er allein 96 % des gesamten Nettoaufwands der „Eingliederungshilfe für Behinderte“ in Hessen und gab nahezu neun Zehntel seiner Sozialhilfeausgaben von netto 1,2 Mrd. DM für diese Hilfeart aus. Nach einem leichten Rückgang seiner Ausgaben in den beiden Vorjahren — teilweise durch Verlagerung von Aufgaben auf die örtlichen Träger bedingt — hatte der LWV zuletzt um gut 2 % höhere Nettoausgaben als 1996. Damit entfielen auf ihn nahezu 36 % (im Vorjahr nur ein knappes Drittel) der gesamten Nettoausgaben für Sozialhilfe im Land Hessen.

Entgegen dem allgemeinen Trend hatten 1997 fünf der örtlichen Träger höhere Nettoausgaben als im Vorjahr. Dabei lagen die Zunahmeraten in den kreisfreien Städten Offenbach am Main und Darmstadt sowie dem Landkreis Marburg-Biedenkopf und dem Vogelsbergkreis zwischen 1 und 4 %, im Rheingau-Taunus-Kreis dagegen bei beachtlichen 10 %. Dem standen in 20 Verwaltungsbezirken Abnahmen gegenüber, die sich zwischen 0,2 % im Landkreis Kassel und fast 29 % in der Landeshauptstadt Wiesbaden bewegten, dort allerdings zum Teil auf eine überhöhte Meldung aus dem Vorjahr zurückzuführen. Aber auch die Umsetzung der Bürgerkriegsflüchtlinge in den Geltungsbereich des AsylbLG ab Mitte 1997 spielte dabei sicher eine Rolle. Unverändert blieben übrigens die Ausgaben im Odenwaldkreis. Nach wie vor war die Stadt Offenbach am Main — bezogen auf ihre Einwohner — am stärksten durch die Sozialhilfe belastet: 940 DM hatte sie 1997 je Einwohner für Leistungen nach dem BSHG auszugeben. Nicht einmal halb so hoch war die Belastung in der kreisfreien Stadt Darmstadt (408 DM), während die drei anderen kreisfreien Städte in Hessen zwischen diesen Beträgen lagen. In sämtlichen Landkreisen waren die Pro-Kopf-Ausgaben deutlich niedriger als in den kreisfreien Städten. Sie bewegten sich zwischen wenig über 200 DM in einigen südhessischen Landkreisen und knapp 390 DM im Landkreis Gießen, wo sicher die Stadt Gießen einen entscheidenden Einfluß auf die Höhe dieses Betrags hatte. Auch im Landkreis Hersfeld-Rotenburg und im Wetteraukreis betrugen die Ausgaben je Einwohner über 300 DM. In nahezu allen Kreisen ist jedoch die Belastung durch die Sozialhilfe — zumindest auf die Einwohnerzahl bezogen — spürbar zurückgegangen.

Die Anteile der Nettoausgaben für die verschiedenen Hilfearten streuten regional ebenfalls recht breit. So bewegte sich die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen — bedingt durch die starke Abnahme für die Hilfe

4) Der Landesrechnungshof hat inzwischen bei allen örtlichen Trägern eine Prüfung der Sozialhilfeausgaben und ihrer Buchungen durchgeführt, über die jedoch noch kein abschließender Prüfbericht vorliegt. Auf Grund bereits bekannt gewordener Einzelbeanstandungen ist damit zu rechnen, daß sich die Datenqualität in Zukunft weiter erhöht.

zur Pflege — inzwischen überall mit großem Abstand als bedeutendste Hilfeart mit Anteilwerten zwischen gut 60 % in Frankfurt am Main und über 80 % im Landkreis Gießen und im Schwalm-Eder-Kreis. Daß diese Werte über dem Landesdurchschnitt von 46 % lagen, ist dadurch bedingt, daß diese Hilfeart beim überörtlichen Träger (LWV) praktisch keine Rolle spielt und daher der Durchschnitt weit nach unten gedrückt wird. Nur 1,6 Mill. DM und damit gerade einmal 0,1 % seiner gesamten Sozialhilfeausgaben hatte der LWV nämlich für sie aufzubringen. Infolgedessen sind natürlich auch bei allen anderen Hilfearten die Anteilwerte für das Land insgesamt verzerrt und als Vergleichsbasis für die örtlichen Träger ungeeignet. Als Richtwerte für Vergleiche sollten deshalb eher die Durchschnitte aus den Summen für die kreisfreien Städte oder die Landkreise herangezogen werden. Unabhängig davon war der zweithöchste Einzelposten fast überall die Hilfe

zur Pflege, obwohl sich ihre Anteilwerte in der Regel mehr als halbiert haben. Damit lag die Bandbreite noch zwischen gut 8 % im Landkreis Gießen und im Schwalm-Eder-Kreis sowie fast 21 % in Frankfurt am Main. An Bedeutung gewonnen haben die Ausgaben für Krankenhilfe, für die im Durchschnitt der kreisfreien Städte bereits jede neunte Mark des Sozialhilfeeats ausgegeben wurde. Im einzelnen bewegten sich die Anteile zwischen Werten von unter 5 % im Rheingau-Taunus-Kreis, im Vogelsbergkreis und im Werra-Meißner-Kreis sowie über 13 % in Frankfurt am Main. Die übrigen Hilfearten spielten bei den örtlichen Trägern nur eine untergeordnete Rolle. So machte bei ihnen zum Beispiel der Aufwand für die Eingliederungshilfe für Behinderte im Durchschnitt gerade einmal 2 % der Sozialhilfekosten aus, fiel also im Verhältnis zu den drei anderen zuvor genannten Hilfearten hier kaum ins Gewicht.

Sozialhilfeaufwand sowie Leistungen für Asylbewerber 1997

Lfd. Nr.	Träger	Sozialhilfeaufwand									
		Bruttoausgaben	Einnahmen		Reine Ausgaben			darunter für			
			insgesamt	Anteil an den Bruttoausgaben	insgesamt	je Einwohner ¹⁾	Zu- bzw. Abnahme (–) gegenüber 1996	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen		Hilfe zur Pflege insgesamt ²⁾	
								1000 DM	%	1000 DM	%
1	Darmstadt, St.	66 450,6	10 143,4	15,3	56 307,2	408,39	1,6	41 234,5	73,2	8 103,8	14,4
2	Frankfurt am Main, St.	595 166,3	107 208,5	18,0	487 957,9	758,32	– 9,1	295 330,4	60,5	101 778,0	20,9
3	Offenbach am Main, St.	115 992,0	6 739,0	5,8	109 253,0	940,10	3,9	81 376,5	74,5	11 188,3	10,2
4	Wiesbaden, St.	203 149,8	37 417,9	18,4	165 731,9	619,04	– 28,7	131 187,8	79,2	17 759,5	10,7
5	Bergstraße	65 768,8	12 719,4	19,3	53 049,4	203,29	– 14,6	40 108,8	75,6	6 412,3	12,1
6	Darmstadt-Dieburg	72 927,0	11 005,6	15,1	61 921,4	219,47	– 13,7	44 962,0	72,6	7 740,9	12,5
7	Groß-Gerau	87 522,1	25 728,2	29,4	61 793,9	249,76	– 6,2	46 490,4	75,2	5 838,8	9,4
8	Hochtaunuskreis	65 174,4	9 223,3	14,2	55 951,1	251,76	– 7,1	38 019,1	68,0	7 649,3	13,7
9	Main-Kinzig-Kreis	159 191,3	49 107,7	30,8	110 083,6	273,74	– 4,1	79 703,9	72,4	13 750,7	12,5
10	Main-Taunus-Kreis	50 285,5	5 748,8	11,4	44 536,7	206,76	– 6,5	29 373,9	66,0	6 373,6	14,3
11	Odenwaldkreis	26 083,7	4 976,9	19,1	21 106,8	212,53	0,0	15 397,8	73,0	2 944,3	13,9
12	Offenbach	103 103,8	18 956,0	18,4	84 147,8	253,97	– 5,6	64 116,8	76,2	10 479,9	12,5
13	Rheingau-Taunus-Kreis	58 852,5	11 088,2	18,8	47 764,2	260,73	9,9	32 252,5	67,5	8 256,3	17,3
14	Wetteraukreis	106 661,6	18 391,1	17,2	88 270,5	306,31	– 5,5	66 980,9	75,9	9 534,8	10,8
15	Reg.-Bez. Darmstadt	1 776 329,4	328 454,2	18,5	1 447 875,3	391,57	– 9,5	1 006 535,4	69,5	217 810,5	15,0
16	Gießen	107 505,2	9 253,1	8,6	98 252,1	388,41	– 2,8	79 869,7	81,3	8 023,2	8,2
17	Lahn-Dill-Kreis	70 427,5	7 480,8	10,6	62 946,7	239,13	– 6,1	44 278,0	70,3	9 605,4	15,3
18	Limburg-Weilburg	59 768,3	12 097,8	20,2	47 670,6	275,63	– 11,9	34 447,7	72,3	6 053,9	12,7
19	Marburg-Biedenkopf	86 431,8	10 791,3	12,5	75 640,5	299,36	2,6	57 787,0	76,4	9 740,0	12,9
20	Vogelsbergkreis	35 401,0	6 755,1	19,1	28 645,8	240,67	1,0	21 865,3	76,3	3 067,7	10,7
21	Reg.-Bez. Gießen	359 533,8	46 378,1	12,9	313 155,8	295,19	– 3,4	238 247,8	76,1	36 490,2	11,7
22	Kassel, St.	174 362,1	24 642,9	14,1	149 719,2	750,65	– 4,6	117 841,6	78,7	15 650,4	10,5
23	Fulda	72 015,7	12 364,5	17,2	59 651,2	276,86	– 4,5	45 540,1	76,3	6 578,8	11,0
24	Hersfeld-Rotenburg	45 949,5	4 395,7	9,6	41 553,8	313,33	– 6,0	29 430,0	70,8	7 846,8	18,9
25	Kassel	82 918,8	13 334,1	16,1	69 584,7	284,96	– 0,2	54 585,2	78,4	10 378,7	14,9
26	Schwalm-Eder-Kreis	58 058,9	10 948,3	18,9	47 110,6	243,09	– 5,1	38 697,8	82,1	3 995,6	8,5
27	Waldeck-Frankenberg	52 610,2	9 683,2	18,4	42 927,0	250,82	– 5,5	33 811,9	78,8	3 878,6	9,0
28	Werra-Meißner-Kreis	38 624,4	6 131,2	15,9	32 493,2	278,72	– 6,8	24 294,0	74,8	4 207,8	12,9
29	Reg.-Bez. Kassel	524 539,6	81 499,9	15,5	443 039,7	347,96	– 4,4	344 200,5	77,7	52 536,6	11,9
30	Überörtlicher Träger ⁵⁾	1 332 166,3	111 301,4	8,4	1 220 865,0	202,41	2,2	1 602,1	0,1	95 719,3	7,8
31	Hessen i n s g e s a m t darunter	3 992 569,2	567 633,5	14,2	3 424 935,7	567,82	– 4,4	1 590 585,8	46,4	402 556,6	11,8
32	kreisfreie Städte	1 155 120,8	186 151,6	16,1	968 969,1	710,00	– 10,9	666 970,8	68,8	154 480,0	15,9
33	Landkreise	1 505 282,1	270 180,5	17,9	1 235 101,6	264,65	– 5,0	922 012,9	74,7	152 357,3	12,3

1) Stand am 31. 12. 1997. — 2) In und außerhalb von Einrichtungen. — 3) Einschl. Hilfe bei Schwangerschaft oder bei Sterilisation und Hilfe zur Familieneinrichtungen des Landes Hessen.

Leistungen für Asylbewerber regional sehr unterschiedlich

Bei den Leistungen für Asylbewerber gab es nach wie vor derart große regionale Unterschiede, daß eine Erklärung dafür — auch unter Berücksichtigung der Empfängerzahlen — nicht immer möglich ist. Sie betrafen sowohl die Entwicklung der Ausgaben als auch ihre Aufteilung und schließlich ebenso die erzielten Einnahmen. Letztere waren aus naheliegenden Gründen zwar wesentlich niedriger als bei der Sozialhilfe, betrugen jedoch im Durchschnitt immerhin etwa 4 %, gemessen an den Bruttoausgaben. Während im Odenwaldkreis sogar mehr als 11 % sowie im Vogelsbergkreis und im Landkreis Groß-Gerau jeweils fast 9 % der Ausgaben durch Einnahmen gedeckt werden konnten, tendierten die Einnahmen in Frankfurt am Main, im Hochtaunuskreis und im Landkreis Limburg-Weilburg gegen Null.

Auf die Entwicklung der reinen Ausgaben gegenüber dem Vorjahr haben diese Unterschiede jedoch wegen der überall relativ geringen Einnahmebeträge keinen entscheidenden Einfluß. So sind in 21 der 26 hessischen Verwaltungsbezirke die Nettoausgaben im Vergleich zu 1996 gesunken, und zwar um Werte zwischen knapp 1 und über 40 %. Andererseits wurde für Leistungen an Asylbewerber — bei zum Teil zweistelligen Zuwachsraten — in den beiden größten kreisfreien Städten, Frankfurt am Main und Wiesbaden, und in drei mittelhessischen Landkreisen mehr Geld als 1996 ausgegeben. Das hatte zur Folge, daß im Durchschnitt der Landkreise eine Abnahme der Ausgaben um fast 12 %, bei den kreisfreien Städten dagegen eine Zunahme um über 4 % zu verzeichnen war. Auch die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Hessen hatten 1997 — bedingt durch die erstmalige Einbeziehung von Leistungen für Bürgerkriegsflüchtlinge — einen um fast ein Viertel höheren Aufwand als im Vorjahr.

nach ausgewählten Hilfearten und nach Trägern

		Leistungen für Asylbewerber											Lfd. Nr.
		Brutto- ausgaben	darunter für						Ein- nahmen	Reine Ausgaben			
Krankenhilfe insgesamt ³⁾			Leistungen in besonderen Fällen		Grund- leistungen		Leistungen bei Krankheit ⁴⁾			ins- gesamt	je Ein- woh- ner ¹⁾	Zu- bzw. Ab- nahme (–) gegenüber 1996	
1000 DM	%	1000 DM		%	1000 DM	%	1000 DM	%	1000 DM		DM	%	
4 462,7	7,9	5 848,1	3 712,2	63,5	1 677,7	28,7	419,0	7,2	479,4	5 368,7	38,94	– 24,6	1
66 090,5	13,5	39 489,1	14 658,1	37,1	18 889,1	47,8	4 960,6	12,6	126,0	39 363,1	61,17	16,2	2
11 866,8	10,9	6 132,0	4 221,7	68,8	767,7	12,5	1 129,9	18,4	484,9	5 647,1	48,59	– 33,7	3
12 847,3	7,8	45 917,0	22 275,0	48,5	19 946,0	43,4	3 696,0	8,0	2 455,9	43 461,1	162,33	20,9	4
4 985,3	9,4	33 632,0	15 396,2	45,8	15 636,5	46,5	2 435,5	7,2	474,9	33 157,2	127,06	– 16,2	5
5 859,7	9,5	33 326,5	28 969,5	86,9	3 169,8	9,5	1 187,2	3,6	640,0	32 686,4	115,85	– 21,6	6
5 026,6	8,1	10 273,1	4 954,0	48,2	3 974,5	38,7	1 225,3	11,9	896,3	9 376,8	37,90	– 13,1	7
5 846,2	10,4	31 255,3	13 586,7	43,5	15 311,2	49,0	2 350,1	7,5	68,1	31 187,3	140,33	– 0,7	8
11 213,8	10,2	33 629,2	14 334,5	42,6	16 251,5	48,3	2 642,6	7,9	1 524,0	32 105,2	79,83	– 7,8	9
3 330,1	7,5	26 111,6	16 196,1	62,0	6 233,7	23,9	3 537,5	13,5	427,2	25 684,4	119,24	– 1,7	10
1 896,5	9,0	6 504,3	2 704,6	41,6	3 116,7	47,9	671,5	10,3	745,3	5 758,9	57,99	– 15,7	11
6 585,9	7,8	40 205,6	18 628,7	46,3	19 180,7	47,7	2 230,9	5,5	2 485,8	37 719,8	113,84	– 13,4	12
2 202,4	4,6	22 998,1	17 263,4	75,1	3 902,7	17,0	1 532,0	6,7	584,9	22 413,2	122,34	– 23,0	13
6 493,4	7,4	32 929,3	16 148,9	49,0	14 886,3	45,2	1 779,5	5,4	1 759,1	31 170,3	108,16	– 10,8	14
148 707,2	10,3	368 251,2	193 049,7	52,4	142 944,0	38,8	29 797,6	8,1	13 151,7	355 099,5	96,03	– 7,6	15
6 862,9	7,0	24 092,4	9 320,7	38,7	12 226,3	50,7	2 296,7	9,5	1 320,7	22 771,7	90,02	– 22,3	16
4 120,7	6,5	18 587,8	10 187,8	54,8	5 302,7	28,5	2 828,0	15,2	300,2	18 287,6	69,47	19,1	17
3 319,6	7,0	21 921,7	14 575,3	66,5	3 793,1	17,3	3 471,0	15,8	15,1	21 906,5	126,66	15,1	18
4 279,7	5,7	34 271,7	10 693,9	31,2	20 176,8	58,9	2 774,6	8,1	1 618,6	32 653,1	129,23	– 11,1	19
1 341,2	4,7	12 833,3	4 939,8	38,5	6 749,2	52,6	984,2	7,7	1 106,7	11 726,5	98,52	1,4	20
19 924,0	6,4	111 706,8	49 717,6	44,5	48 248,2	43,2	12 354,5	11,1	4 361,3	107 345,5	101,19	– 4,2	21
10 185,7	6,8	26 478,8	16 596,5	62,7	5 642,2	21,3	4 240,0	16,0	1 798,4	24 680,4	123,74	– 12,2	22
4 134,5	6,9	17 295,5	6 590,6	38,1	8 805,1	50,9	1 765,0	10,2	212,1	17 083,4	79,29	– 17,7	23
3 679,6	8,9	10 544,8	6 950,3	65,9	1 649,8	15,6	1 923,3	18,2	769,6	9 775,3	73,71	– 41,7	24
3 877,0	5,6	21 211,6	6 665,3	31,4	12 199,3	57,5	2 261,0	10,7	937,4	20 274,2	83,03	– 11,3	25
2 440,3	5,2	20 008,4	9 708,6	48,5	7 936,2	39,7	2 342,8	11,7	992,9	19 015,5	98,12	– 4,5	26
2 585,7	6,0	16 146,8	7 529,1	46,6	7 012,3	43,4	1 500,5	9,3	859,0	15 287,8	89,32	– 11,3	27
1 318,1	4,1	3 413,5	343,5	10,1	2 259,9	66,2	777,7	22,8	210,7	3 202,8	27,47	– 42,7	28
28 221,0	6,4	115 099,4	54 383,9	47,2	45 504,9	39,5	14 810,1	12,9	5 780,0	109 319,4	85,86	– 16,7	29
28 659,0	2,3	16 506,3	—	—	8 836,3	53,5	4 881,1	29,6	19,4	16 486,9	2,73	23,0	30
225 511,2	6,6	611 563,8	297 151,2	48,6	245 533,4	40,1	61 843,3	10,1	23 312,5	588 251,3	97,53	– 8,2	31
105 452,9	10,9	123 865,0	61 463,5	49,6	46 922,8	37,9	14 445,4	11,7	5 344,6	118 520,4	86,84	4,4	32
91 399,3	7,4	471 192,5	235 687,7	50,0	189 774,3	40,3	42 516,8	9,0	17 948,5	453 244,0	97,12	– 11,8	33

planung. — 4) Einschl. Leistungen bei Schwangerschaft und Geburt. — 5) Bei Sozialhilfe Landeswohlfahrtsverband, bei Asylbewerberleistungen Erstauf-

Viel stärkere regionale Schwankungen als bei den Sozialhilfeausgaben waren für die Aufgliederung auf die einzelnen Leistungsarten⁵⁾ nach dem AsylbLG festzustellen. So entfielen auf Leistungen in besonderen Fällen zwischen 10 und 87 % der Gesamtausgaben, während bei Grundleistungen die Spanne der Anteilwerte zwischen ebenfalls 10 und 66 % lag. Selbst für die Leistungen bei Krankheit wurde ein Unterschied von fast 20 Prozentpunkten zwischen dem Kreis mit dem niedrigsten Anteil (Darmstadt-Dieburg mit 3,6 %) und dem mit dem höchsten Anteil (Werra-Meißner-Kreis mit 22,8 %) ermittelt.

Unabhängig von all diesen Differenzen ist festzuhalten, daß — anders als bei der Sozialhilfe — die Landkreise durch die Aufnahme von Asylbewerbern relativ stärker betroffen waren als die kreisfreien Städte. Das spiegelt sich auch bei den

5) Da die Einnahmen nur pauschal ermittelt werden, bezieht sich die Aufgliederung der Leistungsarten auf die Bruttoausgaben.

6) Der Begriff „Belastung“ ist insoweit zu relativieren, als die Ausgaben nach dem AsylbLG im wesentlichen vom Land Hessen erstattet werden.

durchschnittlichen Nettoausgaben je Einwohner in Höhe von 97 DM in den Landkreisen und 87 DM in den kreisfreien Städten wider. Ohne die außerordentlich hohen Ausgaben von 162 DM in Wiesbaden wäre der Unterschied sogar noch weitaus größer ausgefallen. In Darmstadt wurde beispielsweise je Einwohner noch nicht einmal der vierte Teil davon gezahlt und in Frankfurt am Main nur 61 DM, etwa halb so viel wie in der kreisfreien Stadt Kassel. Unter den Landkreisen wies der Hochtaunuskreis mit einem Betrag von 140 DM je Einwohner die höchste Belastung⁶⁾ auf. Vier weitere Landkreise mußten über 120 DM je Einwohner aufbringen. Relativ gering war dagegen die Belastung im Odenwaldkreis mit 58 DM sowie im Landkreis Groß-Gerau mit 38 DM, am niedrigsten jedoch im Werra-Meißner-Kreis mit lediglich etwas über 27 DM. Zusammen hatten die Landkreise reine Ausgaben in Höhe von fast 453 Mill. DM; das waren über drei Viertel aller Ausgaben für Asylbewerber in Hessen. Die fünf kreisfreien Städte brachten dagegen zusammen netto knapp 119 Mill. DM auf, von denen mit über 43 Mill. DM weit über ein Drittel allein auf die Landeshauptstadt Wiesbaden entfiel. □

Hessen Regional — PC Datenbank

Für die Recherche von Gemeindedaten haben Sie die wichtigsten Angaben von allen Gemeinden, Landkreisen und kreisfreien Städten auf Diskette: 288 Merkmale je Gemeinde und Jahr informieren Sie umfassend!

Folgenden Bereiche sind enthalten:

- Bevölkerung
- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
- Verarbeitendes Gewerbe
- Landwirtschaft
- Baugenehmigungen
- Wohngebäude
- Straßenverkehrsunfälle
- Fremdenverkehr
- Finanzen der Gemeinden
- Personal der Gemeinden
- Lohn- und Einkommensteuer
- Umsatzsteuer

Rechercheergebnisse können in Tabellenform ausgedruckt oder zur Weiterverarbeitung mit gängigen Tabellenkalkulationsprogrammen exportiert werden. Es ist möglich, mehrere Jahreslieferungen zu installieren.

Lieferbar sind die Ausgaben ab 1995.

Systemvoraussetzungen: IBM-kompatibler PC ab 286, DOS Version 3.xx oder höher. Benötigte Festplattenkapazität: 3 MB für die Recherche-Software und 2 MB je Jahreslieferung. Es werden 3,5 Zoll-Disketten geliefert.

„Hessen regional“ und die Printversion „Hessische Gemeindestatistik“ (geb., DIN A4, 15,00 DM) sind Produkte der HEPAS-Fachdatei HSL. „Hessen regional“ enthält alle Daten der Printversion und ist nur zusammen mit dieser zum

Preis von 85,00 DM zu beziehen. Bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung oder direkt bei uns.

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden

W-77

SOZIALLEISTUNGEN

Schwerbehindertenquote in Hessen unter dem Durchschnitt

Ende 1997 lebten in Deutschland über 6,6 Millionen schwerbehinderte Menschen mit gültigem amtlichen Ausweis. Das waren gegenüber 1995 rund 124 600 Personen mehr, die mit einem Behinderungsgrad von mindestens 50 % die Voraussetzungen zur Anerkennung als Schwerbehinderte erfüllten. Die Zunahmerate blieb mit knapp 2 % im Bundesgebiet unverändert, war aber in den neuen Bundesländern — möglicherweise bedingt durch die weitere Umstellung von Ausweisen — nach wie vor etwas höher¹⁾, wenngleich sich die Unterschiede abgeschwächt haben. In Hessen hat sich die Entwicklung dagegen wieder umgekehrt; nachdem es noch 1995 eine überdurchschnittlich hohe Zunahme um 33 200 Personen beziehungsweise um fast 8 % gegeben hatte, ist die Zahl der Schwerbehinderten bis Ende 1997 um 6900 bzw. um 1,5 % auf 447 400 gesunken²⁾. Dies hat — bei weiterhin leichtem Bevölkerungswachstum — auch dazu geführt, daß sich der Anteil schwerbehinderter Menschen in Hessen von 7,6 % auf 7,4 % der Gesamtbevölkerung verringerte, während der Bundesdurchschnitt von 7,9 % auf 8,1 % gestiegen ist.

1) Die außerordentlich hohe Zunahmerate in Hamburg ist im wesentlichen durch Untererfassungen bei der vorangegangenen Erhebung bedingt.

2) Zu den hessischen Ergebnissen im einzelnen vgl. „Schwerbehinderte in Hessen Ende 1997“, Staat und Wirtschaft in Hessen, 53. Jahrg., Heft 6, Juni 1998, S. 192.

Außer in Hessen hat es mehr oder weniger starke Abnahmen in weiteren vier Bundesländern gegeben, die sich zusammen auf 32 900 Personen beliefen. Davon stellte Nordrhein-Westfalen mit allein 24 300 Personen — gleichbedeutend mit einem Rückgang um 1,3 % in diesem Bundesland — den weitaus größten Teil. Relativ noch stärker, nämlich um 6 %, hat die Zahl der Schwerbehinderten jedoch im Saarland abgenommen. Dort wurden knapp 5600 weniger schwerbehinderte Menschen registriert als Ende 1995; die daraus resultierende Schwerbehindertenquote lag mit 8,1 % exakt im Bundesdurchschnitt. Um ein Viertel höher war sie in Nordrhein-Westfalen, das mit über 10 % nach wie vor die Spitzenposition unter den Bundesländern einnahm. Die niedrigste Quote der alten Bundesländer wurde dagegen mit nur 6,9 % erneut in Baden-Württemberg ermittelt. Dieser Wert wurde nur in einem der neuen Bundesländer, und zwar in Mecklenburg-Vorpommern, leicht übertroffen. Bei den meisten neuen Ländern lag die Schwerbehindertenquote bei 6,5 %, während sie Ende 1993 dort zum Teil noch nicht einmal 5 % betragen hatte. Obwohl in den neuen Bundesländern am Jahresende 1997 zusammen über 48 000 Schwerbehinderte mehr gezählt wurden als zwei Jahre zuvor, haben sie den Stand der früheren Bundesrepublik Deutschland noch nicht erreicht.

Nicht unbeträchtliche Unterschiede zwischen den Ländern wurden auch für die Art der schwersten Behinderung ermittelt. Dabei bewegten sich die hessischen Werte allerdings meist in der Nähe des Bundesdurchschnitts, den sie beim „Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen“ mit einem Anteil von 1,6 % sowie bei „Blindheit, Sehbehinderung“ mit einem Anteil von 5,2 % genau erreichten. Andererseits war gerade bei der — übrigens in allen Bundesländern — mit Abstand häufigsten Behinderungsart, der „Beeinträchtigung der Funk-

Schwerbehinderte in den Bundesländern am 31. Dezember 1997
nach Art der schwersten Behinderung

Land	Schwerbehinderte insgesamt			Von den Schwerbehinderten hatten (in %) folgende schwerste Behinderung								
	am 31. Dezember 1997	Zu- bzw. Abnahme (-) gegenüber 1995 in %	Anteil an der Bevölkerung in % ¹⁾	Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	Funktions-einschränkung von Gliedmaßen	Funktions-einschränkung der Wirbelsäule ²⁾	Blindheit oder Sehbehinderung	Taubheit, Schwerhörigkeit ³⁾	Brustamputation, Kleinwuchs, Entstellungen	Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen ⁴⁾	Geistig-seelische Behinderungen, Sucht-krankheiten ⁵⁾	Sonstige Behinderungen ⁶⁾
Baden-Württemberg	714 540	2,7	6,9	1,7	17,8	12,8	5,2	4,3	3,2	29,2	19,2	6,6
Bayern	968 260	2,9	8,0	1,6	17,6	12,1	4,9	3,9	2,5	29,1	16,0	12,3
Berlin	316 435	- 0,3	9,2	1,2	9,6	17,5	4,6	2,5	3,3	33,4	12,0	15,9
Brandenburg	175 331	3,0	6,8	1,9	16,7	8,7	6,5	4,1	2,4	33,5	17,8	8,4
Bremen	56 033	- 3,4	8,3	1,8	16,6	16,2	5,5	4,5	2,8	30,5	17,5	4,6
Hamburg	135 796	26,6	8,0	1,5	14,9	13,5	6,8	4,9	3,9	30,4	17,7	6,3
H e s s e n	447 385	- 1,5	7,4	1,6	14,1	18,1	5,2	4,5	2,5	26,6	13,7	13,7
Mecklenburg-Vorpommern	130 011	21,7	7,2	1,8	19,4	6,4	7,7	4,7	2,2	33,9	19,0	4,9
Niedersachsen	640 453	3,8	8,2	2,1	14,3	18,0	5,7	4,0	2,7	27,9	15,3	9,9
Nordrhein-Westfalen	1 810 962	- 1,3	10,1	1,1	12,9	18,2	3,9	3,3	2,2	31,1	11,6	15,9
Rheinland-Pfalz	311 705	4,2	7,8	1,9	12,2	23,7	4,6	3,7	2,1	29,5	11,7	10,6
Saarland	87 390	- 6,0	8,1	2,0	11,7	21,6	5,6	4,2	2,0	28,0	14,3	10,6
Sachsen	292 108	2,1	6,5	2,4	21,9	4,0	8,7	6,0	3,4	28,3	18,3	7,0
Sachsen-Anhalt	174 841	2,0	6,5	3,0	13,0	12,0	8,4	5,3	3,0	31,5	15,9	7,9
Schleswig-Holstein	198 715	3,0	7,2	1,7	17,9	14,6	4,6	3,4	2,4	28,7	14,2	12,5
Thüringen	161 192	7,2	6,5	2,8	21,7	9,0	7,2	4,9	2,7	32,7	16,3	2,7
Deutschland	6 621 157	1,9	8,1	1,6	15,2	15,3	5,2	3,9	2,6	29,9	14,7	11,6

1) Schwerbehindertenquote (Bevölkerungsstand am 31. Dezember 1997). — 2) Und des Rumpfes. — 3) Und Gleichgewichtsstörungen. — 4) Oder Organ-systemen. — 5) Einschl. Querschnittslähmungen. — 6) Einschl. ungenügend bezeichneter Behinderungen.

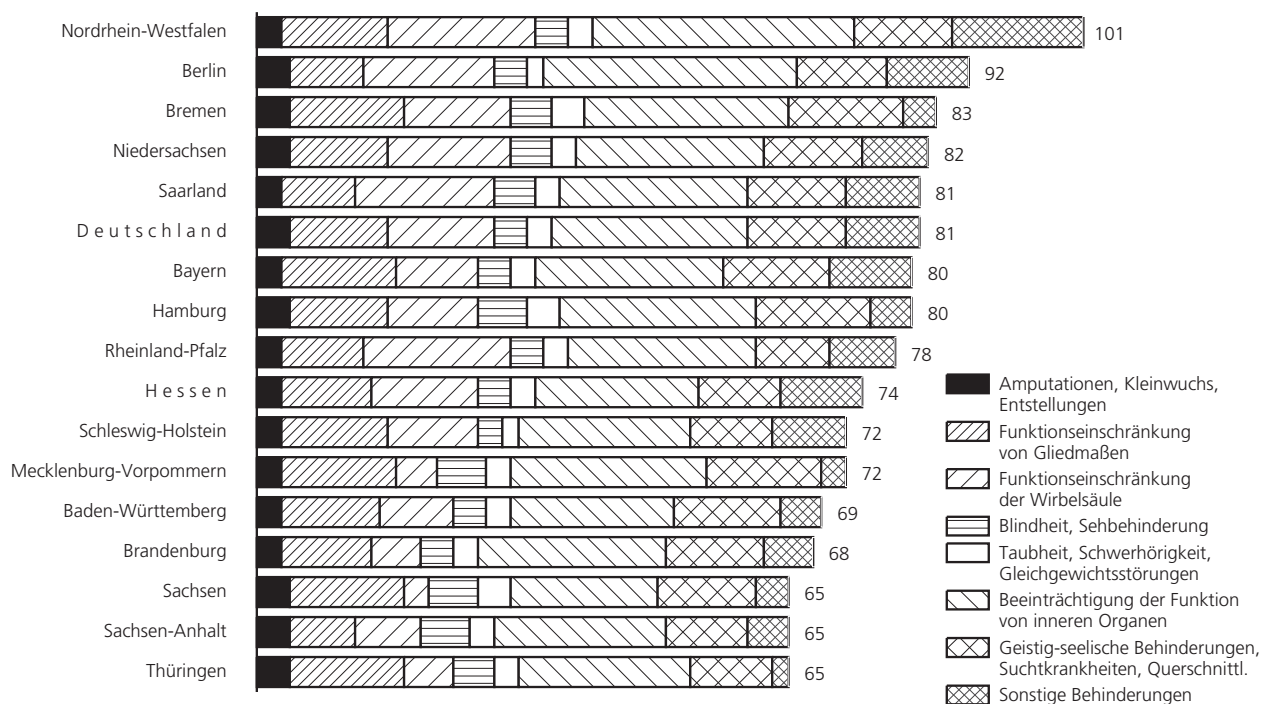
tion von inneren Organen oder Organsystemen“, die Abweichung mit gut 3 Prozentpunkten weniger als im Bundesdurchschnitt (26,6 gegenüber 29,9 %) am größten. Nach wie vor kamen die „ersichtlichen“ Behinderungen, wie „Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen“ sowie „Blindheit und Sehbehinderung“ in den neuen Bundesländern relativ häufiger vor als in den alten, wenn auch nicht mehr in dem gleichen Maß wie vor zwei Jahren. Zum Teil waren dort — bei einer mengenmäßig allerdings eher untergeordneten Bedeutung — die Anteile von Personen mit einer derartigen Behinderung sogar doppelt so hoch. Sicher liegt das unter anderem auch daran, daß für die übrigen Behinderungsarten in vielen Fällen noch kein Antrag auf Anerkennung gestellt war und diese damit unterrepräsentiert waren. Dies scheint vor allem für die „Funktionseinschränkung der Wirbelsäule“ mit Anteilen von meist erheblich unter 10 % zu gelten.

Gerade diese Behinderungsart wurde nämlich mit Anteilen zwischen 17 und 24 % in sechs der „alten“ Bundesländer als zweithäufigste benannt. In jeweils fünf Ländern wurde dieser Rang von der „Funktionseinschränkung der Gliedmaßen“

bzw. der „Geistig-seelischen Behinderung sowie Suchtkrankheit“ (einschließlich der Querschnittlähmung) eingenommen. Die Anteile der betroffenen Personen lagen im erstgenannten Fall in der Regel bei durchschnittlich etwa einem Fünftel, im anderen Fall etwas niedriger. Relativ selten kam demgegenüber die „Funktionseinschränkung der Gliedmaßen“ in Berlin mit lediglich 9,6 % vor. Auch die dritthäufigste Behinderungsart war in fast allen Ländern wechselweise eine der drei zuvor genannten spezifischen Beeinträchtigungen. Hier fallen allerdings die beiden Bundesländer mit den insgesamt höchsten Schwerbehindertenquoten, nämlich Nordrhein-Westfalen und Berlin, ins Auge, bei denen „Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen“ mit einem Anteil von jeweils fast einem Sechstel an dritter Stelle der Häufigkeitsverteilung lagen. Auch in einigen anderen Bundesländern, darunter in Hessen, waren die Schwerbehinderten relativ häufig in diese etwas unbestimmte Gruppe eingeordnet, was zweifellos gewisse Verschiebungen der Anteilwerte in den übrigen Bereichen zur Folge haben kann.

Heinz-Kurt R o m p e l

Schwerbehinderte in den Bundesländern am 31. Dezember 1997 auf 1000 Einwohner nach Art der schwersten Behinderung



HSL 1/99

BEVÖLKERUNG

Erwerbseinkommen: Wichtigste Quelle des Lebensunterhalts

Im Rahmen der jährlich durchzuführenden Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt (Mikrozensus) wird auch die Art des überwiegenden Lebensunterhalts erfragt. Im April 1998 war das Einkommen aus Erwerbstätigkeit für 2,4 Millionen oder gut zwei Fünftel aller Einwohner Hessens die überwiegende Unterhaltsquelle. Fast jeder dritte Hesse — vor allem Frauen und Kinder — wurde durch den Ehepartner, die Eltern oder andere Angehörige unterhalten. Fast ein Viertel aller Bewohner konnte überwiegend Renten, Pensionen, Sozialhilfe, andere Unterstützungsleistungen oder eigenes Vermögen zum Lebensunterhalt verwenden. Nahezu 3 % lebten überwiegend vom Arbeitslosengeld (einschl. Arbeitslosenhilfe).

Gegenüber 1988 ging der Anteil des Erwerbseinkommens als überwiegende Unterhaltsquelle um drei Prozentpunkte zurück. Ursache hierfür war vor allem die Verschiebung der Altersstruktur. So stieg der Anteil der Menschen über 64 Jahre, die in der Regel nicht mehr erwerbstätig sind. Zum anderen spielte die gestiegene Arbeitslosigkeit eine Rolle. Renten, Pensionen, Sozialhilfe, andere Unterstützungsleistungen und eigenes Vermögen einerseits sowie Arbeitslosengeld und -hilfe andererseits haben deshalb ihren Anteil um knapp vier bzw. einen Prozentpunkt erhöht. Der Unterhalt durch Angehörige sank geringfügig um zwei Prozentpunkte.

Sinkende Bedeutung des Erwerbseinkommens bei Männern

Die Bedeutung der einzelnen Unterhaltsquellen hat sich jedoch zwischen Männern und Frauen unterschiedlich entwickelt. Bei der männlichen Bevölkerung nahm der Anteil des Erwerbseinkommens als überwiegende Unterhaltsquelle in diesem Zehnjahreszeitraum von rund 57 % auf knapp 50 % ab. Diese Entwicklung ist vor allem auf den zunehmend späteren Einstieg der Männer in das Berufsleben auf Grund längerer und qualifizierterer Ausbildung sowie einen früheren Eintritt in den Ruhestand zurückzuführen. Demgegenüber

hatten 1998 Renten, Pensionen, Sozialhilfe, andere Unterstützungsleistungen und eigenes Vermögen erheblich mehr Gewicht als 1988. Die Quote stieg von 18 auf 23 %. Der Anteil der Arbeitslosenunterstützung hat sich von 1,8 auf 3,5 % nahezu verdoppelt.

Immer mehr Frauen mit eigenem Einkommen

Bei den Frauen hat — im Gegensatz zur männlichen Bevölkerung — das Erwerbseinkommen nicht an Bedeutung verloren. Vielmehr erhöhte sich der Anteil des Einkommens aus Erwerbstätigkeit in den letzten zehn Jahren um knapp einen Prozentpunkt. Ein Teil der Zunahme ist allerdings auf die 1998 deutlich verbesserte statistische Erfassung der geringfügigen Erwerbstätigkeit — diese wird zum größten Teil von Frauen ausgeübt — als 1988 zurückzuführen. Auch bei den Frauen stieg der Anteil bei Renten, Pensionen, Sozialhilfe, anderen Unterstützungsleistungen und eigenem Vermögen und zwar um drei Prozentpunkte. Demgegenüber wurden im vergangenen Jahr nur noch 42 % der weiblichen Bevölkerung durch Eltern, Ehemann oder andere Angehörige unterhalten. 1988 waren es noch 46 % gewesen.

Während die männlichen Erwerbstätigen zu 96 % ihren Lebensunterhalt überwiegend aus Einkommen aus ihrer Erwerbstätigkeit bestreiten konnten, waren es bei den Frauen — auf Grund ihres relativ hohen Anteils der Teilzeitbeschäftigung oder geringfügigen Erwerbstätigkeit — nur 85 %.

Drei Fünftel der Erwerbslosen lebten von Arbeitslosenunterstützung

Von den 262 000 Erwerbslosen — also Personen, die auch keiner geringfügigen Erwerbstätigkeit (bis 620 DM Monats-einkommen) nachgingen — lebten drei Fünftel überwiegend von Arbeitslosengeld oder -hilfe. Auf Rente, Sozialhilfe oder ähnliche Leistungen waren 17 % und auf Unterhalt durch Angehörige 23 % angewiesen. Vor zehn Jahren war die Zahl der Erwerbslosen mit 184 000 um 78 000 niedriger gewesen. Damals bezog aber nur knapp die Hälfte überwiegend Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, während knapp vier Zehntel auf Unterhalt durch Eltern, Ehepartner oder andere Angehörige angewiesen waren. Nur jeder siebte lebte damals überwiegend von Rente, Sozialhilfe oder ähnlichen Leistungen.

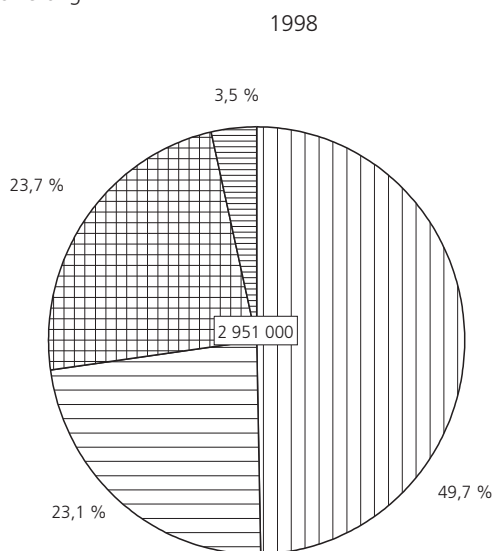
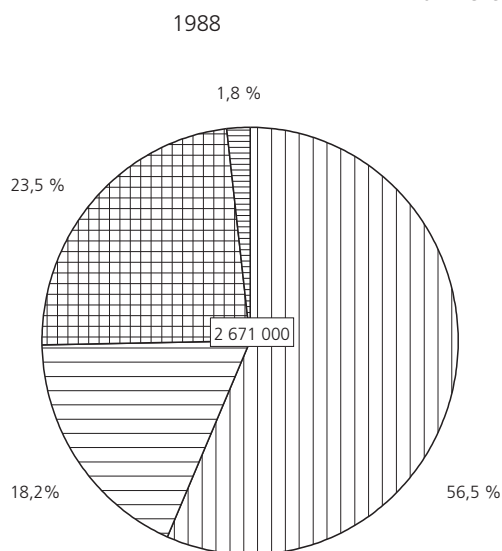
Bevölkerung 1988 und 1998 nach dem überwiegenden Lebensunterhalt

— Ergebnisse des Mikrozensus —

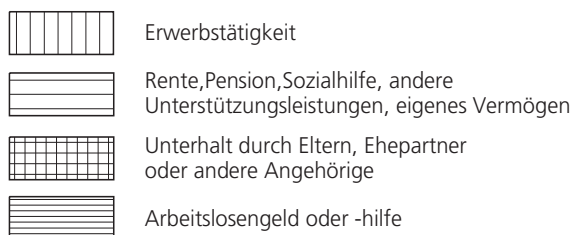
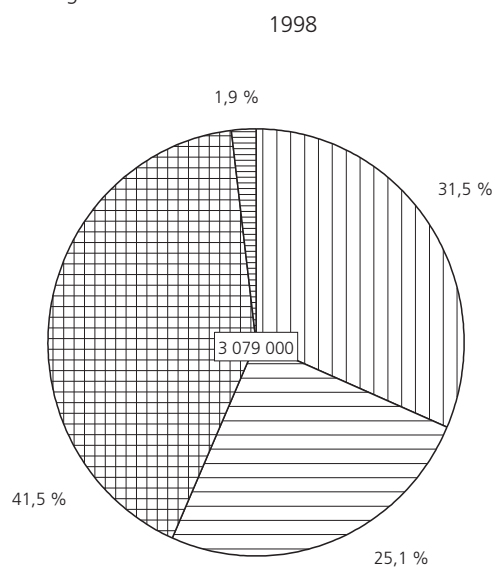
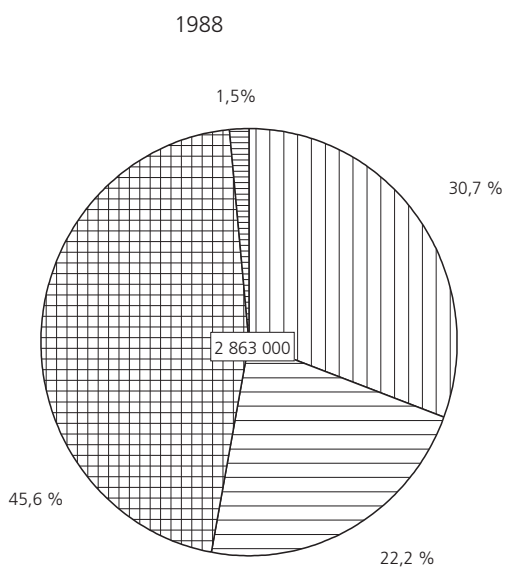
Geschlecht	Ins- gesamt	davon mit überwiegendem Lebensunterhalt durch . . .			
		Erwerbs- tätigkeit	Arbeitslosen- geld/-hilfe	Rente, Pension, Sozialhilfe, andere Unterstützungs- leistungen	Unterhalt durch Eltern, Ehepartner sowie andere Angehörige
	1000	%			
1988					
Männlich	2 671	56,5	1,8	18,2	23,5
Weiblich	2 863	30,7	1,5	22,2	45,6
Insgesamt	5 534	43,2	1,6	20,3	34,9
darunter Erwerbslose	184	—	48,8	14,3	36,9
1998					
Männlich	2 951	49,7	3,5	23,1	23,7
Weiblich	3 079	31,5	1,9	25,1	41,5
Insgesamt	6 031	40,4	2,7	24,1	32,8
darunter Erwerbslose	262	—	59,9	17,4	22,7

Bevölkerung 1988 und 1998 nach dem überwiegenden Lebensunterhalt

Männliche Bevölkerung



Weibliche Bevölkerung



10 % aller ausländischen Haushalte lebten überwiegend von Sozialhilfe

63 000 oder 2,3 % aller Privathaushalte lebten im April 1998 überwiegend von Sozialhilfe. Dieser Anteil war bei den Haushalten mit ausländischer Bezugsperson mit 10 % fast siebenmal so hoch wie bei den Haushalten mit deutscher Bezugsperson (1,5 %). Die Bezugsperson ist bei Mehrpersonenhaushalten im allgemeinen die Person, die überwiegend zum Lebensunterhalt beiträgt.

Von allen Haushalten, die über ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 1800 DM verfügten, waren 9 % überwiegend auf Sozialhilfe angewiesen. Während bei diesen Haushalten mit deutscher Bezugsperson der Anteil 6 % ausmachte, lebten 25 % der Ausländerhaushalte überwie-

gend von Sozialhilfe oder von Unterstützungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Neben der Sozialhilfe als überwiegende Unterhaltsquelle spielt für viele Haushalte die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt als ergänzende Hilfe eine bedeutende Rolle. So bekamen nach den Ergebnissen der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik über 157 000 Haushalte am Jahresende 1997 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt; darunter hatten fast zwei Fünftel der Haushalte eine ausländische Bezugsperson. Dies bedeutet, daß fast 6 % aller hessischen Haushalte Sozialhilfe bzw. Asylbewerberleistungen bezogen; dagegen war die Sozialhilfe bei 2,3 % der Haushalte die überwiegende Unterhaltsquelle. Unter den Haushalten mit deutscher Bezugsperson waren es knapp 4 %, unter denen mit ausländischer fast 24 %.

Siegfried Th an

Beiträge zur Statistik Hessens

Nr.	Titel (G = mit Gemeindeergebnissen, K = Kreisergebnissen)	Umfang (Seiten)	Bezugspreis (DM)
307	Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe 1986 bis 1994 nach Verwaltungsbezirken (K)	249	20,00
308	Regionalergebnisse für das Verarbeitende Gewerbe in Hessen 1970 bis 1994		
	— Teil 1: Ergebnisse für das Land Hessen	124	12,00
	— Teil 2: Ergebnisse für die kreisfreien Städte	169	16,00
	— Teil 3: Ergebnisse für den Regierungsbezirk Darmstadt und die Landkreise des Reg.-Bez. Darmstadt (ohne kreisfreie Städte)	395	22,00
	— Teil 4: Ergebnisse für den Regierungsbezirk Gießen und die Landkreise des Reg.-Bez. Gießen	231	20,00
	— Teil 5: Ergebnisse für den Regierungsbezirk Kassel und die Landkreise des Reg.-Bez. Kassel (ohne kreisfreie Stadt Kassel)	251	20,00
309	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1995 (K)	135	16,00
310	Die veranlagten Einkommen in Hessen 1992 (G)	164	16,00
311	Die hessische Ausfuhr 1994	133	12,00
312	Die Einfuhr nach Hessen 1994	103	12,00
313	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1991 (K)	133	16,00
314	Die Schulden des Landes, der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände am 31.12.1995 (G)	117	12,00
315	Das Personal des öffentlichen Dienstes in Hessen am 30. Juni 1995	175	16,00
316	Handel und Gastgewerbe 1993 — Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1993 (K)	212	20,00
317	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1994 (K)	238	20,00
318	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1996 (K)	135	16,00
319	Handwerkszählung 1995	146	16,00
320	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1995 (K)	128	16,00
321	Die Kommunalwahlen am 2. März 1997 (G)	236	20,00
322	Regionalergebnisse für das Bauhauptgewerbe in Hessen 1979 bis 1994	258	20,00
323	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1995 und 1996	119	12,00
324	Die hessische Ausfuhr 1995	139	16,00
325	Die Einfuhr nach Hessen 1995	108	12,00
326	Die Industrie in den hessischen Stadt- und Landkreisen 1996 (K)	72	16,00
327	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1997 (K)	135	16,00
328	Die Umsätze und ihre Besteuerung in Hessen 1996 (K)	238	20,00
329	Öffentliche Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Hessen 1975 bis 1995 (K)	116	12,00
330	Die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen 1996 und 1997	117	12,00
331	Die hessische Ausfuhr 1996	139	16,00
332	Die Einfuhr nach Hessen 1996	108	12,00
333	Die Wahl zum Hessischen Landtag am 7. Februar 1999 (G)	227	20,00
334	Straßenverkehrsunfälle in Hessen 1998 (K)	135	16,00

Herausgegeben vom Hessischen Statistischen Landesamt • 65175 Wiesbaden

Knapp 150 000 Studierende an hessischen Hochschulen

Im November 1998 waren an den hessischen Hochschulen knapp 150 000 Studierende eingeschrieben¹⁾. Damit wurde der Höchststand des Wintersemesters 1992/93 um 13 000 oder 8,0 % und der Stand des Vorjahres um 750 oder 0,5 % unterschritten. Mittelfristig wird wegen steigender Schülerzahlen und unterstellter gleichbleibender Studienneigung wieder mit einem Anstieg der Studentenzahl gerechnet. Während gegenüber dem vorangegangenen Wintersemester die Zahl der männlichen Studierenden um 2,5 % auf 86 100 zurückging, nahm die Zahl der Studentinnen um 2,3 % auf 63 500 zu. Der Frauenanteil erreichte mit 42,4 % den bisher höch-

Studenten an den hessischen Hochschulen
1975/76 bis 1998/99
(Jeweils im Wintersemester)

Jahr	Studenten insgesamt ¹⁾	darunter im	
		1. Hochschulsemester	1. Fachsemester
1975/76	81 084	11 661	13 772
1976/77	82 653	12 833	15 825
1977/78	83 202	12 167	14 683
1978/79	84 720	13 007	15 690
1979/80	87 304	13 515	16 292
1980/81	92 275	14 935	17 900
1981/82	100 125	16 624	19 804
1982/83	106 987	17 581	21 078
1983/84	112 952	18 620	22 235
1984/85	116 858	17 793	21 759
1985/86	118 883	16 917	20 898
1986/87	120 750	17 125	21 253
1987/88	125 214	19 030	23 259
1988/89	131 679	20 437	24 870
1989/90	136 440	20 985	25 523
1990/91	150 624	22 746	27 368
1991/92	156 409	21 655	26 863
1992/93	162 628	21 852	26 932
1993/94	162 136	18 862	24 262
1994/95	159 146	17 060	22 934
1995/96	154 912	16 602	22 704
1996/97	150 378	16 511	22 838
1997/98	150 349	17 169	24 271
1998/99 ²⁾	149 599	17 439	24 059

1) Ohne Doppelinschreibungen und ohne Beurlaubte. — 2) Vorläufiges Ergebnis.

sten Stand und lag um 1,2 Prozentpunkte über dem Vorjahresanteil. Daß die Frauen verstärkt die Hochschulen besuchen, wird noch deutlicher, wenn die Studienanfängerzahlen betrachtet werden. Hier lag der Frauenanteil im zweiten Jahr bei 49 %. Die Zahl der Studierenden im ersten Fachsemester ist seit Anfang der neunziger Jahre um jeweils gut 6000 höher als die der Studienanfänger, da zu den Studierenden im ersten Fachsemester außer den Erstimmatrikulierten auch diejenigen zählen, die schon einmal an einer deutschen Hochschule ein-

1) In diesem vorläufigen Ergebnis, das auf Vorabmeldungen der Hochschulen beruht, sind die beurlaubten Studenten nicht enthalten.

geschrieben waren und ein Studium in einem anderen Studienfach neu beginnen.

An den sechs hessischen **Universitäten** (einschließlich Gesamthochschule Kassel) waren 107 700 Studierende immatrikuliert, rund 400 mehr als im Wintersemester 1997/98. Während an der Gesamthochschule Kassel die Studentenzahl gegenüber dem Vorjahr um fast 700 zurückging und an der Justus-Liebig-Universität Gießen ein Rückgang um 300 stattfand, ist an den anderen Universitäten ein Anstieg erfolgt. Nach wie vor war die Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main mit 35 900 Studierenden (600 mehr als im Vorjahr) die größte hessische Universität, gefolgt von der Justus-Liebig-Universität Gießen mit 20 400 und der Philipps-Universität Marburg mit 17 700 Studierenden (400 mehr). An der GH Kassel waren 17 000, an der TU Darmstadt 15 700 (200 mehr als im Vorjahr) und an der European Business School in Oestrich-Winkel rund 900 Studierende eingeschrieben. Die Zahl der Studierenden im ersten Fachsemester ist an den Universitäten binnen Jahresfrist um gut 500 zurückgegangen. Im laufenden Semester waren wieder mehr Frauen als Männer im ersten Fachsemester. Der Frauenanteil war jedoch mit 52,4 % etwas niedriger als im Vorjahr, als der bisher höchste Anteil von 53,2 % erreicht wurde. Eine Aufgliederung der Studentenzahl an den Universitäten nach Fächergruppen verdeutlicht, daß in den Sprach- und Kulturwissenschaften absolut und relativ die stärksten Zunahmen binnen Jahresfrist erfolgten, obwohl die Studienanfängerzahl gleichzeitig abnahm. Dies ist vorrangig auf die Lehramtsstudenten zurückzuführen, die sich zusätzlich qualifizieren möchten, indem sie weitere Studienfächer belegen und somit länger studieren. Rund 30 % der Studierenden an den Universitäten waren wiederum in der meistbelegten Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eingeschrieben. Auch in dieser Fächergruppe waren mehr Studierende als im Jahr zuvor immatrikuliert, wobei auch die Studienanfängerzahl deutlich anstieg. Bei den anderen Fächergruppen waren sowohl bei der Studentenzahl als auch bei den Anfängerzahlen Rückgänge zu verzeichnen, die wiederum in den Ingenieurwissenschaften am deutlichsten ausfielen.

Die zwölf hessischen **Fachhochschulen** wurden von 36 800 Studierenden besucht, das waren knapp 200 weniger als im Vorjahr. Dabei standen Zunahmen von je 200 Studierenden an der FH Fulda sowie der neu gegründeten FernFH Darmstadt deutliche Abnahmen von 350 Studierenden an der FH Gießen-Friedberg und je rund 150 an der FH Frankfurt und der FH Darmstadt gegenüber. Die fünf größten hessischen Fachhochschulen waren die FH Frankfurt mit derzeit 9300 Studierenden, die FH Darmstadt mit fast 7600, die FH Wiesbaden mit 7500, die FH Gießen-Friedberg mit 6300 und die FH Fulda mit 3800 Studierenden. Nur noch knapp die Hälfte der FH-Studenten waren in Ingenieurwissenschaften eingeschrieben. In dieser Fächergruppe war die Studentenzahl um weitere 1150 gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und lag damit um 8000 unter dem Spitzenwert des Wintersemesters 1991/92. Da die Studienanfängerzahl jedoch gegenüber dem Vorjahr leicht anstieg, ist eine weitere Abnahme der Studentenzahl in Ingenieurwissenschaften weniger wahrscheinlich. Der Frauenanteil der Studienanfänger an Fachhochschulen war mit 40 % traditionell niedrig, was auf das Studienfachangebot zurückzuführen ist.

**Studenten an den hessischen Hochschulen 1997/98 und 1998/99 nach Hochschularten
und ausgewählten Fächergruppen**
(Jeweils im Wintersemester)

Hochschule — Fächergruppe ¹⁾	1997/98			1998/99 ²⁾			Zu- bzw. Abnahme (-) in %		
	Studenten insge- samt ³⁾	darunter im		Studenten insge- samt ³⁾	darunter im		Studenten insge- samt ³⁾	darunter im	
		1. Hoch- schul- semester	1. Fach- semester		1. Hoch- schul- semester	1. Fach- semester		1. Hoch- schul- semester	1. Fach- semester
Universitäten ⁴⁾	107 298	11 887	17 317	107 678	11 868	16 778	0,4	- 0,2	- 3,1
darunter									
Sprach- und Kulturwissenschaften	26 548	3 234	5 119	27 741	3 117	4 859	4,5	- 3,6	- 5,1
Rechts-, Wirtschafts- und Sozial- wissenschaften	30 509	3 782	5 096	31 634	4 077	5 286	3,7	7,8	3,7
Mathematik, Naturwissenschaften	18 523	2 007	3 023	18 019	2 002	3 030	- 2,7	- 0,2	0,2
Ingenieurwissenschaften	12 987	1 198	1 573	11 608	1 105	1 403	- 10,6	- 7,8	- 10,8
Humanmedizin	8 646	606	673	8 499	534	635	- 1,7	- 11,9	- 5,6
Theologische Hochschulen	375	45	68	340	37	60	- 9,3	.	.
Kunsthochschulen	1 276	115	169	1 319	100	173	3,4	- 13,0	2,4
Fachhochschulen ⁵⁾	36 953	4 330	5 857	36 779	4 753	6 348	- 0,5	9,8	8,4
darunter									
Rechts-, Wirtschafts- und Sozial- wissenschaften	11 519	1 785	2 213	12 073	1 889	2 389	4,8	5,8	8,0
Mathematik, Naturwissenschaften	4 128	611	1 103	4 570	755	1 250	10,7	23,6	13,3
Ingenieurwissenschaften	18 850	1 601	2 113	17 698	1 625	2 131	- 6,1	1,5	0,9
Verwaltungsfachhochschulen	4 447	792	860	3 483	681	700	- 21,7	- 14,0	- 18,6
I n s g e s a m t	150 349	17 169	24 271	149 599	17 439	24 059	- 0,5	1,6	- 0,9

1) Einschl. Lehramtsstudiengänge. — 2) Vorläufiges Ergebnis. — 3) Ohne Doppelseinschreibungen und ohne Beurlaubte. — 4) Einschl. Gesamthochschule Kassel. — 5) Ohne Verwaltungsfachhochschulen.

An den sechs hessischen **Verwaltungsfachhochschulen** wurden 3500 Nachwuchskräfte für den gehobenen nichttechnischen Dienst ausgebildet. Der Rückgang gegenüber dem Wintersemester 1997/98 von zusammen 1000 Studierenden hat insbesondere an der VFH Wiesbaden stattgefunden, wo 750 Studierende weniger eingeschrieben waren und auch die Zahl der Studienanfänger deutlich zurückging. Die zwei größten hessischen Verwaltungsfachhochschulen waren die VFH Wiesbaden mit 2500 und die VFH Rotenburg mit knapp 600 Studierenden.

Während an den drei hessischen **Kunsthochschulen** die Studentenzahl gegenüber dem Vorjahr auf 1300 leicht angestiegen war, war sie an den drei **theologischen Hochschulen** auf knapp 350 zurückgegangen.

Auf **Bundesebene** lag nach ersten vorläufigen Ergebnissen die Studentenzahl im Wintersemester 1998/99 bei 1,796 Mill., die Zahl der Studierenden im ersten Hochschulsemester bei 229 000 und die der Studierenden im ersten Fachsemester bei 305 000. Damit gab es rund 28 000 oder 1,6 % weniger Studierende als im Wintersemester 1997/98. Während die Zahl der männlichen Studierenden um 30 000 auf 1 Mill. zurückging, war die Zahl der Studentinnen geringfügig um 2000 auf 796 000 angestiegen. Der Frauenanteil in der Studentenschaft erhöhte sich dadurch von 43,6 % im Vorjahr auf 44,3 %. Die Zahl der Studierenden im ersten Hochschulsemester stieg gleichzeitig um gut 3000 oder 1,4 % an, während die der Studierenden im ersten Fachsemester um fast 6000 oder 1,9 % zurückging.

Andreas B ü d i n g e r

ALLGEMEINES

Zusammenarbeit mit Litauen fortgesetzt

Die seit Jahren bestehende Zusammenarbeit zwischen dem Hessischen Statistischen Landesamt und dem Department für Statistik der Republik Litauen wurde auch im vergangenen Jahr fortgesetzt. Auf der Grundlage der Gemeinsamen Erklärung des Hessischen Statistischen Landesamtes und der Republik Litauen über Hilfeleistungen bei der Umstellung der amtlichen Statistik in Litauen vom 18. Juni 1997 befanden sich in der Zeit vom 25. bis 27. November 1998 Experten des Hessischen Statistischen Landesamtes auf Einladung des Generaldirektors des „Departments für Statistik“ der Regierung Litauens in Vilnius. Der Besuch, dessen Finanzierung durch EU-Phare-Projektmittel erfolgte, diente der Vorbereitung der dortigen Volkszählung (VZ) im Jahre 1999 sowie des Harmonisierten Systems der Verbraucherpreisindizes und der Baukostenindizes und setzte bereits früher erfolgte gegenseitige Besuche fort.

Volkszählung in Litauen 1999

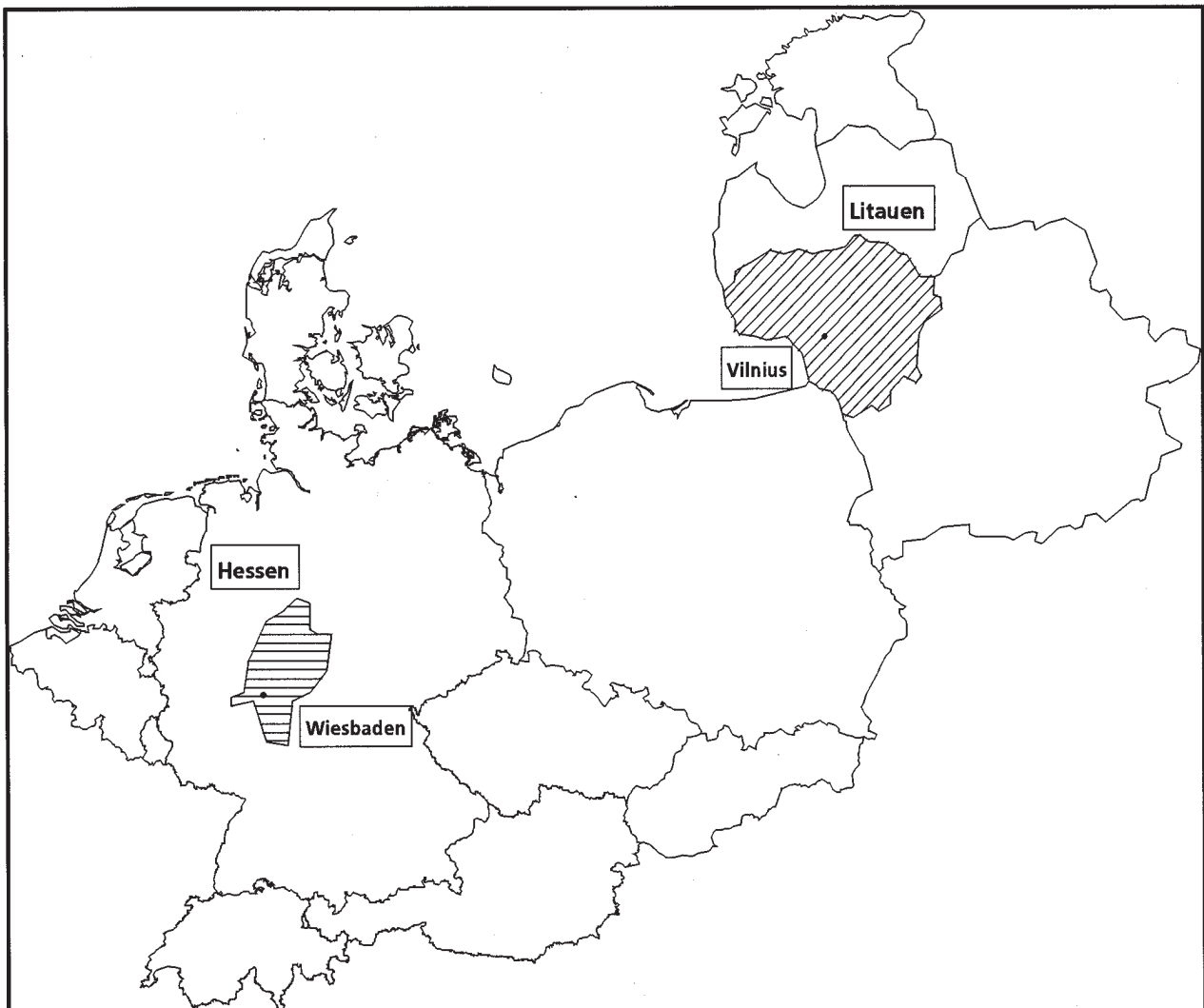
Im Vordergrund der Besprechung des zum Stichtag 1. Dezember 1999 vorgesehenen traditionellen Zensus standen drei

Themenbereiche: Öffentlichkeitsarbeit, Abgrenzung der Erhebungsinhalte und maschinelle Aufbereitung. Daneben wurden die Durchführung und Auswertung von Testerhebungen sowie organisatorische und personelle Fragen erörtert.

Der Nutzen eines einheitlichen Erkennungszeichens für alle „Kampagnen“ der Volkszählung wurde in Litauen früh erkannt, so daß ein entsprechendes Logo bereits eingesetzt wird. Da mit Plakaten, Presse, Rundfunk und Fernsehen nicht unbedingt alle Haushalte erreicht werden, wurden auch Postwurfsendungen mit allgemeinen Informationen und mit einem Fragebogen angeregt. Auf die Erfahrungen mit Diskussionsveranstaltungen im Vorfeld der letzten Volkszählung in Deutschland wurde ebenfalls hingewiesen.

Die in der Volkszählung vorgesehenen Fragen wurden ausführlich diskutiert. Die Vorschläge der EU wurden in das Konzept einbezogen. Akzeptanzprobleme wurden angesprochen und Möglichkeiten zur Erfassung bestimmter kritischer Sachverhalte und von besonderen Personengruppen vorgeschlagen.

Es ist vorgesehen, die in der Regel durch den Zähler ausgefüllten und von „Oberzählern“ geprüften Formulare maschinell zu lesen und bei der Dialogverarbeitung am PC integrierte Plausibilitätskontrollen zu verwenden. Das Tabellenprogramm entspricht weitgehend den EU-Anforderungen. Darüber hin-



aus sind Auswertungen nach besonderen Nutzerwünschen vorgesehen.

Harmonisierte Verbraucherpreisindizes

Im Rahmen des Besuchs in Litauen wurde die Rolle der Statistischen Landesämter in Deutschland bei der Durchführung der Harmonisierten Verbraucherpreisindizes erörtert. Danach haben die Landesämter alle für die Erhebung relevanten Verordnungen und Bestimmungen zum Prozedere zu berücksichtigen, wie Auswahl der Berichtsstellen, Zusammenarbeit mit den Preisermittlern (Interviewern), Verfahren beim Ausfall von Gütern, Leistungen und Berichtsstellen sowie Behandlung von Qualitätsänderungen von Gütern. Ausnahmen bilden lediglich die zentral erhobenen Angaben über Güter und Leistungen. Es wurde empfohlen, die in Deutschland geltende und praktizierte Arbeitsteilung zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern auch in Litauen auf das nationale Amt und die Regionalämter zu übertragen.

Wichtige Erörterungspunkte waren die Änderungen im Plausibilitätsprüfungsprogramm sowie die Behandlung von Qualitätsänderungen. Weiterhin wurde die unterschiedliche Aussagekraft von jährlichen Kettenindizes sowie von Indizes mit mehrjähriger Festpreisbasis behandelt. Darüber hinaus wurden Fragen zur Veröffentlichung von Verbraucherpreisindizes erörtert. Dabei wurde u.a. angesprochen, in welcher Gliederungstiefe Indizes und Gewichte veröffentlicht werden sollen und welche Probleme bei der Publikation und Weitergabe absoluter Durchschnittspreise entstehen können.

Im Rahmen der Erörterung der Berechnung von Baukosten- bzw. Baupreisindizes wurde auf die unterschiedlichen methodischen Ansätze beider Indizes hingewiesen. Besprochen wurden auch spezielle Probleme von Plausibilitätsprüfungen sowie die Kriterien und Verfahrensweisen zur Auswahl neuer Betriebe und zur Einbeziehung von Bauleistungen.

Günther Grün

Karten und Statistik Hessen — CD-ROM

Die CD-ROM „Karten und Statistik“ entstand in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Landesvermessungsamt.

Sie bietet Ihnen eine Fülle von Anwendungsmöglichkeiten:

- Druckbare topographische Karten — flächendeckend und blattschnittfrei in verschiedenen Maßstäben (1 : 50 000, 1 : 200 000, 1 : 1 000 000)
- Statistiken u.a. über Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Sozialleistungen, Gesundheitswesen, Fremdenverkehr, Steuern und Finanzen (insgesamt 17 Kapitel mit 455 Merkmalen)
- Einblenden von statistischen Merkmalen als Tabelle oder Diagramm. Für ausgewählte Sachverhalte auch als farbige Kartogramme zur Regionalstruktur
- Anschriften der Gemeindeverwaltungen
- Messen und Markieren von Strecken und Flächen
- Bis zu fünf Zeichnungsebenen für eigene Eintragungen
- Aufbau einer eigenen Adressdatenbank und Kombination mit Notizen in der Karte möglich

Systemvoraussetzungen: IBM-kompatibler PC ab 486, mindestens 8 MB RAM, Grafikkarte mit 256 Farben, Windows 3.1 oder höher, CD-ROM-Laufwerk

Preis: 148,00 DM. Sie können die CD-ROM über Ihre Buchhandlung beziehen oder direkt bei uns.

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden

W-76

Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe ³⁾		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt ⁷⁾				
	Wertmäßiger Auftragseingang ²⁾			Beschäftigte	Index des Auftrags-eingangs ⁴⁾	Beschäftigte	Index der Um-sätze ⁵⁾	Preis-index für die Lebens-haltung ⁶⁾	Arbeits-lose ⁸⁾	Arbeits-losen-quote ⁹⁾	Offene Stellen ⁸⁾	Kurz-arbeit (Personen) ¹⁰⁾
	ins-gesamt	Inland	Ausland									
				1995 = 100	1995 = 100	1995 = 100						
Grundzahlen ¹¹⁾												
1995 D	.	.	.	526 608	100	57 583	100	100	213 222	8,4	21 114	9 918
1996 D	.	.	.	508 283	98,4	52 478	100,6	101,1	234 083	9,3	21 143	18 377
1997 D	.	.	.	477 840	95,3	45 451	100,1	102,8	260 796	10,4	21 381	11 788
1997 3. Vj. D	.	.	.	472 635	95,2	45 954	96,4	103,3
Oktober	.	.	.	472 921	83,3	45 610	107,2	103,1	255 059	10,1	18 048	5 653
November	.	.	.	472 332	77,1	44 877	101,5	103,1	256 628	10,2	17 210	6 234
Dezember	.	.	.	469 214	79,2	44 090	114,5	103,4	264 934	10,5	20 690	6 687
4. Vj. D	.	.	.	471 489	79,9	44 859	107,7	103,2
1998 Januar	.	.	.	468 904	48,0	41 567	94,5	103,4	278 170	11,1	22 762	8 985
Februar	.	.	.	468 776	81,4	40 892	89,4	103,8	278 375	11,1	26 092	12 082
März	.	.	.	470 589	89,2	40 939	111,2	103,7	268 402	10,7	28 946	10 122
1. Vj. D	.	.	.	469 423	72,9	41 133	98,4	103,6
April	.	.	.	470 175	66,0	40 707	100,4	103,9	259 725	10,2	29 763	7 792
Mai	.	.	.	469 133	70,5	40 802	101,1	104,1	249 545	9,8	27 721	6 290
Juni	.	.	.	468 919	93,0	40 707	96,8	104,3	243 461	9,6	28 172	5 285
2. Vj. D	.	.	.	469 409	76,5	40 739	99,4	104,1
Juli	.	.	.	471 775	105,6	40 521	104,1	104,6	250 226	9,8	27 630	4 348
August	.	.	.	472 153	83,6	40 372	90,2	104,5	248 167	9,8	26 758	3 286
September	.	.	.	472 420	108,5	40 414	99,8	104,2	240 426	9,5	26 328	3 953
3. Vj. D	.	.	.	472 116	99,2	40 436	98,0	104,4
Oktober	.	.	.	470 604	82,7	40 337	103,9	104,1	236 732	9,3	23 978	4 803
November	.	.	.	470 019	68,1	39 761	104,0	104,0	238 839	9,4	22 553	5 627
Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % ¹¹⁾												
1995 D	—	.	.	.	2,2	.	25,1	– 59,9
1996 D	0,9	– 2,6	7,4	– 3,5	– 1,6	– 8,9	0,6	1,1	9,8	.	0,1	85,3
1997 D	2,1	– 3,3	11,1	– 6,0	– 3,2	– 13,4	– 0,5	1,7	11,4	.	1,1	– 35,9
1997 3. Vj.	4,2	– 3,0	17,1	– 6,8	– 4,1	– 13,3	– 0,2	2,0
Oktober	2,9	3,7	1,9	– 6,0	– 17,4	– 11,9	3,3	1,8	9,3	.	2,3	– 59,7
November	5,8	3,6	9,1	5,7	– 10,1	– 11,8	– 6,2	1,8	7,6	.	4,6	– 58,4
Dezember	13,5	13,9	12,9	5,6	– 34,2	– 11,1	1,3	1,8	6,4	.	15,2	– 57,1
4. Vj.	7,0	6,6	7,6	5,7	– 22,0	– 11,6	– 0,6	1,8
1998 Januar	5,5	7,8	2,2	– 4,9	– 51,0	– 8,1	0,0	1,2	1,2	.	2,3	– 58,8
Februar	12,9	11,2	15,3	– 4,2	– 37,5	– 7,0	– 0,8	1,5	1,2	.	8,6	– 48,8
März	23,7	28,5	16,6	– 3,5	– 6,4	– 9,3	9,1	1,4	0,9	.	12,5	– 52,2
1. Vj.	14,2	16,1	11,5	– 4,2	– 32,4	– 8,2	3,0	1,3
April	– 3,0	– 3,8	– 1,9	– 3,3	– 14,2	– 11,8	– 5,1	1,9	– 0,3	.	20,4	– 46,4
Mai	6,4	13,3	– 2,8	– 2,8	– 43,4	– 11,8	3,5	1,8	– 2,2	.	26,7	– 41,8
Juni	– 3,3	– 0,2	– 7,5	– 2,9	0,2	– 11,9	– 2,5	1,8	– 3,0	.	31,5	– 48,8
2. Vj.	– 0,3	2,6	– 4,1	– 3,0	– 22,0	– 11,8	– 1,6	1,8
Juli	19,2	36,2	– 5,5	– 0,6	16,5	– 12,1	1,2	1,4	– 4,3	.	34,1	– 49,0
August	– 1,9	2,8	– 9,4	– 0,7	– 18,7	– 12,5	3,0	1,1	– 5,0	.	27,3	– 38,2
September	– 2,6	– 0,9	– 5,0	– 1,0	18,1	– 11,5	1,3	1,0	– 5,8	.	29,4	– 41,9
3. Vj.	5,3	13,1	– 6,4	– 0,8	4,2	– 12,0	1,7	1,1
Oktober	– 6,8	– 1,9	– 13,8	– 1,2	– 0,7	– 11,6	– 3,1	1,0	– 7,2	.	32,9	– 15,0
November	– 6,0	– 2,3	– 11,4	– 1,2	– 11,8	– 11,4	4,4	0,9	– 6,9	.	31,0	– 9,7
Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % ¹¹⁾												
1997 3. Vj.	– 4,4	– 1,0	– 9,0	– 1,7	– 3,0	– 0,5	– 4,6	1,0
Oktober	– 0,2	0,9	– 1,7	– 0,3	– 9,4	– 0,1	8,8	– 0,1	– 0,1	.	– 11,3	– 16,9
November	– 0,6	– 2,6	2,3	– 0,1	– 7,4	– 1,6	– 5,3	0,0	0,6	.	– 4,6	10,3
Dezember	– 9,1	– 7,9	– 10,8	– 0,7	2,7	– 1,8	12,8	0,3	3,2	.	20,2	7,3
4. Vj.	3,3	2,2	5,0	– 0,2	– 16,0	– 2,4	11,7	– 0,1
1998 Januar	5,9	8,2	2,4	– 0,1	– 39,4	– 5,7	– 17,5	0,0	5,0	.	10,0	34,4
Februar	7,4	3,5	13,6	0,0	69,4	– 1,6	– 5,4	0,4	0,1	.	14,6	34,5
März	15,5	21,9	6,6	0,4	9,6	0,1	24,4	– 0,1	– 3,6	.	10,9	– 16,2
1. Vj.	9,1	11,1	6,2	– 0,4	– 8,8	– 8,3	– 8,6	0,4
April	– 15,1	– 19,9	– 7,4	0,2	– 26,0	– 0,6	– 9,7	0,2	– 3,2	.	2,8	– 23,0
Mai	– 5,6	– 1,3	– 11,5	– 0,2	6,7	0,2	0,7	0,2	– 3,9	.	– 6,9	– 19,3
Juni	2,3	0,2	5,7	– 0,1	32,0	– 0,2	– 4,3	0,2	– 2,4	.	1,6	– 16,0
2. Vj.	– 7,5	– 8,8	– 5,5	0,0	4,9	– 1,0	1,0	0,5
Juli	21,3	37,9	– 3,2	0,6	13,5	– 0,5	7,5	0,3	2,8	.	– 1,9	– 17,7
August	– 32,3	– 35,7	– 25,1	0,1	– 20,8	– 0,4	– 13,4	– 0,1	– 0,8	.	– 3,2	– 24,4
September	22,5	15,1	35,9	0,1	29,7	0,1	10,6	– 0,3	– 3,1	.	– 1,6	20,3
3. Vj.	1,0	9,2	– 11,2	0,6	29,7	– 0,7	– 1,4	0,3
Oktober	– 3,8	– 0,8	– 8,3	– 0,4	– 23,8	– 0,2	4,1	– 0,1	– 1,5	.	– 8,9	21,5
November	– 1,2	– 2,3	0,6	– 0,1	– 17,7	– 1,4	2,0	– 0,1	0,9	.	– 5,9	17,2

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen EU-Klassifikationen ab 1995 sind Vorjahresvergleiche nicht möglich. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 8) Bei Monatswerten Stand am Monatsende. — 9) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 10) Bei Monatswerten Stand Monatsmitte. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1996	1997	1997			1998			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
BEVÖLKERUNG										
* Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1000	6 018,2	6 031,4	6 034,3	6 034,6	6 033,0	6 032,4	6 034,4	6 036,1	6 036,0
Natürliche Bevölkerungsbewegung:										
* Eheschließungen ²⁾	Anzahl	2 771	2 740	3 160	2 706	1 713	4 107	3 310	2 576	1 652
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	5,5	5,4	6,4	5,3	3,5	8,0	6,7	5,0	3,3
* Lebendgeborene ³⁾	"	5 199	5 260	5 456	5 410	4 629	5 293	5 549	5 063	4 522
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,4	10,5	11,0	10,6	9,3	10,3	11,2	9,9	9,1
* Gestorbene ⁴⁾ (ohne Totgeborene)	"	5 282	5 113	4 761	5 175	4 886	4 687	4 835	4 946	4 948
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	10,5	10,2	9,6	10,1	9,9	9,1	9,8	9,6	10,0
* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	"	25	24	21	26	22	19	30	19	24
auf 1000 Lebendgeborene	"	4,8	4,5	3,8	4,8	4,8	3,6	5,4	3,8	5,3
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	"	- 83	147	695	235	- 257	606	714	117	- 426
auf 1000 Einwohner und 1 Jahr	"	- 0,2	0,3	1,4	0,5	- 0,5	1,2	1,4	0,2	- 0,9
Wanderungen:										
* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	13 951	13 255	21 309	15 336	11 840	15 822	16 139	15 941	13 118
* darunter aus dem Ausland	"	6 243	5 471	8 719	5 953	4 850	5 997	6 620	6 323	5 573
* Fortzüge über die Landesgrenzen	"	12 421	13 033	17 634	15 271	13 124	15 395	14 876	14 387	12 783
* darunter in das Ausland	"	5 565	6 113	9 490	7 166	6 671	6 896	6 617	6 094	6 121
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 531	222	3 675	65	- 1 284	427	1 263	1 554	335
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	"	19 789	19 614	29 083	20 855	18 881	20 754	20 986	20 296	19 218
		1996	1997	1997			1998			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
ARBEITSMARKT										
* Arbeitslose am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	234 083	260 796	255 059	256 628	264 934	240 426	236 732	238 839	248 127
* darunter Frauen	"	98 446	109 524	110 953	111 236	112 434	106 768	105 004	105 278	106 839
Männer	"	135 637	151 272	144 106	145 392	152 500	133 658	131 728	133 561	141 288
Ausländer	"	49 432	55 742	54 904	55 714	57 251	52 257	52 145	52 759	54 336
Jugendliche unter 20 Jahren	"	6 702	6 810	6 933	6 702	6 725	6 747	6 254	6 156	6 154
* Arbeitslosenquote ⁷⁾ insgesamt	%	9,3	10,4	10,1	10,2	10,5	9,5	9,3	9,4	9,8
* darunter der Frauen	"	8,9	9,9	10,0	10,0	10,1	9,4	9,3	9,3	9,4
Männer	"	9,6	10,7	10,2	10,3	10,8	9,5	9,4	9,5	10,0
Ausländer	"	17,0	19,0	18,7	19,0	19,5	17,6	17,5	17,7	18,3
Jugendlichen unter 20 Jahren	"	8,8	9,3	9,6	9,2	9,3	9,6	8,9	8,7	8,7
* Offene Stellen am Monatsende ⁶⁾	Anzahl	20 404	21 381	18 048	17 210	20 690	26 328	23 978	22 553	22 411
* Kurzarbeiter (Monatsmitte) ⁶⁾	"	18 377	11 788	5 653	6 234	6 687	3 953	4 803	5 627	5 484
		1996	1997	1996			1997			1998
		Durchschnitt ¹²⁾		Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März
* Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer insgesamt ⁸⁾	1000	2 110,5	2 087,6	2 124,2	2 092,7	2 076,2	2 082,7	2 107,2	2 084,2	2 074,9
* darunter Frauen	"	907,4	899,0	911,5	901,3	899,0	895,7	904,0	897,3	895,8
* Ausländer	"	235,7	226,9	237,7	231,2	227,1	227,7	228,9	224,0	222,7
* Teilzeitbeschäftigte	"	290,0	296,8	290,0	290,8	294,9	294,8	295,8	301,5	305,3
* darunter Frauen	"	262,6	265,0	262,4	262,7	265,4	263,8	263,7	267,2	269,8
Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung:										
* Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	"	22,9	22,2	23,0	22,9	22,6	21,8	22,0	22,5	22,4
* darunter Frauen	"	3,4	3,4	3,5	3,4	3,4	3,3	3,4	3,5	3,5
* Verarbeitendes Gewerbe (ohne Bau) ⁹⁾	"	624,3	606,2	626,1	613,9	609,0	605,0	606,7	604,1	596,4
* darunter Frauen	"	160,1	153,0	160,5	156,5	154,9	153,2	152,7	151,3	150,3
* Baugewerbe	"	126,0	117,3	129,8	121,0	114,3	119,3	121,8	113,9	109,7
* darunter Frauen	"	13,5	13,0	13,6	13,3	13,1	13,0	13,1	12,8	12,6
* Handel	"	311,4	302,7	311,5	310,2	308,5	301,5	302,8	297,9	297,8
* darunter Frauen	"	160,0	155,5	159,8	159,3	158,5	154,5	155,3	153,5	152,9
* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	"	138,5	140,0	140,0	136,8	136,3	138,3	141,9	143,6	144,2
* darunter Frauen	"	46,8	46,8	47,3	45,5	45,6	46,3	47,5	47,6	47,8
* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	"	133,3	134,4	133,8	133,6	134,1	133,5	135,4	134,6	134,4
* darunter Frauen	"	65,9	66,2	66,2	65,8	66,3	65,8	66,7	66,0	66,1
* Dienstleistungen ¹⁰⁾	"	550,8	562,0	555,9	550,1	547,7	560,1	572,9	567,2	570,7
* darunter Frauen	"	340,6	343,8	342,8	340,0	339,5	342,3	347,8	345,4	345,6
* Organisationen ohne Erwerbscharakter ¹¹⁾	"	64,6	65,6	65,0	65,1	65,5	65,2	65,8	66,0	66,0
* darunter Frauen	"	39,5	40,2	39,8	39,8	40,2	40,0	40,3	40,4	40,6
* Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	"	138,8	137,1	139,1	139,1	138,2	138,0	137,9	134,4	133,4
* darunter Frauen	"	77,5	77,2	77,9	77,6	77,5	77,3	77,4	76,7	76,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Fortschreibungsergebnisse auf der Basis der Bevölkerungsfeststellung vom 25. Mai 1987 (Volkszählung). — 2) Nach dem Ereignisort. — 3) Nach der alleinigen oder der Hauptwohnung der Mutter. — 4) Nach der alleinigen oder Hauptwohnung des Verstorbenen. — 5) Ohne innerhalb der Gemeinden Umgezogene. — 6) Quelle: Landesarbeitsamt Hessen. — 7) Arbeitslose in % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. — 8) Ohne Land- und Forstwirtschaft. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. — 9) Einschl. der Fälle ohne Angabe des Wirtschaftszweigs. — 10) Soweit anderweitig nicht genannt. — 11) Sowie private Haushalte. — 12) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate März, Juni, September und Dezember.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1996	1997	1997			1998			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
LANDWIRTSCHAFT										
S c h l a c h t u n g e n ¹⁾ :										
Rinder	Anzahl	9 500	9 392	8 581	10 583	14 239	6 049	7 888	9 964	11 823
Kälber	"	290	315	258	451	392	231	260	361	359
Schweine	"	103 007	109 632	110 223	115 050	124 449	105 961	107 764	114 810	131 209
darunter hausgeschlachtet	"	11 088	10 598	5 389	11 528	20 232	3 672	5 902	11 353	19 688
S c h l a c h t m e n g e n ²⁾ :										
* Gesamtschlachtgewicht	Tonnen	11 133	11 705	12 117	12 177	12 817	11 361	11 814	12 251	13 261
darunter von										
* Rindern	"	2430	2358	2 396	2 435	3 020	1 798	2 247	2 465	2 587
* Kälbern	"	27	25	18	33	34	20	21	23	30
* Schweinen	"	8 337	9 050	9 453	9 463	9 576	9 286	9 332	9 567	10 385
G e f l ü g e l :										
* Erzeugte Konsumeier ³⁾	1000 St.	27 007	28 341	26 476	26 580	25 911	31 256	31 747	29 964	27 905
M i l c h e r z e u g u n g :										
Kuhmilcherzeugung	Tonnen	89 779	87 211	81 045	82 433	79 072	87 215	82 042	83 150	79 250
* darunter an Molkereien u. Händler geliefert	"	83 631	81 446	75 381	76 580	73 408	81 513	76 524	77 448	73 731
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,3	15,0	14,4	14,2	14,1	15,9	15,5	15,2	15,0
VERARBEITENDES GEWERBE ⁴⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	508,3	477,9	474,2	472,4	471,1	471,8	472,5	470,7	470,3
darunter Arbeiter (einschl. gewerbl. Azubi.)	"	301,3	284,5	284,5	282,9	282,4	283,1	282,8	281,3	280,8
* Geleistete Arbeiterstunden	"	38 357	36 462	37 538	38 685	37 274	32 862	37 534	38 274	37 965
* Bruttolohnsumme	Mill. DM	1 350,7	1 281,3	1 241,6	1 287,1	1 571,4	1 278,9	1 274,0	1 298,2	1 595,1
* Bruttogehaltssumme	"	1 504,2	1 405,5	1 310,9	1 298,9	1 761,2	1 331,9	1 355,7	1 342,5	1 795,5
* Gesamtumsatz (ohne Mwst.)	"	12 634,6	12 766,1	13 884,7	13 942,6	13 254,3	10 996,2	13 792,3	13 516,0	13 169,5
* darunter Auslandsumsatz	"	3 921,2	4 161,7	4 528,7	4 446,2	4 258,6	3 355,9	4 500,3	4 317,9	4 181,5
Exportquote ⁵⁾	%	31,0	32,6	32,6	31,9	32,1	30,6	32,6	31,9	31,8
Index der Nettoproduktion										
insgesamt ⁶⁾	1991 = 100	89,4	93,9	102,1	102,8	99,5	83,0	101,0	102,8	99,7
darunter										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	92,6	99,4	107,3	106,6	103,2	89,2	108,5	110,1	105,9
Investitionsgüterproduzenten	"	83,4	80,7	86,3	87,6	86,1	60,9	84,4	85,6	84,3
Gebrauchsgüterproduzenten	"	73,9	71,8	85,4	81,6	81,8	49,2	80,8	75,7	85,9
Verbrauchsgüterproduzenten	"	89,6	88,5	94,2	96,3	95,7	79,7	88,2	89,1	93,6
Index der Nettoproduktion										
im Verarbeitenden Gewerbe ⁷⁾	1991 = 100	89,5	94,1	102,2	102,9	99,7	83,1	101,2	102,9	99,9
darunter										
Chemische Industrie	"	89,2	100,2	107,7	100,2	95,7	80,8	92,8	93,9	91,6
Maschinenbau	"	77,8	81,4	90,3	91,1	93,6	71,9	87,8	95,8	87,4
Fahrzeugbau	"	96,9	96,5	96,7	103,9	103,6	84,4	111,4	108,9	117,3
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik usw.	"	79,2	76,0	81,7	78,7	79,1	72,6	90,9	88,3	84,7
Wertmäßiger Auftragseingang ⁷⁾										
insgesamt	% ⁸⁾	1,4	2,1	6,5	2,9	5,8	- 1,0	- 1,8	- 6,2	- 5,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	"	- 1,5	7,7	14,4	8,1	11,0	- 2,2	- 0,1	- 6,5	- 7,4
Investitionsgüterproduzenten	"	6,8	- 2,5	0,3	1,1	4,7	4,4	- 6,1	- 5,1	- 6,6
Gebrauchsgüterproduzenten	"	10,1	- 1,1	- 1,6	- 3,3	- 7,6	- 23,3	3,4	- 12,0	2,6
Verbrauchsgüterproduzenten	"	- 3,1	- 5,5	- 3,9	- 12,6	- 9,0	- 2,0	1,6	- 6,1	0,6
Auftragseingang nach ausgewählten										
Branchen:										
Chemische Industrie	% ⁸⁾	- 4,2	6,2	17,5	6,0	5,4	- 3,1	- 10,3	- 12,8	- 2,9
Maschinenbau	"	- 1,8	7,5	8,4	1,7	26,2	- 6,0	- 6,3	1,4	- 9,7
Kraftwagen und -teile	"	38,6	- 7,8	4,4	- 0,4	- 3,9	18,6	0,0	- 4,9	- 6,8
Herstellung von Metallerzeugnissen	"	- 2,4	1,2	- 10,0	13,7	3,0	- 2,7	4,7	- 3,7	3,4
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 962,1	2 317,7	1 860,2	2 387,0	2 047,5	2 584,1	2 478,2	2 347,8	1 948,6
* Stromverbrauch ⁹⁾	"	2 693,4	2 652,7	2 458,4	2 761,5	2 868,8	2 462,4	2 577,7	2 870,9	3 049,0

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Gewerbliche und Hausschlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft. — 2) Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. — 3) In Betrieben ab 3000 Hennenhaltungsplätzen. — 4) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Wegen der Umstellung auf die neuen Klassifikationen der EU ab Januar 1995 sind Vergleiche mit den Vorjahren nicht mehr möglich. — 5) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. — 6) Kalendermonatlich. — 7) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. — 8) Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Vorjahresmonat. — 9) Ohne Pumpstromverbrauch und ohne Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1996	1997	1997			1998			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt..	Nov.
BAUGEWERBE										
B a u h a u p t g e w e r b e ¹⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber) darunter	1000	76,1	68,5	68,1	70,7	69,6	62,8	62,9	65,6	64,8
Facharbeiter ²⁾	"	41,8	36,1	35,8	37,1	36,5	33,3	33,2	34,2	33,6
Fachwerker und Werker	"	11,6	10,8	11,2	11,7	11,3	10,1	10,2	10,7	10,7
gewerblich Auszubildende	"	4,0	3,7	3,6	3,7	3,7	3,1	3,2	3,4	3,3
* Geleistete Arbeitsstunden darunter für den	"	6 902	6 354	7 474	7 767	6 723	5 992	6 722	7 006	6 323
Wohnungsbau	"	2 454	2 303	2 688	2 805	2 375	2 171	2 461	2 709	2 416
gewerblichen und industriellen Bau	"	2 316	2 036	2 307	2 379	2 153	1 861	2 020	2 074	1 887
öffentlichen und Verkehrsbau	"	2 103	1 986	2 433	2 551	2 169	1 899	2 166	2 151	1 963
* Bruttolohnsumme ³⁾	Mill. DM	232,6	206,9	215,5	227,1	263,3	194,3	195,5	199,9	234,4
* Bruttogehaltssumme	"	97,3	91,0	86,5	89,0	125,4	81,5	80,3	80,0	106,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	1 124,0	1 056,8	1 133,7	1 194,3	1 264,2	972,3	1 034,2	1 123,3	1 166,8
* Index des Auftragseingangs ⁴⁾ darunter	1995 = 100	98,4	95,2	91,9	83,3	77,1	83,6	108,5	82,7	68,1
Wohnungsbau	"	92,4	74,1	76,8	61,9	59,8	83,2	61,9	82,9	55,4
gewerblicher und industrieller Bau	"	107,6	107,4	79,8	76,9	84,7	77,3	113,7	82,6	75,5
öffentlicher und Verkehrsbau	"	90,4	91,8	115,1	103,0	77,3	91,7	127,6	82,8	65,9
A u s b a u g e w e r b e ⁵⁾										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1000	28,8	27,6	27,9	.	.	.	26,6	.	.
* Geleistete Arbeitsstunden	"	2 864	8 193	8391	.	.	.	7 927	.	.
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. DM	124,4	354,1	354	.	.	.	338,9	.	.
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne MwSt.)	"	382,7	1 166,2	1 228,2	.	.	.	1 188,9	.	.
BAUGENEHMIGUNGEN										
* Wohngebäude (Neu- und Wiederaufbau) ⁶⁾ darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl "	846 675	868 736	969 814	947 813	713 600	1 032 893	1 085 955	1 104 962	961 848
* Umbauter Raum der Wohngebäude ⁶⁾	1000 m ³	1 130	1 064	1 160	1 010	897	1 139	1 195	1 211	1 016
* Wohnfläche in Wohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	208	200	224	199	172	217	221	228	190
* Veranschlagte reine Baukosten der Wohngebäude ⁷⁾	1000 DM	647 370	607 658	655 080	585 232	489 337	613 307	627 033	644 447	513 020
* Nichtwohngebäude (Neu- u. Wiederaufbau) ⁶⁾ darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl "	235 831	229 766	270 748	235 1 003	226 911	273 691	242 632	285 651	237 1 036
* Nutzfläche in Nichtwohngebäuden ⁶⁾	1000 m ²	176	169	175	200	207	169	162	161	228
* Veranschlagte reine Baukosten der Nichtwohngebäude ⁷⁾	1000 DM	399 000	328 268	333 607	357 216	353 488	337 694	276 318	287 808	630 681
* Wohnungen insgesamt ⁸⁾	Anzahl	2 852	2 485	2 775	2 429	1 989	2 604	2 386	2 574	2 079
* Wohnräume insgesamt ⁸⁾	"	12 845	11 765	13 079	11 754	9 577	12 401	12 293	12 784	10 593
EINZELHANDEL UND GASTGEWERBE										
E i n z e l h a n d e l										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	99,7	98,8	97,2	105,5	99,9	88,6	98,0	101,9	104,0
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal darunter (Einzelhandel mit)	"	100,6	100,1	98,5	107,2	101,5	90,2	99,8	103,9	106,0
Waren verschiedener Art ¹⁰⁾	"	99,4	97,7	94,3	102,5	97,0	93,1	95,2	103,4	104,1
Kraftfahrzeugen ¹¹⁾ ; Tankstellen	"	105,3	110,1	104,3	113,7	104,1	98,0	108,1	109,8	114,8
Apotheken ¹²⁾	"	104,4	107,2	104,2	111,0	107,1	104,0	112,3	116,0	117,0
Bekleidung	"	95,1	90,2	88,6	108,0	97,8	73,0	92,7	98,7	98,2
Möbeln, Einrichtungsgegenständen ¹³⁾	"	93,3	93,7	96,3	104,7	105,4	80,2	98,1	105,2	107,7
Metallwaren und Anstrichmitteln ¹⁴⁾	"	96,8	96,5	97,8	102,0	91,5	98,0	98,1	99,1	92,0
* Beschäftigte im Einzelhandel (Index)	"	97,8	95,6	95,6	95,4	95,6	93,9	94,1	94,1	94,1
G a s t g e w e r b e										
* Index der Umsätze ⁹⁾ — real	1995 = 100	93,6	93,5	103,8	101,0	89,4	89,1	97,8	99,8	87,7
* Index der Umsätze ⁹⁾ — nominal darunter	"	94,8	95,8	106,8	104,0	92,0	93,0	102,2	104,4	91,6
Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis	"	95,4	100,0	128,2	116,9	95,5	91,8	121,9	121,6	98,1
Restaurants, Cafés, Eisdielen, Imbißhallen	"	94,2	93,9	95,8	96,3	89,7	94,5	90,7	95,8	87,8
Kantinen und Caterer	"	96,0	95,7	103,1	103,9	93,0	99,4	105,8	102,4	96,0
* Beschäftigte im Gastgewerbe (Index)	"	96,2	96,7	98,2	98,0	94,8	97,0	96,4	95,6	92,5

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau. Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse. Wegen der Umstellung auf die neue Wirtschaftszweigklassifikation der EU ab Januar 1995 sind keine Vorjahresvergleiche möglich. — 2) Einschl. Polieren und Meistern. — 3) Einschl. Entgelten für Poliere und Meister. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. — 5) Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe. Ab 1997 Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.). Ergebnisse nach der neuen EU-Klassifikation liegen erst ab Januar 1996 vor. Vorjahresvergleiche sind nicht möglich. — 6) Ohne Gebäudeteile. — 7) Einschl. Gebäudeteilen. — 8) In Wohn- und Nichtwohngebäuden; alle Baumaßnahmen. — 9) Ohne Umsatzsteuer; teilweise berichtigte Ergebnisse. — 10) Vor allem Warenhäuser, SB-Warenhäuser, Verbrauchermärkte und Supermärkte. — 11) Sowie mit Kraftfahrzeugteilen und -zubehör. — 12) Sowie Drogerien und Einzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln. — 13) Sowie Hausrat. — 14) Sowie Bau- und Heimwerkerbedarf.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1996	1997	1997			1998			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
AUSSENHANDEL										
* A u s f u h r (Spezialhandel) insgesamt ¹⁾ davon	Mill. DM	4 051,7	4 252,3	4 278,9	4 724,5	4 473,0	3 403,1	4 382,7	4 159,6	4 706,3
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	106,0	104,8	115,9	110,2	136,2	109,3	89,1	103,9	99,0
* Güter der gewerblichen Wirtschaft davon	"	3 945,8	4 147,5	4 163,0	4 614,3	4 336,8	3 293,8	4 293,7	4 055,7	4 607,3
* Rohstoffe	"	27,3	29,8	29,9	33,2	28,0	26,9	32,1	30,3	60,1
* Halbwaren	"	266,8	288,8	268,9	292,3	257,3	245,3	363,4	267,5	391,3
* Fertigwaren	"	3 651,7	3 829,0	3 864,2	4 288,8	4 051,4	3 021,5	3 898,2	3 758,0	4 155,9
* davon										
* Vorerzeugnisse	"	647,9	704,8	718,4	677,3	856,4	540,3	804,5	616,5	841,0
* Enderzeugnisse	"	3 003,9	3 124,2	3 145,8	3 611,4	3 195,0	2 481,3	3 093,7	3 141,5	3 314,9
Unter den Fertigwaren waren										
chemische Erzeugnisse	"	986,8	1 014,9	1 004,4	840,4	1 193,5	733,9	1 342,6	717,7	1 212,5
Maschinen	"	658,8	699,4	763,7	879,8	719,4	665,5	605,9	744,5	767,0
Fahrzeuge	"	750,7	741,3	740,4	847,9	693,6	424,6	600,1	591,6	753,1
elektrotechnische Erzeugnisse	"	408,3	450,6	446,3	505,9	491,3	377,6	430,0	554,7	423,1
Eisen- und Metallwaren	"	257,1	296,8	298,2	447,9	295,7	263,2	275,3	380,6	335,6
Ausfuhr nach ausgew. Verbrauchsländern:										
* EU-Länder ²⁾	"	2 254,3	2 187,4	2 137,8	2 244,2	2 492,3	1 736,4	2 523,0	2 082,5	2 735,0
darunter										
Vereinigtes Königreich	"	328,0	344,5	320,9	356,3	382,6	293,2	435,0	312,5	433,9
Frankreich	"	383,7	388,2	380,7	398,2	446,0	308,1	500,1	421,3	515,4
Italien	"	275,4	265,8	281,0	286,7	335,1	191,2	314,6	280,5	410,9
Niederlande	"	235,8	247,3	251,2	275,7	290,3	225,8	263,8	251,6	314,2
Belgien-Luxemburg	"	397,0	304,5	265,5	271,2	289,1	185,3	340,8	203,0	257,8
Österreich	"	207,5	200,0	212,6	211,2	219,6	192,5	203,6	211,8	247,6
EFTA-Länder ³⁾	"	217,4	232,3	228,4	267,0	205,6	213,0	212,7	250,5	246,3
darunter										
Schweiz	"	182,3	192,8	190,6	222,8	172,2	180,9	175,1	203,1	207,3
Norwegen	"	32,9	37,0	35,4	41,5	31,5	29,9	34,4	43,2	36,1
USA	"	310,1	424,0	447,9	501,6	380,3	284,2	396,2	416,5	497,4
* E i n f u h r (Generalhandel) insgesamt ¹⁾ davon	"	5 922,8	6 472,2	6 587,2	6 887,7	6 993,5	5 665,8	6 979,7	6 977,6	6 028,7
* Güter der Ernährungswirtschaft	"	321,6	330,5	294,7	341,9	393,0	276,9	283,3	317,2	348,6
* Güter der gewerblichen Wirtschaft davon	"	5 601,2	6 141,7	6 292,5	6 545,8	6 600,6	5 388,9	6 696,4	6 660,4	5 680,1
* Rohstoffe	"	67,9	69,8	96,1	71,3	64,2	49,1	82,9	71,7	67,2
* Halbwaren	"	504,5	554,1	437,7	553,2	691,6	494,3	506,7	640,8	492,8
* Fertigwaren	"	5 028,8	5 517,8	5 758,7	5 921,3	5 844,8	4 845,4	6 106,7	5 947,9	5 120,1
* davon										
* Vorerzeugnisse	"	639,6	684,8	584,9	760,8	795,6	748,6	608,2	707,4	634,1
* Enderzeugnisse	"	4 389,1	4 833,0	5 173,9	5 160,5	5 049,2	4 096,9	5 498,5	5 240,5	4 486,1
* Einfuhr aus EU-Ländern ²⁾	"	3 287,4	3 333,7	3 179,6	3 401,3	3 686,4	2 760,4	3 330,8	3 504,4	2 909,9
FREMDENVERKEHR ⁴⁾										
* Gästeankünfte	1000	687	710	919	840	668	749	936	892	722
* darunter von Auslandsgästen	"	173	181	240	196	141	229	255	219	154
* Gästeübernachtungen	"	2 095	1 902	2 361	2 201	1 593	2 253	2 415	2 289	1 717
darunter von Auslandsgästen	"	337	351	441	395	261	458	483	424	290
Gästeübernachtungen nach Berichts- gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	776	591	705	640	474	705	684	659	527
Luftkurorte	"	167	143	179	167	94	193	174	156	92
Erholungsorte	"	111	96	113	119	54	164	120	119	48
Sonstige Gemeinden	"	1 042	1 071	1 365	1 276	971	1 191	1 438	1 355	1 049
darunter Großstädte	"	445	468	590	526	449	481	614	596	513
VERKEHR										
B i n n e n s c h i f f a h r t										
Güterumschlag insgesamt	1000 t	1 359	1 288	1 266	1 228	1 194	1 089	1 329	1 285	1 161
davon										
* Güterversand	"	258	220	222	240	231	174	206	214	207
* Gütererfang	"	1 101	1 067	1 044	988	963	915	1 123	1 071	955

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ab Januar 1997 vorläufige Zahlen. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezial- und Generalhandel ist eine Saldierung von Einfuhr- und Ausfuhrergebnissen nicht vertretbar. — 2) Mitgliedsländer nach dem Stand von Januar 1995 (Frankreich, Belgien-Luxemburg, Niederlande, Italien, Vereinigtes Königreich, Rep. Irland, Dänemark, Griechenland, Spanien, Portugal, Schweden, Finnland, Österreich). — 3) Mitgliedsländer nach dem Stand vom Januar 1995 (Island, Svalbard, Norwegen, Liechtenstein, Schweiz). — 4) Alle Beherbergungsstätten mit mindestens 9 Betten, einschl. Jugendherbergen und Kinderheimen. Besteht eine Gemeinde aus mehreren Ortsteilen, so werden die Ortsteile mit Fremdenverkehr jeweils der in Frage kommenden Gemeindegruppe zugeordnet. Die Gemeindegruppe „Erholungsorte“ enthält nur noch die staatlich anerkannten Erholungsorte; die bisherigen „Erholungsorte ohne Prädikat“ werden der Gruppe „Sonstige Gemeinden“ zugeordnet.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1996	1997	1997			1998				
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Noch: VERKEHR											
Straßenverkehr											
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ¹⁾ darunter	Anzahl	32 704	33 923	32 185	34 025	29 464	33 572	37 295	34 738	31 935	
Personenkraftwagen (einschl. Kombi)	"	29 241	29 543	28 932	30 780	24 544	29 388	33 473	31 720	29 215	
* Lkw (auch mit Spezialaufbau)	"	1 181	1 486	1 457	1 652	2 202	2 102	1 981	2 000	2 011	
Krafträder (einschl. Kraftrollern)	"	1 868	2 303	1 436	1 185	2 413	1 684	1 402	578	331	
Zugmaschinen (zulassungspflichtige)	"	201	233	219	251	175	230	277	272	225	
Straßenverkehrsunfälle											
* Unfälle mit Personenschaden	"	2 128	2 184	2 333	2 447	2 144	2 201	2 432	2 410	2 023	
* Getötete Personen ²⁾	"	52	50	60	51	40	65	41	63	36	
* Verletzte Personen	"	2 869	2 940	3 098	3 290	2 869	2 856	3 263	3 298	2 779	
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen ³⁾											
Beförderte Personen	1000	36 438	37 081	97 216	.	.	.	104 801	.	.	
davon im											
Linienverkehr ⁴⁾	"	35 907	36 565	95 354	.	.	.	102 922	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	531	515	1 862	.	.	.	1 878	.	.	
Gefahrene Wagenkilometer	1000 km	23 581	23 871	81 018	.	.	.	82 653	.	.	
davon im											
Linienverkehr ⁴⁾	"	18 018	18 544	59 493	.	.	.	61 481	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	5 563	5 328	21 525	.	.	.	21 172	.	.	
Einnahmen	1000 DM	73 602	76 536	245 133	.	.	.	261 593	.	.	
davon aus											
Linienverkehr ⁴⁾	"	59 268	61 621	182 427	.	.	.	203 704	.	.	
Gelegenheitsverkehr	"	14 334	14 914	62 706	.	.	.	57 889	.	.	
GELD UND KREDIT											
Banken ⁵⁾											
Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁶⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	731 696	817 384	786 832	.	.	.	879 901	.	.	
darunter											
Kredite an inländische Nichtbanken ⁶⁾ davon	"	650 105	686 477	671 684	.	.	.	715 113	.	.	
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	"	88 405	93 068	90 942	.	.	.	102 201	.	.	
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) ⁷⁾	"	54 633	48 707	48 855	.	.	.	41 361	.	.	
langfristige Kredite (über 4 Jahre) ⁷⁾	"	507 067	544 702	531 887	.	.	.	571 551	.	.	
Einlagen und aufgenommene Gelder ⁶⁾ von Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)											
	Mill. DM	481 443	528 954	505 138	.	.	.	565 575	.	.	
Zahlungsschwierigkeiten											
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	207	218	218	290	228	174	160	178	197	
davon											
* von Unternehmen	"	164	167	167	243	188	134	125	131	149	
* von übrigen Gemeinschaftsdnern	"	43	51	51	47	40	40	35	47	48	
* Beantragte Konkurse	"	206	218	218	290	228	174	160	178	197	
* darunter mangels Masse abgelehnt	"	155	165	158	233	186	139	120	134	163	
PREISE											
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	1995 = 100	101,1	102,8	103,2	103,1	103,1	104,5	104,2	104,1	104,0	
darunter											
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	"	100,3	101,5	101,4	101,2	101,4	102,5	102,1	101,8	101,8	
Bekleidung, Schuhe	"	100,6	101,4	101,6	101,7	101,8	102,6	102,6	102,8	103,0	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas ⁸⁾	"	101,7	103,9	104,0	104,2	104,2	105,6	105,6	105,5	105,5	
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt ⁹⁾	"	100,6	101,1	101,1	101,2	101,2	102,2	102,2	102,2	102,2	
Verkehr (einschl. Kraftstoffe)	"	102,4	103,8	105,0	104,7	104,6	105,7	105,3	105,5	104,9	
Nachrichtenübermittlung	"	100,9	97,8	98,4	98,4	98,2	97,6	97,0	96,3	96,3	
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	"	100,2	102,0	102,7	101,1	101,5	104,5	103,5	102,4	102,5	
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	"	100,2	100,9	101,0	101,4	100,9	104,1	102,1	102,0	101,2	
* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	101,1	102,7	103,1	103,0	102,9	104,6	104,2	104,1	103,9	
* Preisindex für Wohngebäude (Neubau) ¹⁰⁾	1995 = 100	100,211)	99,811)	.	.	99,6	100,3	.	.	100,1	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Ohne Fahrzeuge mit DB- bzw. BP-Kennzeichen. Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. — 2) Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen Gestorbenen. — 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.); Jahresdurchschnitt = Monatsdurchschnitt; nur Unternehmen mit 6 oder mehr Bussen. — 4) Allgemeiner Linienverkehr, Sonderformen des Linienverkehrs (Berufsverkehr, Schüler-, Markt- und Theaterfahrten), freigestellter Schülerverkehr. — 5) Die Angaben umfassen die in Hessen gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben (ohne Filialnetz) sowie ohne Postgiro- und Postsparkassenämter. — 6) Einschl. durchlaufender Kredite. — 7) Ohne durchlaufende Kredite. — 8) Und andere Brennstoffe. — 9) Sowie deren Instandhaltung. — 10) Neubau in konventioneller Bauart; Bauleistungen am Bauwerk. — 11) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Februar, Mai, August und November.

Hessischer Zahlenspiegel

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1996	1997	1997			1998				
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
STEUERN											
Steueraufkommen insgesamt ¹⁾	Mill. DM	5 658,4	5 518,1	6 146,4	4 053,8	4 413,4	4 511,6	6 646,7	4 780,0	4 663,6	
davon											
Gemeinschaftsteuern	"	4 814,7	4 718,4	5 396,5	3 307,1	3 820,6	3 863,5	5 982,1	4 005,9	4 121,3	
davon											
Lohnsteuer ²⁾	"	2 295,9	2 324,4	2 053,4	2 051,4	1 987,5	2 242,2	2 161,7	2 146,1	2 021,7	
veranlagte Einkommensteuer	"	27,1	– 5,4	563,1	– 248,9	– 252,8	– 185,2	647,7	– 137,8	– 168,2	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	220,9	237,3	88,5	104,3	51,4	341,5	180,5	307,5	71,1	
Zinsabschlag ²⁾	"	361,5	339,5	212,8	261,2	337,9	281,0	207,5	255,1	315,5	
Körperschaftsteuer ²⁾	"	314,0	263,7	1 054,2	– 346,6	– 40,2	– 379,7	1 296,8	– 173,8	8,2	
Umsatzsteuer	"	1 398,8	1 347,7	1 245,4	1 229,2	1 501,1	1 329,2	1 261,3	1 366,8	1 602,1	
Einfuhrumsatzsteuer	"	196,4	211,1	179,2	256,5	235,8	234,4	226,6	242,0	270,8	
Bundessteuern	"	492,6	496,8	501,6	356,4	361,6	394,2	432,9	349,1	305,9	
darunter											
Mineralölsteuer	"	105,3	97,0	108,4	94,0	104,5	93,9	101,2	94,7	98,7	
Versicherungsteuer	"	111,9	111,9	50,9	57,3	66,1	150,8	54,5	54,2	86,1	
Zölle ³⁾	"	39,8	37,4	32,9	43,6	38,0	28,7	27,8	30,2	30,1	
Landesteuern	"	272,9	228,6	215,5	246,8	191,6	221,4	204,0	230,8	202,8	
darunter											
Vermögensteuer	"	81,3	19,7	13,8	33,0	15,0	15,3	9,4	11,1	9,2	
Erbschaftsteuer	"	28,8	31,8	30,5	28,4	29,5	33,2	30,1	38,0	26,6	
Grunderwerbsteuer	"	41,1	54,6	60,3	59,4	51,9	65,5	61,9	68,5	72,8	
Kraftfahrzeugsteuer	"	88,1	91,8	87,2	98,2	67,9	73,2	77,7	83,1	70,9	
Gewerbesteuerumlage	"	38,5	36,9	—	100,0	1,6	3,9	0,0	164,0	3,5	
		1997	1998	1997			1998				
		Durchschnitt ⁴⁾		Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	
Kassenmäßiges Steueraufkommen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	2 544,9	2 801,9	2 548,1	2 271,9	3 351,4	1 835,5	2 809,3	2 865,0	3 697,8	
davon											
Grundsteuer A	"	8,4	8,5	8,0	9,9	6,7	8,8	8,4	10,0	6,9	
Grundsteuer B	"	270,5	288,3	321,5	288,0	226,5	261,2	343,6	305,9	242,5	
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	"	1 246,9	1 366,2	1 146,3	1072,9	1 346,4	1206,4	1 355,1	1 550,6	1 352,6	
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	"	983,8	1 011,5	1 035,9	864,8	1 740,4	323,0	1 061,8	964,1	1 878,6	
andere Steuern ⁵⁾	"	35,3	35,2	36,4	36,3	31,4	36,1	40,5	34,3	29,7	
		1997	1998	1997			1998				
		Durchschnitt ⁷⁾		April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	
LÖHNE UND GEHÄLTER ⁶⁾											
Arbeiterverdienste											
im Produzierenden Gewerbe	DM	4 403	4 515	4 433	4 408	4 444	4 368	4 481	4 515	4 599	
* Bruttonomatsverdienst insgesamt	"	4 563	4 678	4 595	4 569	4 608	4 518	4 643	4 678	4 769	
* Männliche Arbeiter	"	4 792	4 966	4 824	4 797	4 837	4 790	4 927	4 960	5 070	
darunter Facharbeiter	"	3 356	3 426	3 368	3 361	3 363	3 381	3 418	3 426	3 450	
* Weibliche Arbeiter	"	3 119	3 158	3 142	3 136	3 103	3 136	3 156	3 161	3 165	
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	3 119	3 158	3 142	3 136	3 103	3 136	3 156	3 161	3 165	
* Bruttostundenverdienst insgesamt	"	27,00	27,67	27,06	26,89	27,12	27,25	24,47	27,58	28,04	
* Männliche Arbeiter	"	27,89	28,58	27,95	27,76	28,00	28,16	28,38	28,47	28,96	
darunter Facharbeiter	"	29,14	30,59	29,19	29,02	29,21	30,11	30,32	30,43	31,08	
* Weibliche Arbeiter	"	21,03	21,45	21,04	21,03	21,10	21,24	21,33	21,44	21,61	
darunter Hilfsarbeiterinnen	"	19,32	19,63	19,40	19,38	19,24	19,52	19,57	19,67	19,69	
Angestelltenverdienste											
(Bruttonomatsverdienste)											
* im Produzierenden Gewerbe	"	6 413	6 558	6 404	6 415	6 459	6 447	6 530	6 549	6 630	
* kaufmännische Angestellte	"	5 996	6 150	5 976	5 993	6 059	6 077	6 118	6 136	6 211	
* männliche Angestellte	"	6 885	7 036	6 866	6 884	6 953	6 956	7 008	7 008	7 110	
* weibliche Angestellte	"	4 964	5 098	4 953	4 966	5 004	5 029	5 063	5 106	5 143	
* technische Angestellte	"	6 760	6 906	6 757	6 769	6 793	6 766	6 881	6 904	6 983	
* männliche Angestellte	"	6 908	7 057	6 905	6 915	6 943	6 914	7 033	7 055	7 136	
* weibliche Angestellte	"	5 327	5 435	5 319	5 323	5 361	5 349	5 405	5 446	5 481	
* in Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe ⁸⁾											
insgesamt	"	5 154	5 346	5 115	5 172	5 176	5 239	5 330	5 350	5 398	
* kaufmännische Angestellte	"	5 173	5 367	5 137	5 190	5 197	5 264	5 353	5 372	5 416	
* männliche Angestellte	"	5 786	5 978	5 755	5 795	5 804	5 861	5 975	5 989	6 023	
* weibliche Angestellte	"	4 433	4 600	4 407	4 453	4 452	4 531	4 576	4 600	4 646	

* Mit einem Stern versehene Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht.

1) Einschl. Gewerbesteuerumlage. — 2) Vor Zerlegung. — 3) Einschl. Zoll-Euro. — 4) Vierteljahresdurchschnitte. — 5) Und steuerähnliche Einnahmen. — 6) Wegen der Umstellung auf die neuen Klassifikationen der EU sind Vergleiche ab Januar 1996 mit den Vorjahren nicht mehr möglich. — 7) Durchschnitt aus den Ergebnissen für die Monate Januar, April, Juli und Oktober. — 8) Sowie bei Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern.

Hessischer Umwelt-Monitor



HESSISCHE LANDESANSTALT
FÜR UMWELT

Berichte, Fakten und Daten zur Umwelt

Gemeinsam herausgegeben
von der Hessischen Landesanstalt für Umwelt
und dem Hessischen Statistischen Landesamt



HESSISCHES STATISTISCHES
LANDESAMT

Supplement zur Zeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“ des Hessischen Statistischen Landesamtes

Nr. 1

Januar 1999

3. Jahrgang

Inhalt

- ◆ Quo vadis Öko-Audit? Resümee und Ausblick 3
- ◆ Umweltschonende Entwicklungen in der
Druckindustrie 7
- ◆ Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel 9

Der „Hessische Umwelt-Monitor“ erscheint vierteljährlich.
Er wird gemeinsam herausgegeben
von der Hessischen Landesanstalt für Umwelt
und dem Hessischen Statistischen Landesamt
als Supplement zur Monatszeitschrift „Staat und Wirtschaft in Hessen“
des Hessischen Statistischen Landesamtes.

Hessische Landesanstalt für Umwelt (HLfU), Rheingaustraße 186, 65203 Wiesbaden
Hessisches Statistisches Landesamt (HSL), Rheinstraße 35/37, 65175 Wiesbaden

Verantwortlich für den Inhalt: Hessische Landesanstalt für Umwelt
Telefon: 0611/6939-0, Telefax: 0611/6939-555

Redaktion: Birgit Hofmann (HLfU), Telefon: 0611/6939-556
und Siegfried Bayer (HSL), Telefon: 0611/3802-804

Nachdruck, auch in Auszügen, nur mit genauer Quellenangabe bei Einsendung
eines Belegexemplares gestattet.

Quo vadis Öko-Audit ? Resümee und Ausblick

Wenn man sich die aktuellen Zahlen der am Öko-Audit-System für das Umweltmanagement teilnehmenden Betriebe ansieht, muß man auf den ersten Blick überaus zufrieden sein: Etwa 90 hessische Betriebe haben eine Öko-Audit-Registrierung ihres Standortes erreicht, in Deutschland sind es insgesamt etwa 1.100 Unternehmen (Stand: Februar 1998).

Bei einem Vergleich der absoluten Zahlen der Standortregistrierungen in der Europäischen Union sind die deutschen Firmen damit Spitzenreiter (vgl. Abbildung 1).

gramm beteiligt, das seit 1996 aus Mitteln der Grundwasser-, Abwasser- und Sonderabfallabgabe finanziert wird. Damit fließen Abgabemittel wieder dorthin zurück, wo besonders umweltschonend gewirtschaftet wird.

Auch was methodische Hilfestellungen und eine wissenschaftliche Begleitung zum Öko-Audit angeht, wurde in Hessen einiges geleistet. Beispielsweise hat die HLfU seit 1994 die Umsetzung des Öko-Audits in Hessen fachlich begleitet, Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt und Fachpublikationen wie den Praxisleitfaden Chemie heraus-

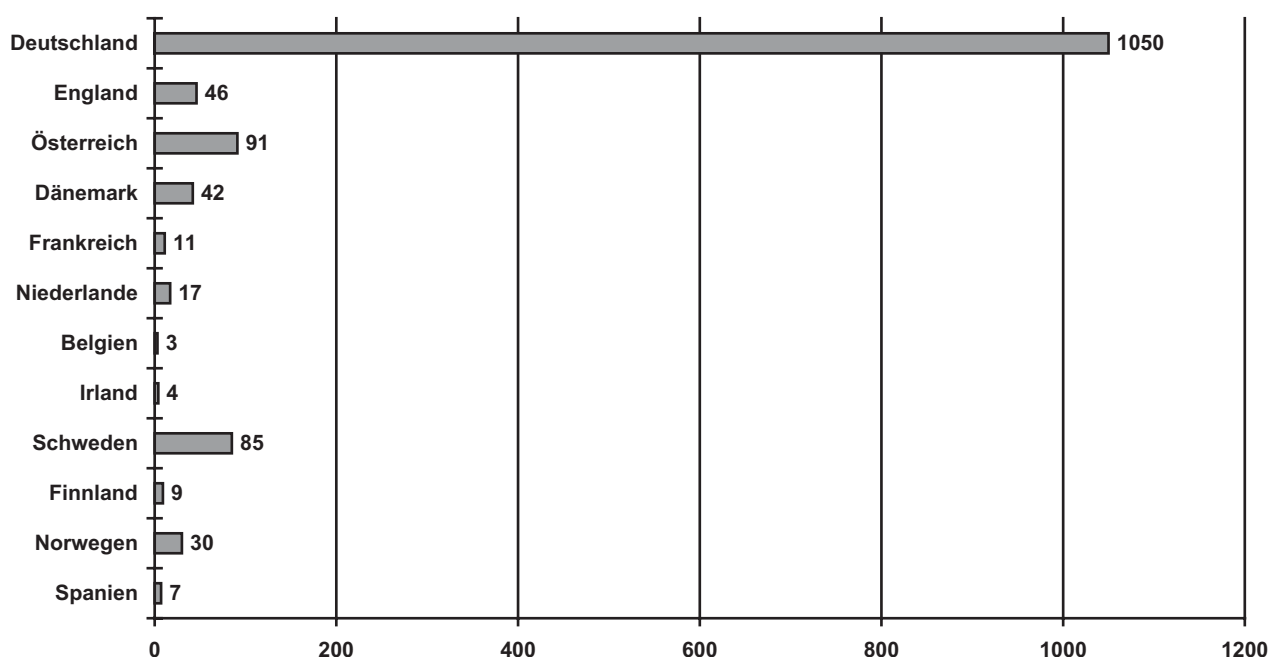


Abbildung 1: Zahl der registrierten Öko-Audit-Standorte in Europa (Stand: Ende Dezember 1997)
Quelle: EMAS HelpDesk, Brüssel

Bezogen auf die Bevölkerungszahlen der Länder schneiden zwar andere EU-Staaten noch etwas besser ab, allerdings können in Deutschland durch eine Erweiterung des Anwendungsbereiches der Öko-Audit-Verordnung auf den Dienstleistungsbereich nun noch wesentlich mehr Unternehmen als bisher am EG-System teilnehmen. Teilnahmeberechtigt sind jetzt auch öffentlich-rechtliche Organisationen und öffentliche Verwaltungen von Kommunen und Kreisen. Damit erhöht sich die Zahl der teilnahmeberechtigten Organisationen auf schätzungsweise 1,5 Millionen. Es bleibt daher noch einiges zu tun, um das Umweltmanagementsystem umfassend zu etablieren.

Die Hessische Landesregierung ist überzeugt davon, daß das Öko-Audit ein ausgesprochen sinnvolles Instrumentarium ist, um den Umweltschutz voranzubringen. Hessen fördert daher seit 1994 die Einführung von Öko-Audits. Über 240 Betriebe haben sich bislang an dem Förderpro-

gramm beteiligt, das in Zusammenarbeit mit Chemieunternehmen entstanden ist.

Besonders interessiert hat natürlich, welche praktischen Probleme es bei der Umsetzung des Öko-Audits gibt, also welche Hemmnisse auftreten. Die Kritik einiger Unternehmen, die Einführung eines Umweltmanagements sei ein unverhältnismäßiger Aufwand, kann nicht bestätigt werden. Mittlerweile ist erwiesen, daß sich Öko-Audits in der Regel in eineinhalb bis zwei Jahren amortisieren. Das ist nicht überraschend, denn jede durch die systematische Prüfung aufgedeckte Ressourceneinsparung führt auch zu Kosteneinsparungen, was zum Beispiel im Energie- oder Abfallbereich besonders deutlich wird.

Sehr ernst zu nehmen sind allerdings kritische Hinweise aus der Industrie und insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen. Dort wurde immer wieder angesprochen, daß "normierte" Umweltmanagementsysteme von der betriebl-

chen Realität zu abgehoben wirken. Hoher formaler Aufwand zur Dokumentation und Handbücher, die in den Regalen verstauben, weil sie nicht auf die konkreten Bedürfnisse am Arbeitsplatz abgestimmt sind. Die negativen Erfahrungen, die viele Betriebe mit Qualitätsmanagementsystemen gemacht haben, führten zum Teil zu einer skeptischen Haltung auch den Umweltmanagementsystemen gegenüber.

Dabei ist davon auszugehen, daß nach dem Öko-Audit noch andere Managementsysteme an die Betriebe herangetragen werden. Beispielsweise zeichnet sich auch im Bereich des Arbeitsschutzes ein weiteres, möglicherweise international normiertes Managementsystem ab.

Bedenkt man alle diese Anforderungen, ist die ironische Bemerkung von Vertretern einiger Betriebe, sie müßten neben dem Einführen von Managementsystemen ja auch noch ihrer eigentlichen Tätigkeit nachkommen, zu verstehen. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es daher notwendig, den Unternehmen neben einer finanziellen Unterstützung weitere methodische Hilfen anzubieten.

Aus fachlicher Sicht kommt hier der Integration der Managementsysteme besondere Bedeutung zu. Unternehmen müssen in die Lage versetzt werden, Umweltschutz genau wie andere Faktoren, wie z.B. Arbeitsschutz und Qualität, so in die betrieblichen Abläufe zu integrieren, daß Zusatzaufwand minimiert wird.

Die Analyse zeigt, daß es beispielsweise bei der Systempflege und Dokumentation viele Gemeinsamkeiten zwischen den Einzelsystemen für Umweltschutz, Arbeitsschutz, Qualität oder anderen betrieblichen Aspekten gibt.

Wenn diese Gemeinsamkeiten konsequent genutzt werden, ist die Funktionsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der Systeme langfristig sichergestellt, und Doppelarbeit kann vermieden werden. Es gibt mittlerweile einige Unternehmen, die mit Erfolg Integrierte Managementsysteme eingeführt haben. Zu nennen wäre hier zum Beispiel die Hoechst

AG, die in Fachkreisen mit ihrem Hoechst Integrierten Management System (HIMS) Aufsehen erregt hat. Im Rahmen einer Kooperation mit Hoechst hatte die HLfU Gelegenheit, das HIMS-Konzept kennenzulernen.

1998 war das Thema Umweltmanagement/Integrierte Managementsysteme auch Gegenstand von Schulungen, die die HLfU zusätzlich zu ihrem Fortbildungsangebot und in Ergänzung der schon durchgeführten Schulungsreihe für Bedienstete der Umweltverwaltung anbietet.

Information und Fortbildung sind notwendig, denn für die eher am technischen Umweltschutz orientierten Fachleute, auch in der Verwaltung, ist Management Neuland. Wenn gefordert wird, daß Manager Umweltschutz lernen, sollten auch Umweltschützer Management lernen.

Um als gutes Beispiel voranzugehen, hat die HLfU im August 1996 begonnen, ein internes Umweltmanagementsystem aufzubauen, das sich an den Anforderungen der Öko-Audit-Verordnung orientiert. Die Veröffentlichung der "Umwelterklärung 1997" der HLfU hat über die Landesgrenzen hinaus Interesse geweckt. Die Erfahrungen, die in der HLfU gesammelt wurden, sind in die Diskussion um die Anwendung des Öko-Audits in der öffentlichen Verwaltung eingeflossen und haben sicherlich dazu beigetragen, andere Organisationen des Dienstleistungsbereiches zur Einführung entsprechender Systeme zu motivieren.

Das Umweltmanagementsystem der HLfU soll nun in ein übergreifendes, integriertes Total Quality Management (TQM) einfließen. Aufgrund der in der Industrie gemachten Erfahrungen ist dies ein konsequenter Folgeschritt, der zur Effizienzsteigerung des Gesamtsystems beiträgt.

Voraussetzung hierfür ist eine stärkere Prozeßorientierung des Managementsystems, also eine Fokussierung auf die Führungs-, Unterstützungs- und Kernprozesse unter Berücksichtigung der Anforderungen der Kunden und der Beschäftigten.

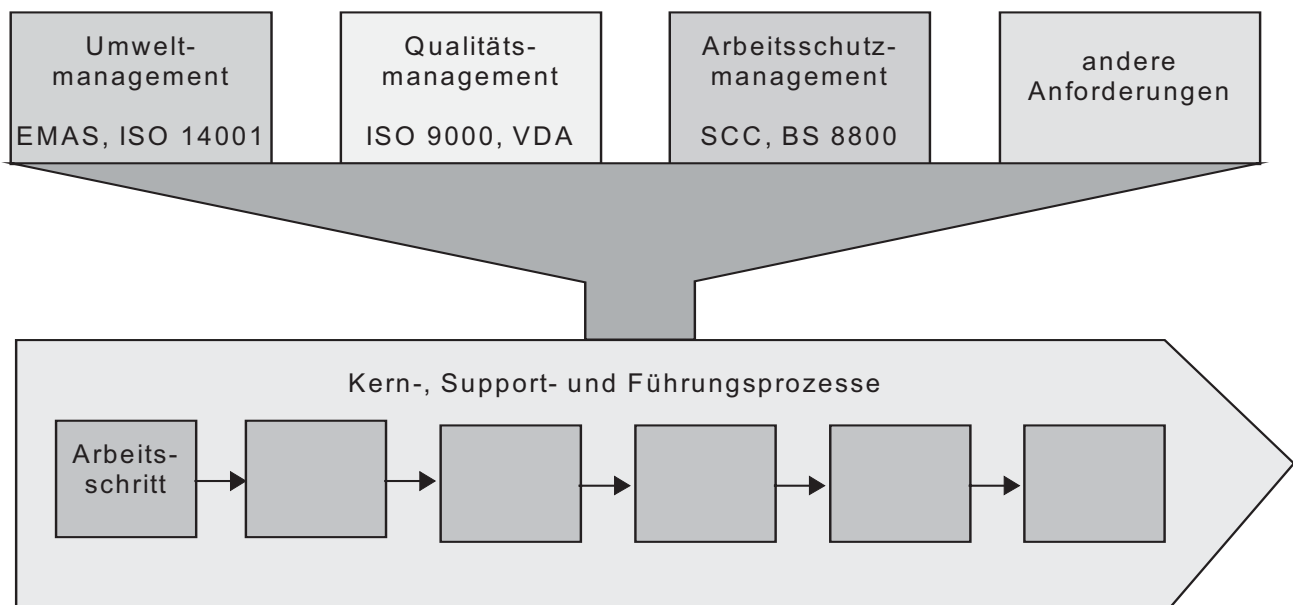


Abbildung 2: Prozeßorientiertes Integriertes Managementsystem

In der Industrie stellt man immer wieder fest: Unternehmen, die erfolgreich sind, ist Umweltschutz ein ernstes Anliegen. Das liegt nicht daran, daß es ihnen "gut geht" und sie sich deshalb diesen "Luxus" leisten können, sondern es geht ihnen gut, weil sie ein ordentliches Management haben.

Und zu einem ordentlichen Management, das auf eine nachhaltige Wertsteigerung und eine Zufriedenheit der Anspruchsgruppen ("Stakeholders") ausgerichtet ist, gehört auch die Berücksichtigung der Auswirkungen des Unternehmens auf die Umwelt.

Wenn Unternehmen in der Lage sind, durch die Anwendung leistungsfähiger Managementsysteme sicherzustellen, daß die rechtlichen Anforderungen eingehalten werden, besteht auch die Chance für Verwaltungsvereinfachungen. Wer den Umweltschutz in die Unternehmenspolitik aufnimmt und durch interne Regelungen sowie geeignete Prozesse und Überprüfungen die Einhaltung der materiellen Standards gewährleistet, kann dafür auch belohnt werden.

Das kann allerdings nicht heißen, daß das ordnungsrechtliche und umweltfiskalpolitische Instrumentarium ersetzt werden soll. Im Gegenteil: Mit dem Umweltmanagement wird eine weitere Säule, die Eigenverantwortlichkeit der Akteure, verstärkt. Die Erfahrung zeigt, daß nur im Zusammenspiel, einem ausgewogenen Mix der Instrumente und einer zur Entscheidungsbildung heranziehenden, verlässlichen Informationsbasis, Verbesserungen erreicht werden können.

Gemeinsames Ziel von Behörden und Wirtschaft muß es sein, Unternehmen zukunftsfähig im Sinne der Forderungen der Agenda 21 von Rio auszurichten. Das heißt, Ökologie, Ökonomie und Soziales gleichberechtigt zu vereinen.

Voraussetzung hierzu ist, daß Zielkonflikte, die zwangsläufig entstehen, in einem strukturierten Beteiligungs- und Konsensprozeß gelöst werden und so die notwendige Akzeptanz der ausgehandelten Zielvorgaben entsteht. Ebenso, wie Um

weltqualitätsziele von der Politik benötigt werden, brauchen kleine Betriebe Bewertungsmethoden, mit denen sie ihre Umweltauswirkungen gewichten und Prioritäten für Verbesserungsmaßnahmen setzen können.

Zur Bewertung von Umweltauswirkungen gibt es noch keine standardisierten Verfahren. Abzuwarten bis gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse für alle Bereiche vorliegen, ist angesichts der drängenden Probleme und der Diskrepanz zwischen dem wissenschaftlich Denkbaren und dem in kleinen und mittleren Betrieben Umsetzbaren nicht möglich. Daher ist Pragmatismus gefragt, aber auch die Bereitschaft, aus Fehlern zu lernen und sich durch kontinuierliche Verbesserung der Problemlösung zu nähern. In einem Bewertungsprojekt der HfU soll genau dies durch die Anwendung eines speziell entwickelten Unternehmensfragebogenmodells versucht werden.

Mit Hilfe des Projektes sollen insbesondere auch Erkenntnisse darüber erhalten werden, ob und in welchem Umfang sich die Umweltleistungen der Betriebe durch die Teilnahme am Öko-Audit tatsächlich und nachweislich verbessern. Diese Erkenntnisse sind für die Beurteilung und die weitere Entwicklung des Öko-Audit-Instrumentariums wichtig. Mit dem schon 1997 begonnenen Prozeß zur Novellierung der Öko-Audit-Verordnung und der sprachlichen Angleichung von Öko-Audit und der Norm ISO 14001 sollen, hoffentlich ohne dabei die materiellen Standards der EG-Verordnung aufzuweichen, bestehende Defizite im System beseitigt

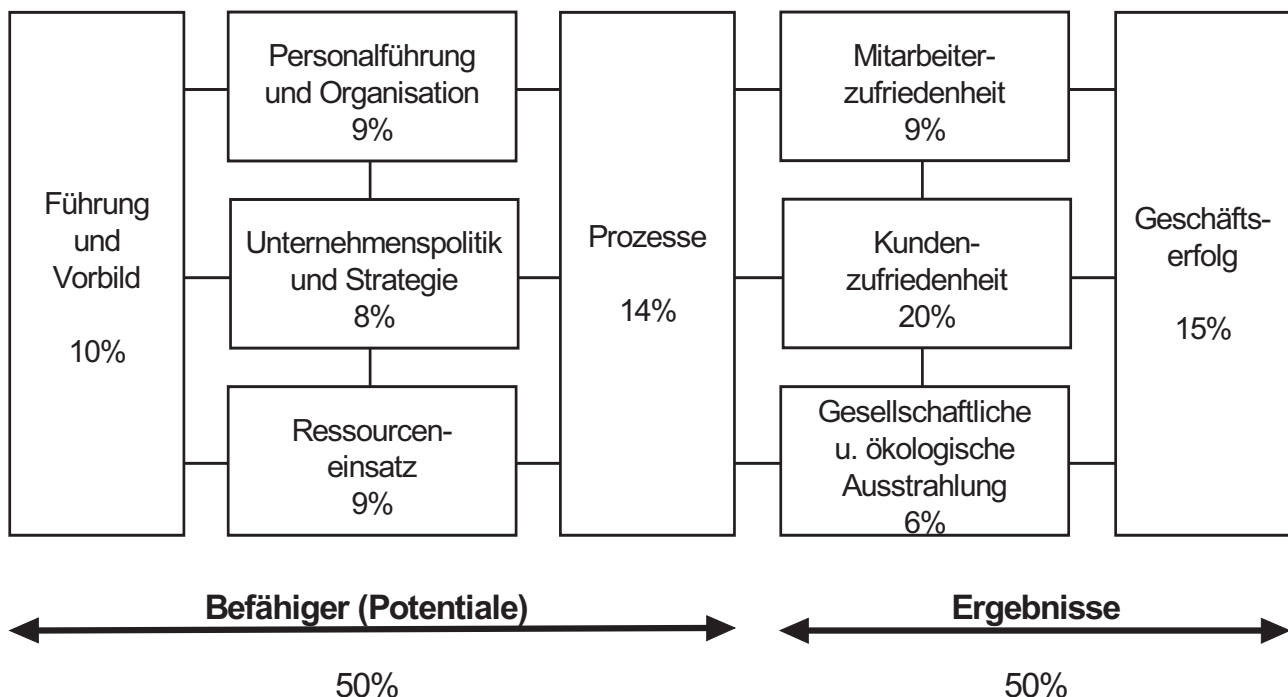


Abbildung 3 : Die Erfolgsfaktoren des TQM nach dem Modell des European Quality Award
(Die Prozentanteile geben die im Modell gewählten Gewichtungsfaktoren wieder)

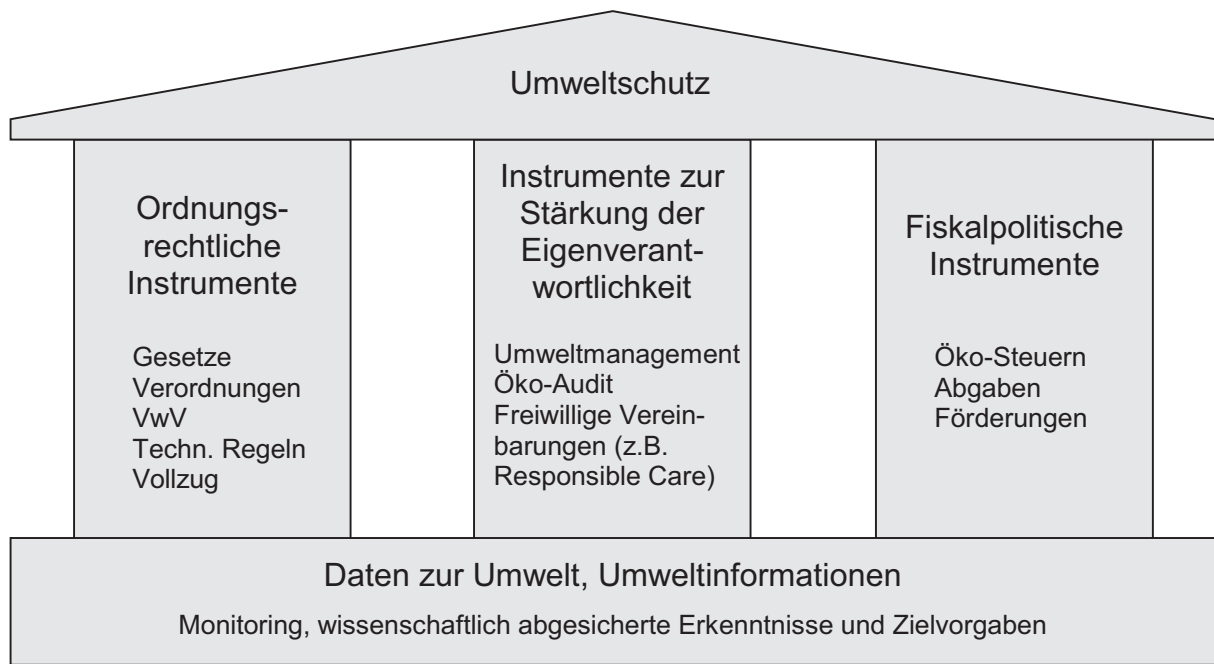


Abbildung 4 : Tragende Instrumente im Umweltschutz

werden. Dazu gehört die noch unvollkommene Integration des Dienstleistungsbereiches und der nichterwerbswirtschaftlich orientierten Organisationen sowie die unzureichende Einbeziehung des Endverbrauchers in das System. Eine bessere Kundenwirkung würde in jedem Fall erreicht, wenn nicht nur die Produktion, sondern auch die Produkte Gegenstand des Öko-Audits wären und eine Zertifizierung eines Unternehmens auch Aussagen über die Nachhaltigkeit seiner Produkte und Dienstleistungen beinhalten würde.

Eine stärkere Einbeziehung der Öffentlichkeit resultiert ebenfalls, wenn sich das Öko-Audit auch im kommunalen Bereich durchsetzt. Schon jetzt sehen viele Städte und Gemeinden, bedauerlicherweise jedoch noch überwiegend

im europäischen Ausland, im Öko-Audit den logischen Schritt in Richtung einer lokalen Agenda 21. Die Ergebnisse der laufenden Modellprojekte in Kommunen stimmen zuversichtlich. Es gibt bislang keinen Bereich, auf den das Prinzip des Öko-Audits nicht mit Erfolg anwendbar wäre. Voraussetzung ist allerdings eine gewisse Flexibilität in der Anwendung des Instrumentariums, vor allen Dingen aber die Bereitschaft der Unternehmen und Organisationen, alte Strukturen in Frage zu stellen und wirklich etwas verbessern zu wollen.

Alexander Bracht

Umweltschonende Entwicklungen in der Druckindustrie

In der Druckindustrie erfolgt derzeit eine rasante Entwicklung und Erprobung neuer Verfahren und Produkte, um zu kostengünstigeren, rationelleren Fertigungen zu gelangen, den Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Betriebsstätten zu verbessern und die mit der Produktion verbundenen Umweltbelastungen zu reduzieren.

Hierbei ist festzustellen, daß sich neue Technologien in der Regel nur dann in der Praxis durchsetzen können, wenn sie den eigentlichen Produktionsprozeß positiv beeinflussen und wirtschaftliche Vorteile versprechen.

Maßnahmen des Arbeitsschutzes beinhalten heute in den meisten Fällen auch Verringerungen von Umweltbelastungen, so daß die Druckindustrie beispielhaft für den engen Zusammenhang zwischen Arbeitsschutz und Ökologie ist.

Neue Verfahren unter Verwendung neuer Produkte und Hilfsstoffe führen zwangsläufig auch zu Abfällen mit neuen Zusammensetzungen und neuen Inhaltsstoffen. Hierbei kann nicht übersehen werden, daß abfallarme Verfahren, aber auch Verfahren, bei denen Abfälle mit einem niedrigeren Gefährdungspotential oder verwertbare Abfälle entstehen, von vielen Druckereien angestrebt werden.

Nachfolgend sind Beispiele richtungsweisender Neuentwicklungen in der Druckindustrie genannt.

Zu den häufig in Druckereien anfallenden Abfällen zählen lösemittelhaltige Rückstände, die im Zuge von Reinigungsarbeiten an Druckmaschinen entstehen und die in der Regel Druckfarbenreste enthalten. Nachdem heute weitgehend auf eine Verwendung umweltbelastender halogenierter Kohlenwasserstoffe als Lösemittel verzichtet werden kann, ist man nun erfolgreich bemüht, insbesondere im Bereich des Offsetdrucks, die

- ⇒ sehr schnell verdunstenden, leichtentzündlichen organischen Lösemittel der Gefahrenklasse A I (Flammpunkt unter 21°C) und die
- ⇒ ebenfalls rasch verdunstenden und entzündlichen organischen Lösemittel der Gefahrenklasse A II (Flammpunkt über 21°C bis 55°C)

durch

- ⇒ gering verdunstende, brennbare organische Lösemittel der Gefahrenklasse A III (Flammpunkt über 55°C bis 100°C) und
- ⇒ langsam verdunstende (schwerflüchtige), brennbare Kohlenwasserstoffe (Hochsieder, Flammpunkt über 100°C), aber auch durch
- ⇒ kaum noch verdunstende brennbare Reinigungsmittel auf Pflanzenölbasis (Flammpunkt wesentlich über 100°C) zu ersetzen.

Durch diese Entwicklung wird nicht nur der Lösemittelverbrauch aufgrund der geringeren Verdunstungsverluste vermindert und damit auch die Lösemittelemission des

Betriebes, sondern auch die Gefahr der Entstehung von Explosionen und Bränden. Weiter sinkt die von den an den Maschinen beschäftigten Personen eingeatmete Menge an Lösemitteldämpfen von bis zu 5,5 l auf unter 0,01 l pro Arbeitstag.

Für die Abfallentsorgung bedeuteten diese Umstellungen ebenfalls geringere Umweltbelastungen und Gefährdungen der Sicherheit bei der Sammlung, Lagerung und der Beseitigung oder Verwertung der Rückstände sowie verbesserte Verwertungsmöglichkeiten der Reinigungsreste, aufgrund deren höheren Mengenanfalls infolge der geringeren Verdunstungsverluste.

Obwohl Druckfarben auf Wasserbasis bisher nur eine begrenzte Anwendung finden, sollten sie, ähnlich der bereits vollzogenen Entwicklung auf dem Gebiet der Anstrichmittel, in Zukunft ein breiteres Anwendungsspektrum finden können.

Der derzeitige Haupthinderungsgrund besteht in der meistens längeren Trocknungszeit der Wasserfarben im Vergleich zu den lösemittelhaltigen Farben.

Interesse verdienen daher Entwicklungen, den Wassergehalt in den Farben durch Verwendung von flüssigen "Bindemitteln" zu reduzieren oder zu ersetzen. Bei einer Erwärmung (Trocknung) entsprechend bedruckter Materialien können die reaktionsfähigen flüssigen "Bindemittel" zu festen Bindemitteln (Harzen) polymerisieren bzw. kondensieren, so daß die Druckfarben anschließend ausgehärtet sind.

Weiter befinden sich bereits Druckfarben in Anwendung, deren Bindemittelanteil nicht durch eine thermische Behandlung, sondern durch eine Bestrahlung mit UV-Licht aushärtet. Bei diesen Druckfarben erübrigt sich somit eine Trocknung im eigentlichen Sinne.

Eine vermehrte Anwendung sowohl von Wasserfarben als auch von lösemittelfreien Druckfarben ist grundsätzlich aus der Sicht des Arbeits- und Umweltschutzes ein erstrebenswertes Ziel.

Abfälle entsprechender Druckfarben sind in der Regel nicht mehr als besonders überwachungsbedürftig (und damit nicht mehr als Sonderabfall) zu werten. Sie sollten bei fehlenden Verwertungsmöglichkeiten auch in kommunalen Anlagen entsorgt werden können.

Weitere interessante Entwicklungen ergeben sich auf dem Gebiet der Herstellung von Offsetdruckplatten.

Während heute noch die entsprechenden Platten nach der Belichtung in der Regel in wäßrigen chemikalienhaltigen Bädern entwickelt werden und hieraus Abwasserbelastungen, aber auch verbrauchte Badflüssigkeiten als Abfall entstehen, werden neue Plattentypen mit Hilfe eines Thermo-Lasers belichtet, der die oberste (farbführende) hitzeempfindliche Schicht der zu erzeugenden Druckplatte verbrennt und somit die darunterliegende wasserführende Plattenschicht (zur

entstehen, werden neue Plattentypen mit Hilfe eines Thermo-Lasers belichtet, der die oberste (farbführende) hitzeempfindliche Schicht der zu erzeugenden Druckplatte verbrennt und somit die darunterliegende wasserführende Plattenschicht (zur Erzeugung einer funktionsgerechten Offsetdruckplatte) freilegt.

Für die Druckereien stellt dieses Verfahren der Druckplattenherstellung durch die Einsparung des Behandlungs-

schrittes "Entwicklung" eine Zeit- und Arbeits- und damit Kostenersparnis dar.

Aus der Sicht des Umweltschutzes erlaubt diese neue Technik neben einer Einsparung von Wasser auch die Vermeidung des flüssigen Entwickler-Abfalls, der zu den besonders überwachungsbedürftigen Abfällen zählt.

Rolf Kersting

Neuerscheinungen:

Schriftenreihe „Umweltplanung, Arbeits- und Umweltschutz“ der HLfU

- Handbuch Altlasten
Band 5 Bewertung von Altflächen, Teil 1 Einzelfallbewertung
Dipl.-Ing. Volker Zeisberger
1998
- Grundwasserbeschaffenheit in Hessen
Auswertung von Grund- und Rohwasseranalysen bis 1997
Dr. Georg Berthold, Prof. Dr. Benedikt Toussaint
1998, Heft 250
- Arzneimittel in Gewässern - Risiko für Mensch, Tier und Umwelt?
Prof. Dr. Benedikt Toussaint
1998, Heft 254
- Emissionen organisch-chemischer Verbindungen aus zivilen Flugzeugtriebwerken
Dipl.-Ing. Walter Eickhoff
1998, Heft 252
- Leitfaden für die Erstellung Kommunalen Abfallwirtschaftskonzepte
Susanne Schroth
1998, Heft 143

Bezugsadresse: **Hessische Landesanstalt für Umwelt, Bibliothek, Postfach 3209, 65022 Wiesbaden**

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Meßstellen	10
2. Gewässerbelastung nach Meßstellen und Komponenten	11
3. Luftbelastung nach Meßstellen.	13

Hessischer Umwelt-Zahlenspiegel

1. Hydrologische Daten nach Meßstellen

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1996	1997	1996		1997			1998		
		Durchschnitt		1. Vj.	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Lufttemperatur	Mittel [°C]										
Station: Frankfurt/M.- Flughafen		9,4	10,7	1,2	13,7	4,0	13,7	19,0	5,4	13,6	17,3
Niederschlag	Summe [mm]										
Station: Hofgeismar- Beberbeck	"	682	649	68	154	149	181	142	163	262	273
Marburg- Lahnberge	"	584	544	69	116	121	123	111	108	234	246
Schotten- Eichelsachsen	"	660	625	75	146	118	173	133	212	196	267
Abfluß	Mittel [m³/s]										
Pegel: Helmarschau- sen/Diemel	"	9,00	11,8	8,82	5,48	17,4	11,9	8,58	14,3	8,68	9,88
Rotenburg/-Fulda		14,0	14,6	16,3	10,3	29,2	10,7	6,18	19,6	13,5	10,2
Aßlar/Dill		6,30	6,37	3,74	3,93	13,0	4,52	1,60	10,9	7,04	5,03
Marburg/Lahn	"	10,1	11,5	10,1	5,45	20,1	7,95	5,48	18,1	12,9	12,3
Hanau/Kinzig	"	7,46	7,20	6,33	4,76	14,1	5,19	3,21	15,8	5,22	7,26
Bad Vilbel/Nidda	"	7,27	6,55	7,46	4,95	12,1	4,91	3,44	7,34	6,93	6,49
Talsperren	Mittel [Mio m³]										
Edertalsperre	"	67,2	128	43,1	78,1	144	191	133	144	189	126
Diemeltal- sperre	"	6,9	10,5	4,7	8,3	10,2	15,5	11,8	11,6	19,3	15,5
Grundwasser- stand	Mittel [NN+m]										
Meßstelle:											
Bracht	"	256,75	256,92	257,07	256,88	256,90	257,38	256,89	256,48	256,70	256,64
Bauschheim	"	86,50	86,44	86,74	86,71	86,76	86,69	86,24	86,34	86,41	86,10
Lampertheim	"	87,72	86,54	87,07	86,85	86,88	86,62	86,39	86,39	86,38	86,09
Beberbeck	"	224,52	224,76	225,08	224,56	224,73	225,17	224,83	224,13	224,24	224,10
Zell	"	313,79	313,50	314,20	313,89	313,56	313,72	313,47	313,26	313,45	313,30
Schwalbach	"	270,93	271,94	271,39	270,92	272,29	272,78	271,85	271,13	271,99	271,74
Kath. Willenroth	"	295,53	295,54	295,69	295,47	295,89	295,89	295,83	294,93	294,20	295,26
Langstadt	"	128,38	128,07	128,59	128,49	128,08	128,22	128,10	127,77	127,70	127,54
Weissenborn	"	211,53	214,12	212,39	212,20	214,85	215,38	214,33	212,72	214,11	212,49

2. Gewässerbelastung nach Meßstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1995	1996	1997				1998		
		Durchschnitt		1. Vj	2. Vj	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Meßstation Bi- schofsheim/Main Flußkm 4.0										
Abfluß	m³/s	153	180	325	162	125	121			
Temperatur	Grad C	13,9	14,1	6,1	16,5	22,5	10,7	6,6	17,9	20,1
Sauerstoff	mg/l	8,3	9,0	10,2	11,0	6,5	8,5	10,7	7,6	6,6
pH		7,6	7,8	7,8	8,1	7,6	7,8	7,9	7,7	7,6
NH ₄ -N	mg/l	0,3	0,15	0,3	0,1	<0,1	0,13	0,16	0,09	< 0,07
NO ₃ -N	mg/l	6,3	6,0	6,4	5,6	5,6	6,6	6,9	5,1	4,9
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	7,0	7,0	7,73	6,4	6,7	7,7	7,5	5,8	5,5
o-PO ₄ -P	mg/l	0.09	0,08	0,05	0,05	0,14	0,10	0,07	0,09	0,14
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,25	0,24	0,24	0,15	0,31	0,23	0,25	0,21	0,35
Leitfähigkeit	mS/m	65	70	58	68	75	78	64	72	71
Chlorid	mg/l	55	61	51	54	62	74	58	57	61
TOC	mg/l	5,7	5,4	4,8	8,0	5,0	14,4	3,7	3,3	4,3
CSB	mg/l	10,9	13,8	13,7	14,6	13,9	13,8	5,3	11,7	11,6
EDTA	µg/l	22	22,2	17	18	19,5	32,8	19,5	13,8	16,7
Meßstation Oberbiel Lahn Flußkm 19,1 ³⁾										
Abfluß	m3/s	22,0		45,5	16,3	7,6	24,0			
Temperatur	Grad C	12,7	12,0	5,5	18,9	19,6	7,8	5,5	15,2	17,1
Sauerstoff	mg/l	10,4	9,9	11,5	10,7	7,6	10,4	12,1	9,2	8,4
pH		7,8	7,9	7,8	8,3	7,9	7,9	8,0	7,8	7,8
NH4 -N	mg/l	0,6	0,50	0,5	0,3	0,6	0,57	0,50	0,36	0,38
NO3 -N	mg/l	4,3	4,6	4,2	4,0	5,2	4,8	4,5	3,9	4,3
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	5,7	5,8	5,6	5,0	6,5	6,1	5,3	4,9	5,3
o-PO4 -P	mg/l	0,19	0,12	0,09	0,08	0,18	0,14	0,11	0,13	0,18
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,29	0,28	0,21	0,23	0,38	0,26	0,20	0,24	0,32
Leitfähigkeit	mS/m	37	37	33	33	45	36	31	32	35
Chlorid	mg/l	31	33	33,6	28,9	38,9	32	30	27	30
TOC	mg/l	5,2	4,3	3,4	6,6	4,0	3,7	2,9	3,6	3,8
CSB	mg/l	11	12,5	11,8	13,5	13,3	12,7	7,7	11,6	10,7

Anmerkungen siehe Seite 13.

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Meßstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengen- einheit	1995	1996	1997				1998		
		Durchschnitt		1. Vj	2. Vj	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Meßstation Letzter Heller Werra Flußkm 83,9										
Abfluß	m³/s	41,5	40	71,4	40,4	20,4	27			
Temperatur	Grad C	10,2	9,8	3,4	11,9	16,8	6,0	4,5	13,3	14,2
Sauerstoff	mg/l	12,0	11,9	11,6	12,3	12,6	11,4	12,2	13,5	10,4
pH		8,0	8,1	7,9	8,3	8,4	8,0	8,0	8,4	8,1
NH ₄ -N	mg/l	0,3	0,30	0,3	0,2	0,4	0,27	0,19	0,16	0,69
NO ₃ -N	mg/l	4,3	3,8	4,7	3,8	2,3	4,3	4,8	3,7	2,8
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,8	4,6	5,3	4,5	3,7	5,0	5,2	4,3	4,3
o-PO ₄ -P	mg/l	0,12	0,12	0,12	0,09	0,09	0,19	0,11	0,12	0,16
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,25	0,22	0,18	0,19	0,27	0,24	0,16	0,20	0,22
Leitfähigkeit	mS/m	652	770	568	679	782	957	582	750	673
Chlorid	mg/l	1835	1995	1300	1800	2140	2740	1480	1980	2000
TOC	mg/l	6,1	5,1	4,5	3,6	8,4	3,9	3,4	4,8	8,0
CSB	mg/l	24	22,7	-	19	33	16,0	-	-	-
EDTA	µg/l		7,5	6	5	14	5,0	5,8	8,3	3,8
Meßstation Wahn- hausen Fulda Flußkm 93,5										
Abfluß	m³/s	33,2	47,4	80,4	39,6	33,0	36,0			
Temperatur	Grad C	10,9	10,4	3,9	13,6	17,9	7,4	4,8	14,2	16,4
Sauerstoff	mg/l	11,3	10,9	11,6	13,2	8,8	10,2	11,7	10,6	9,6
pH		7,7	8,1	7,6	8,1	7,8	7,8	7,8	7,9	7,6
NH ₄ -N	mg/l	0,2	0,25	0,5	0,2	0,1	0,22	0,29	0,11	0,07
NO ₃ -N	mg/l	4,1	4,1	4,9	3,6	3,3	4,4	5,7	3,6	3,2
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	4,8	4,7	5,6	4,4	3,6	5,0	5,7	4,2	3,7
o-PO ₄ -P	mg/l	0,06	0,10	0,11	0,05	0,11	0,11	0,08	0,05	0,13
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,23	0,22	0,18	0,22	0,21	0,25	0,14	0,09	0,22
Leitfähigkeit	mS/m	49	48	44	47	47	53	47	45	44
Chlorid	mg/l	66	61	53	60	59	72	56	52	62
TOC	mg/l	5,4	4,7	4,3	5,2	5,0	4,4	3,4	4,4	3,6
CSB	mg/l	18	10,5	8	12	11	11,0	-	-	-
EDTA	µg/l	5,6	6,3	5	5	7	8,0	3,8	5,5	2,0

Noch: 2. Gewässerbelastung nach Meßstellen und Komponenten

Art der Angabe	Maß- bzw. Mengeneinheit	1995	1996	1997				1998		
		Durchschnitt		1. Vj	2. Vj	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Meßstation Mainz-Wiesbaden Rhein Flußkm 498,5										
Abfluß	m³/s	1405	1235	1570	1390	1620	1024	1325	1322	1222
Temperatur	Grad C	14,4	15,2	8,1	17,4	22,3	10,5	9,2	19,8	22,4
Sauerstoff	mg/l	9,6	9,4	11,1	9,1	7,6	9,9	11,0	7,9	7,7
pH		7,8	7,8	7,9	7,9	7,8	7,8	7,9	7,8	7,5
NH ₄ -N	mg/l	0,11	0,12	0,22	0,05	0,06	0,10	0,13	0,06	0,04
NO ₃ -N	mg/l	2,9	2,7	2,8	2,7	1,8	2,8	3,2	3,0	1,9
Gesamt-N ¹⁾	mg/l	3,6	3,5	4,0	3,7	2,5	3,2	3,9	4,2	2,8
o-PO ₄ -P	mg/l	0,07	0,06	0,05	0,05	0,05	0,08	0,07	0,08	0,07
Gesamt - P ²⁾	mg/l	0,09	0,10	0,08	0,08	0,08	0,12	0,10	0,13	0,12
Leitfähigkeit	mS/m	60	57	58	59	47	63	58	53	50
Chlorid	mg/l	76	84	87	80	63	105	81	76	71
TOC	mg/l	3,1	3,0	2,9	3	2,6	3,1	3,1	3,4	2,7
EDTA	µg/l	7,6	6,6	7,3	5,9	4,6	8,9	6,9		

- ¹⁾ = Gesamt - N = Gesamtstickstoff ist die Summe des in organischen und anorganischen Stickstoffverbindungen enthaltenen Stickstoffs
(Nitrat-, Nitrit-, Ammoniumstickstoff sowie der organisch gebundene Stickstoff, Nachweis durch Aufschluß).
- ²⁾ = Gesamt - P = Summe der Polyphosphate und vieler Organophosphorverbindungen, die durch Aufschluß zu Orthophosphat umgesetzt und bestimmt werden.
- ³⁾ = Die Meßstelle wurde erst 1995 in Betrieb genommen.

3. Luftbelastung nach Meßstellen
a) Temperatur in °C

Meßstelle	Quartalsmittel 1996				Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Kassel-Nord (Nordhessen)	-0,4	12,2	15,5	4,7	3,2	12,3	17,7	5,3	4,5	13,8	16,1
Gießen (Mittelhessen)	0,0	12,5	15,6	4,7	3,1	12,5	17,6	4,8	4,1	13,7	15,9
Viernheim (Süd Hessen)	1,5	13,9	17,0	5,8	4,0	14,4	19,7	6,6	5,7	15,9	18,3

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
b) Stickstoffmonoxid in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1996				Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bebra	16	8	9	21	24	8	11	19	17	8	8
Borken	8	3	4	12	12	3	5	8	7	3	4
Darmstadt	27	11	9	32	54	9	11	29	40	7	8
Darmstadt- Hügelstraße	237	182	197	193	204	174	189	177	159	137	135
Dillenburg	54	35	44	64	71	32	50	60	67	31	36
Ffm.- Friedb.Landstraße	173	96	58	137	146	75	92	147	119	60	63
Ffm.-Höchst	59	24	29	75	95	27	33	72	72	23	25
Ffm.-Höhenstraße	92	50	54	88	104	47	52	94	90	39	43
Ffm.-Ost	40	19	24	60	74	20	25	59	71	21	24
Frankenberg	4	3	3	7	9	3	3	5	8	3	3
Fulda	59	28	27	51	60	33	44	59	62	31	32
Fürth/Odenwald	4	3	3	4	4	3	3	5	4	3	3
Gießen	42	20	24	60	74	21	31	51	68	20	23
Grebenau	4	3	3	7	5	3	3	4	4	3	3
Hanau	52	27	31	66	76	25	31	60	70	23	24
Kassel-Nord	55	31	31	59	50	27	32	50	43	24	24
Königstein	7	3	3	5	5	3	3	5	4	3	3
Limburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	13
Linden	17	8	11	29	47	8	15	23	31	7	8
Marburg	29	8	11	35	51	9	12	33	39	8	8
Nidda	11	4	5	15	19	4	4	11	15	4	4
Offenbach	35	17	20	56	64	17	21	46	58	13	15
Raunheim	39	17	15	50	72	19	23	52	70	13	15
Riedstadt	-	11	7	28	47	11	11	29	39	7	9
Spessart	4	3	3	4	5	3	3	4	4	3	3
Viernheim	36	11	13	40	63	9	13	42	43	8	11
Wetzlar	75	31	28	74	94	23	31	86	71	23	23
Wiesbaden-Ringkirche	107	95	102	181	200	83	104	153	142	70	82
Wiesbaden-Süd	37	15	13	52	75	12	17	47	56	12	12
Witzenhausen	3	3	3	4	4	3	3	4	3	3	3

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
c) Stickstoffdioxid in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1996				Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bebra	36	25	22	33	37	20	23	29	31	22	21
Borken	29	16	15	31	37	13	17	22	26	11	12
Darmstadt	41	31	28	30	43	30	34	37	45	30	31
Darmstadt- Hügelstraße	77	75	67	50	67	65	72	51	64	64	66
Dillenburg	47	44	40	43	50	42	46	39	48	41	40
Ffm.- Friedb.Landstraße	70	62	49	52	68	61	72	61	64	59	57
Ffm.-Höchst	59	49	48	58	78	52	50	49	53	46	44
Ffm.-Höhenstraße	57	56	54	49	54	52	59	49	63	50	53
Ffm.-Ost	47	42	36	45	57	46	50	52	62	49	52
Frankenberg	21	11	8	21	27	9	9	17	23	8	8
Fulda	49	38	33	40	51	43	44	39	48	38	36
Fürth/Odenwald	23	12	13	24	26	10	11	20	20	10	9
Gießen	52	44	41	49	63	45	43	41	51	41	41
Grebenau	20	13	9	20	22	9	11	18	20	10	11
Hanau	46	39	35	41	55	39	38	44	56	50	47
Kassel-Nord	40	36	35	37	42	33	35	36	42	30	26
Königstein	28	14	11	22	28	16	14	23	22	12	12
Limburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	29
Linden	38	20	20	37	46	21	23	29	31	21	21
Marburg	39	28	29	38	42	25	26	32	39	26	26
Nidda	32	18	18	31	40	18	18	28	37	17	19
Offenbach	44	36	32	39	51	37	42	44	52	39	43
Raunheim	55	45	40	48	66	37	41	36	44	32	31
Riedstadt	-	19	16	28	42	22	26	32	39	23	28
Spessart	18	10	9	17	20	7	8	17	19	8	9
Viernheim	47	34	31	42	63	27	35	41	48	31	33
Wetzlar	56	45	35	40	52	43	42	45	52	37	35
Wiesbaden-Ringkirche	57	69	53	56	83	56	64	64	62	57	55
Wiesbaden-Süd	54	49	37	48	65	38	42	40	47	34	34
Witzenhausen	19	10	9	20	15	6	7	15	14	7	8

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
d) Ozon in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1996				Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<i>Bebra</i>	38	55	39	17	23	51	46	21	31	48	43
<i>Borken</i>	34	66	48	22	36	68	55	26	40	62	58
<i>Darmstadt</i>	27	52	44	18	24	53	45	17	27	53	45
<i>Dillenburg</i>	24	47	28	12	18	42	31	13	22	43	31
<i>Ffm.-Höchst</i>	19	54	42	11	21	48	41	14	27	48	33
<i>Ffm.-Ost</i>	21	48	39	10	16	48	44	13	20	42	41
<i>Frankenberg</i>	50	73	70	33	44	81	72	33	53	75	63
<i>Fulda</i>	27	56	42	18	28	49	34	20	30	49	40
<i>Fürth/Odenwald</i>	52	89	74	32	40	80	83	39	56	87	78
<i>Gießen</i>	21	47	35	11	18	39	32	14	21	38	29
<i>Grebenau</i>	42	72	58	27	36	67	57	27	43	66	56
<i>Hanau</i>	22	41	31	9	18	45	38	13	25	46	38
<i>Kassel-Nord</i>	26	46	36	15	23	44	32	19	32	49	42
<i>Königstein</i>	49	81	65	30	40	73	71	29	52	77	62
<i>Limburg</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	45
<i>Linden</i>	25	55	42	17	21	54	47	21	31	52	51
<i>Marburg</i>	25	55	41	13	20	50	42	20	28	50	39
<i>Nidda</i>	39	75	56	19	29	60	60	28	39	68	58
<i>Offenbach</i>	24	53	43	13	23	43	41	12	22	44	39
<i>Raunheim</i>	24	55	42	13	18	45	37	14	23	42	36
<i>Riedstadt</i>	-	60	48	16	22	54	48	18	30	59	52
<i>Spessart</i>	36	89	74	36	48	78	77	32	52	82	70
<i>Viernheim</i>	25	56	45	13	27	54	49	15	26	56	46
<i>Wetzlar</i>	20	41	30	14	19	39	32	12	22	41	36
<i>Wiesbaden-Süd</i>	22	54	42	13	20	49	41	12	23	52	46
<i>Witzenhausen</i>	57	88	70	41	51	82	79	39	55	81	75

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
 e) Schwefeldioxid in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1996				Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Bebra	27	4	4	10	17	4	4	7	7	3	3
Borken	25	4	4	11	17	3	3	6	6	3	3
Darmstadt	19	5	4	10	16	5	4	7	11	4	3
Dillenburg	20	5	4	9	13	5	5	7	7	4	4
Ffm.-Höchst	24	7	5	13	19	5	5	11	12	5	5
Ffm.-Ost	27	7	5	15	24	7	6	14	16	5	5
Frankenberg	26	3	4	7	9	3	4	5	4	3	3
Fulda	30	6	4	11	15	5	4	6	9	4	4
Fürth/Odenwald	15	5	4	9	14	4	4	5	7	3	3
Gießen	29	5	5	11	15	4	4	5	8	3	3
Grebenau	25	4	3	9	11	4	3	5	5	3	3
Hanau	28	7	5	16	26	7	5	12	15	5	5
Kassel-Nord	36	6	5	14	17	5	4	8	9	4	4
Königstein	18	4	3	7	8	4	4	5	6	3	3
Limburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3
Linden	23	4	4	10	19	4	3	5	7	3	3
Marburg	28	5	4	11	17	4	4	8	10	4	3
Nidda	22	4	4	9	14	4	4	5	6	3	3
Offenbach	21	5	4	11	18	5	5	8	11	4	4
Raunheim	30	8	6	18	25	6	5	9	13	4	4
Riedstadt	-	5	4	8	15	4	4	6	8	4	3
Spessart	21	5	4	9	12	4	4	5	8	3	3
Viernheim	21	7	5	11	20	6	5	10	14	5	5
Wetzlar	25	4	4	15	22	5	4	6	7	3	3
Wiesbaden-Süd	22	7	5	14	26	7	6	9	12	5	5
Witzenhausen	31	5	5	14	17	4	5	6	5	4	3

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
f) Kohlenmonoxid in mg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1996				Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Darmstadt	0,7	0,5	0,4	0,7	1,0	0,4	0,4	0,6	0,8	0,5	0,5
Darmstadt-Hügelstraße	2,8	2,5	2,3	2,3	2,7	2,5	2,5	2,3	2,1	1,8	1,5
Ffm.-Friedb.Landstraße	3,4	2,4	1,3	2,3	2,3	1,7	2,1	2,5	2,2	1,7	1,7
Ffm.-Höchst	1,1	0,7	0,6	1,0	1,2	0,6	0,6	0,9	0,9	0,5	0,5
Ffm.-Höhenstraße	1,7	0,9	0,9	1,3	1,2	1,2	1,4	1,6	1,6	1,0	0,9
Fulda	1,3	0,8	0,7	0,9	1,0	0,4	0,4	0,7	0,8	0,5	0,4
Gießen	1,0	0,5	0,7	1,0	1,2	0,6	0,7	0,9	1,1	0,6	0,6
Hanau	0,8	0,5	0,5	0,8	1,0	0,5	0,6	0,8	0,9	0,5	0,6
Kassel-Nord	1,4	0,9	0,8	1,0	1,1	0,5	0,6	0,8	0,8	0,6	0,5
Limburg	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,4
Linden	0,6	0,3	0,4	0,5	0,8	0,3	0,4	0,5	0,5	0,3	0,3
Offenbach	1,0	0,5	0,4	0,8	1,0	0,4	0,6	0,8	0,8	0,6	0,6
Raunheim	0,9	0,6	0,5	0,9	1,2	0,5	0,5	0,8	1,0	0,4	0,4
Viernheim	0,8	0,4	0,4	0,7	1,0	0,4	0,5	0,7	0,8	0,4	0,3
Wetzlar	1,2	0,6	0,8	1,3	1,5	0,9	1,0	1,3	1,0	0,6	0,6
Wiesbaden-Ringkirche	2,4	2,0	2	2,7	2,9	1,7	1,9	2,4	2,4	1,5	1,7
Wiesbaden-Süd	0,8	0,4	0,4	0,7	1,0	0,4	0,5	0,7	0,9	0,5	0,5

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
g) Kohlenwasserstoffe (ohne Methan) in µg/m³

Meßstelle	Quartalsmittel 1996				Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
Ffm.-Höchst	129	93	115	165	243	100	115	143	172	72	72
Ffm.-Ost	107	79	72	-	157	57	72	86	115	64	72
Kassel-Nord	165	79	-	129	79	72	93	100	100	79	86
Riedstadt	-	-	29	43	93	29	36	50	50	29	36

Noch: 3. Luftbelastung nach Meßstellen
 h) Staub in $\mu\text{g}/\text{m}^3$

Meßstelle	Quartalsmittel 1996				Quartalsmittel 1997				Quartalsmittel 1998		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
<i>Bebra</i>	49	32	26	29	38	25	30	27	30	28	27
<i>Borken</i>	46	32	27	27	37	23	33	25	28	26	26
<i>Darmstadt</i>	44	33	29	30	46	29	38	28	34	28	30
<i>Dillenburg</i>	43	31	30	30	43	28	35	32	36	29	31
<i>Ffm.-Höchst</i>	49	36	32	38	54	31	36	33	41	30	30
<i>Ffm.-Ost</i>	50	31	28	33	48	28	34	34	48	31	30
<i>Fulda</i>	52	33	28	32	43	28	35	29	36	31	32
<i>Gießen</i>	48	37	32	34	48	30	34	30	39	31	33
<i>Hanau</i>	47	33	28	30	44	29	33	29	37	28	30
<i>Kassel-Nord</i>	54	40	33	37	38	32	39	37	37	36	32
<i>Limburg</i>	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	30
<i>Marburg</i>	50	38	31	32	43	31	35	27	32	30	28
<i>Nidda</i>	40	31	27	29	40	22	27	21	32	26	25
<i>Offenbach</i>	44	37	31	38	59	36	34	32	41	31	30
<i>Raunheim</i>	41	34	30	35	51	29	34	32	39	28	31
<i>Riedstadt</i>	-	30	25	26	38	25	32	24	34	27	29
<i>Viernheim</i>	43	31	29	29	50	29	37	31	36	25	27
<i>Wetzlar</i>	60	42	35	40	53	33	35	34	36	29	30
<i>Wiesbaden-Süd</i>	50	36	32	38	52	31	36	35	39	30	32

BUCHBESPRECHUNGEN

Allgemeines Statistisches Archiv

Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Herausgegeben von Prof. Dr. Karl Mosler (Köln), 82. Band (1998); Heft 3 – 4, 198 Seiten, kartoniert; Einzelheft 46,00 DM, Jahresband (4 Hefte) 132,00 DM; Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, 1998.

Aus dem Inhalt: The asymptotic relative efficiency of contrast tests (M. Neuhäuser); Assessing association in 2x2 contingency tables. What do the many measures really measure? (F. Böker); The distribution of earnings in Austria, 1972 – 1991 (M. Gusenleitner u.a.); Regressionsbäume (R. Schlittgen); Messen faserförmiger Partikel. Strategie zur Auswertung des ersten VDI-Ringversuchs zur Asbestfaserbestimmung nach Richtlinie VDI 3492 Blatt 1 (J. Hartung, G. Knapp); EWMA-Karten zur Überwachung der Streuung von Qualitätsmerkmalen (H.-J. Mittag u.a.); Volatilitätsanalyse mit dem Augmented GARCH-Modell (K. Specht, W. Gohout); Some proposals for enhancing cooperation between academic and official statisticians (W. Krug); Erfolgsbedingungen empirischer Wirtschaftsforschung und empirisch gestützter wirtschafts- und sozialpolitischer Beratung. Ein Memorandum (R. Hauser u.a.); Mit Mikro-Daten einen Makro-Wirbel machen. Anmerkungen zum Memorandum (P. von der Lippe); Amtliche Statistik als zentraler Teil der statistischen Infrastruktur. Anmerkungen zum Memorandum (J. Hahlen); Erneuerung der statistischen Infrastruktur. Anmerkungen zum Memorandum (E. Oltmanns). 4659/72

Zeitschrift für Tarifrrecht — ZTR

Tarif-, Arbeits- und Sozialrecht des öffentlichen Dienstes. Herausgegeben von J. Berger, U. Verger-Delhey, A. Breier, A. P. Cécior, W. Däubler u.a., geheftet; Erscheinungsweise monatlich, Bezugspreis: Jahresabonnement 325,00 DM einschl. Versandkosten; Verlagsgruppe Jehle-Rehm, München.

Hauptinhalt der Hefte 10/98 bis 12/98: Die Beteiligung des Betriebsrats bei außerordentlichen Kündigungen gegenüber Betriebsratsmitgliedern und anderen Funktionsträgern / Die Sondervergütung im Arbeitsrecht / Inanspruchnahme: Beamtenrechtliches Status- und arbeitsrechtliches Folgerecht / Die Feststellungsklage im arbeitsgerichtlichen Verfahren unter besonderer Berücksichtigung des öffentlichen Dienstes / Tarifpolitik der Deutschen Post AG auf neuen Wegen / Zusatzversorgung und Privatisierung / Zumutbare Beschäftigungen nach dem SGB III / Zur Anrechnungsmöglichkeit von Urlaubstagen auf Kurstage im öffentlichen Dienst / Arbeitseinkommen und neue Insolvenzverordnung / Kopftuchverbot im Schuldienst / Die Anrechnung von Entlassungsentschädigungen auf die Hälfte des Arbeitslosengeldes / Das Änderungsrecht zum Sächsischen Personalvertretungsgesetz vom 23.4.98 / Der Begriff der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen und das Tarifvertragsgesetz als Regelungsschranke der Tarifautonomie. 6133/29

Kommunale Unternehmen

Eigenbetriebe — Kapitalgesellschaften — Zweckverbände. Von Ulrich Cronauge, Band 3 der Reihe „Finanzwesen der Gemeinden“, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Gr.-8°, 416 Seiten, gebunden, 148,00 DM, Erich Schmidt Verlag, Berlin, 1997.

Kommunale Unternehmen sind wesentliche Instrumente der Städte, Gemeinden und Kreise zur Erledigung der vielfältigen Aufgaben der Daseinsvorsorge und der Kommunalwirtschaft. Dieser Bereich der sogenannten mittelbaren Kommunalverwaltung hat in den vergangenen Jahren in der kommunalen Praxis zunehmend an Bedeutung gewonnen. Es sind verschiedene Organisationsformen in unterschiedlichen Ausgestaltungen denkbar und möglich: Die richtige Wahl ist oft schwierig. Zur Verfügung stehen vornehmlich Eigenbetriebe, Kapitalgesellschaften (GmbH und AG) und Zweckverbände, aber auch BGB-Gesellschaften, Vereine, Anstalten und Wasser- und Bodenverbände. Zentrales Anliegen des Bandes ist es vor diesem Hintergrund, insbesondere der kommunalen Praxis „vor Ort“ eine Orientierungsgrundlage und Entscheidungshilfe für den sich immer differenzierter

darstellenden Bereich der Kommunalwirtschaft zu vermitteln und zugleich die Möglichkeiten und Probleme der Aufgabenerfüllung durch verselbständigte Organisationseinheiten darzustellen. Mit dieser dritten Auflage des bereits zum Standardwerk im Bereich der Kommunalwirtschaft gereiften Werks werden mit Blick auf die aktuelle Diskussion der Kommunalwirtschaft folgende Akzente gesetzt: Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen und kommunale Unternehmen in neuen Geschäftsfeldern, die weiterhin klärungsbedürftige zukünftige steuerrechtliche Behandlung der Entsorgung, kommunale Aufgabenbewältigung in (teil-) privatisierten Organisationsformen, namentlich Betriebsführungs-, Betreiber- und Kooperationsmodelle, sowie eine ständige Novellierungsdiskussion gemeindefinanzrechtlicher Vorschriften in den einzelnen Bundesländern mit durchaus unterschiedlichen Zielrichtungen. 6785

Praxishandbuch Microsoft Access 97

Loseblattwerk. Grundwerk mit ca. 500 Seiten in einem stabilen DIN A4 Plastikordner, aktualisiert bis Februar 1998, Ergänzungslieferungen erscheinen 5mal im Jahr, mit zum Werk gehört der Sonderdruck „Schnelleinstieg“ als Einstiegshilfe für Neueinsteiger und Umsteiger und eine CD-ROM mit Praxislösungen, Tips und Tricks sowie Video-Animationen, 128,00 DM, WRS Verlag Wirtschaft, Recht und Steuern, Planegg, 1998.

Obwohl es immer einfacher wird, mit Access zu arbeiten, ist das Programm zweifellos das komplizierteste des MS Office-Pakets. Scheitern viele Einsteiger schon an den komplexen Fragen des optimalen Datenbankdesigns, so sind viele Benutzer mit der breiten Anwendungsmöglichkeit überfordert. Hier will das neue „Praxishandbuch Access 97“ Abhilfe schaffen. Das Loseblattwerk führt einerseits solide in die Grundlagen der Datenbanktheorie ein und gibt dabei einen Überblick über die Möglichkeiten von Access 97. Andererseits hilft es dem Anwender unter dem Motto „Learning by doing“, die gesamte Funktionsvielfalt von Access 97 zu nutzen. Gleich, ob es um die Optimierung von Tabellen, Formularen oder Berichten, den Ex- und Import von Daten geht, oder darum, Datenbanken zu replizieren oder im Netz zu installieren: Workshops begleiten den Anwender Schritt für Schritt durch das Programm. Dabei steht die konkrete Lösung von Problemen im Vordergrund des Sammelwerkes. So beispielsweise auch zu dem für viele nun akut werdenden Problem des Updates von früheren Access-Versionen Access 2.0 oder Access 7) auf Access 97, das im „Experten-Workshop“ abgehandelt wird. Darüber hinaus werden für typische Aufgabenstellungen Musterlösungen zur Verfügung gestellt, die einfach auf eigene Problemstellungen zu adaptieren sind. Besondere Serviceleistungen des Werks sind ein Fax-Service zur Redaktion bei Fragen zum Werk und das Magazin „User's“ mit aktuellen Informationen und Nachrichten. Durch die Form des Loseblattwerkes erhält der Anwender regelmäßige Aktualisierungen und neueste Informationen und bleibt so up to date, was sicher für den Praktiker die laufenden Anwendungen für die Ergänzungslieferungen rechtfertigen wird. 6808

Mit Acrobat ins World Wide Web

Effiziente Erstellung von PDF-Dateien und ihre Einbindung ins Web. Von Thomas Merz, 1. Auflage, 225 Seiten, gebunden, 69,00 DM, Thomas Merz Verlag, München, 1998.

Das vorliegende Buch, das sich mit der Publizierung von PDF-Dokumenten im World Wide Web beschäftigt, wendet sich sowohl an Einsteiger als auch an den erfahrenen Entwickler. Der Autor spricht drei verschiedene Nutzergruppen an: den Websurfer, den Publisher und den Webmaster. In den ersten beiden Kapiteln wendet er sich an den Websurfer: Er gibt einen Überblick über PDF und HTML, vergleicht die Dokumentformate und beschreibt die Kombination beider Formate. Der darauffolgende Teil ist insbesondere für diejenigen interessant, die PDF-Dokumente für Veröffentlichungen aufbereiten: Erläutert werden die Grundfunktionen von Adobe Acrobat, auch i. V. mit Anwendungsprogrammen, die Formularfunktionen sowie Kombinationsmöglichkeiten der beiden Dateiformate PDF und HTML. Der dritte und letzte Teil des Buches geht von der Sicht des Webmasters aus: PDF auf dem Web-Server, Verarbeitung von Formulardaten, Volltextindizierung und Suchmaschinen sowie dynamische PDF-Erzeugung sind die Themen, die hier behandelt werden. Die beigelegte CD-ROM enthält neben den diversen Acrobat-Readern u.a. verschiedene Beispiele und Programme, die im Buch erläutert werden. 6797

BUCHBESPRECHUNGEN

Kommunaler Finanzausgleich im Rahmen der Staatsverfassung

Von Michael Inhester, Band 117 der Reihe „Münsterische Beiträge zur Rechtswissenschaft“, Gr.-8°, 266 Seiten, kartoniert, 98,00 DM, Duncker & Humblot, Berlin, 1998.

Für die kommunalen Finanzierungsdefizite werden — Standort abhängig — einerseits wirtschaftliche Faktoren, andererseits auch strukturelle Mängel im System des kommunalen Finanzausgleichs verantwortlich gemacht. So wird von kommunaler Ebene behauptet, daß Bund und Länder ihre Haushalte auf Kosten der Gemeinden konsolidieren. Die Zahl derer, die eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs fordern, wächst ebenso wie der Druck zur Besinnung auf die staatsrechtlichen Grundlagen und öffentlich-rechtlichen Zwecke des kommunalen Finanzausgleichs. Mit der vorliegenden Untersuchung zeichnet der Autor die verfassungsrechtliche Reichweite der kommunalen Finanzhoheit nach und beleuchtet insbesondere den Inhalt des Anspruchs auf eine angemessene Finanzausstattung. Dabei kommt Inhester u. a. zu folgenden Ergebnissen: Gemeinden und Gemeindeverbände sind grundsätzlich mit ausreichenden zweckungebundenen Finanzmitteln zur Wahrnehmung ihrer pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben sowie der staatlichen Auftragsangelegenheiten auszustatten; Das Problem der Finanzierungsverantwortung für die Kosten des übertragenen Wirkungskreises ist integral mit der Schaffung einer angemessenen Finanzausstattung der kommunalen Gebietskörperschaften zu lösen — eine gesonderte Kostenerstattung wäre systemwidrig; Der Vorwurf, die Kommunen würden am „Goldenen Zügel staatlicher Finanzzuweisungen gelenkt“, trifft nicht, da die Zweckzuweisungen im Verhältnis zu den kommunalen Gesamteinnahmen eine nur unbedeutende Rolle spielen; Die Kreisumlage als subsidiäres Restfinanzierungsmittel ist mit dem kommunalen Finanzausgleich systemkonform — den kreisangehörigen Gemeinden kann ein Abwehranspruch nur dann zustehen, wenn die Konzeption der Kreisumlage in den Kernbereich gemeindlicher Finanzhoheit eingreift. Insgesamt, urteilt der Autor nach seiner Diskussion der Möglichkeiten und Grenzen einer Reform des kommunalen Finanzausgleichs, hat sich das System des kommunalen Finanzausgleichs — im Lichte der Staatsverfassung(en) betrachtet — bewährt, Mangelerscheinungen basierten nicht auf strukturellen Mängeln.

6832

Fünfzig Jahre Deutsche Mark

Monetäre Statistiken 1948 – 1997 auf CD-ROM. Herausgegeben von der Deutschen Bundesbank, 1 CD-ROM mit Handbuch (24 Seiten) in Jewelbox, 49,00 DM, Verlag C. H. Beck und Verlag Vahlen, München, 1998.

Aus Anlaß des fünfzigsten Jahrestages der Währungsreform — der Einführung der D-Mark am 20. Juni 1948 — legt die Deutsche Bundesbank erstmals eine CD-ROM mit langen Zeitreihen aus dem Bereich der monetären Statistiken vor. Diese bietet Nutzern aus Wissenschaft, Wirtschaftsforschung, Politik und Publizistik in annähernd 1400 Tabellen eine umfassende Information über die Entwicklung auf dem Gebiet des Geld- und Bankwesens, des Kapitalmarktes und der außenwirtschaftlichen Beziehungen, und ermöglicht zudem eine eigenständige Weiterverarbeitung des Datenmaterials. Die CD-ROM enthält neben den fest definierten Tabellen in einer eigenen Datenbank alle in den Tabellen enthaltenen rund 25 000 Zeitreihen. Innerhalb des Programms erleichtert die Navigationsfunktion das schnelle Auffinden von Tabellen und Zeitreihen. Die Zeitreihen selbst können

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HSL IM DEZEMBER 1998

(K = mit Kreisergebnissen, G = mit Gemeindeergebnissen)

Statistische Berichte

Die Studenten an den Hochschulen in Hessen im Wintersemester 1997/98	8,50 DM
Bevölkerungsvorgänge in Hessen im Jahr 1997 (K)	12,00 DM
Die allgemeinbildenden Schulen in Hessen 1998 (K)	3,50 DM
Index der Nettoproduktion im Produzierenden Gewerbe in Hessen im September 1998	3,50 DM
Jahreserhebung im Ausbaugewerbe in Hessen vom Juni 1998 (K)	3,50 DM
Das Bauhauptgewerbe in Hessen im Oktober 1998 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)	3,50 DM
Das Ausbaugewerbe in Hessen im 3. Vierteljahr 1998	3,50 DM
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung	
— im Einzelhandel in Hessen im September 1998	3,50 DM
— im Großhandel in Hessen im September 1998	1,50 DM
— im Gastgewerbe in Hessen im September 1998	3,50 DM
Die Getreide- und Kartoffelernte in Hessen 1998	1,50 DM
Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe in Hessen 1998 (K)	3,50 DM
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen in Hessen im 3. Vierteljahr 1998	1,50 DM
Die Ausfuhr Hessens im August 1998	3,50 DM
Die Einfuhr (Generalhandel) nach Hessen im August 1998	3,50 DM
Schlachtungen in Hessen im Oktober 1998	1,50 DM
Gemüseernte im Verkaufsanbau in Hessen 1998	1,50 DM
Binnenschifffahrt in Hessen im September 1998	3,50 DM
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Hessen im Oktober 1998 (K)	1,50 DM
Agrarberichterstattung 1997 Betriebe und Viehhaltung	5,00 DM
Weinbestände in Hessen im Jahr 1998	1,50 DM
Meßzahlen für Verbraucherpreise und Preisindizes der Lebenshaltung in Hessen im November 1998	7,00 DM
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen im November 1998	1,50 DM
Baugenehmigungen in Hessen im Oktober 1998	1,50 DM
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Hessen im Dezember 1998 und im Jahr 1998	1,50 DM
Die Gemeinde финанzen in Hessen im 3. Vierteljahr 1998 — Ergebnisse der Vierteljahresstatistik (K)	8,50 DM
Das Aufkommen an staatlichen Steuern in Hessen im September 1998	1,50 DM
Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern in Hessen im 3. Vierteljahr 1998	
— Kassenmäßiges Aufkommen	1,50 DM

Hessisches Statistisches Landesamt · 65175 Wiesbaden

auf dem Bildschirm in verschiedenen Formen (Vektor, Matrix, Grafik) dargestellt und über eine flexible Exportfunktion in gängigen Softwareprogrammen weiterverarbeitet werden. Die CD-ROM enthält Daten zu den Themenschwerpunkten bankstatistische Gesamtübersichten, Notenbank, Kreditinstitute, Mindestreserven, Zinssätze, Devisenkursstatistik, Kapitalmarkt, öffentliche Finanzen, Außenwirtschaft, gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung und Jahresabschlüsse westdeutscher Unternehmen. Die CD kann mit der minimalen Hardwareausstattung für die Betriebssysteme Windows 3.x, Windows 95 und Windows NT betrieben werden. Für die komfortable Nutzung ist ein leistungsfähiger Rechner mit mindestens 16 MB Hauptspeicher, hoher Bildschirmauflösung und schnellem CD-Laufwerk (8-fach oder höher) erforderlich. Für die Tabellenausgabe wird ein Postscript-Drucker empfohlen.

6836